



V 6458 E

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

30. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1978

Grafik des Monats: Entwicklung der Sterblichkeit

Aufsätze: Studenten: soziale Herkunft  
Gestorbene 1977  
Zwischenfruchtanbau

Aus den „Langen Reihen“

Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

### WERTSCHÖPFUNG DER WIRTSCHAFTSBEREICHE



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		September 1978		Januar bis September 1978	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup></b>					
Tätige Personen	1 000	164	- 1,7	163	- 1,1
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	17	- 5,9	17	- 3,2
Löhne und Gehälter	Mill. DM	378	+ 1,5	376	+ 4,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	1 949	- 6,8	1 985	+ 2,9
Auftragseingang	Mill. DM	1 052	+ 8,5	1 065	+ 4,5
Energieverbrauch	1 000 t SKE	180	+ 12,7	177	+ 3,2
<b>Bauhauptgewerbe<sup>2</sup></b>					
Tätige Personen	1 000	57	+ 5,0	55	+ 3,7
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	8	- 3,5	6	- 1,1
Löhne und Gehälter	Mill. DM	127	+ 4,0	111	+ 7,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	338	- 6,4	231	- 15,2
Auftragseingang <sup>3</sup>	Mill. DM	287	+ 10,0	230	+ 13,1
<b>Baugenehmigungen<sup>4</sup></b>					
Wohnbau	Wohnungen	2 150	+ 36,8	1 726	+ 33,9
Nichtwohnbau	1 000 m <sup>3</sup> umbauter Raum	658	+ 30,1	582	+ 26,5
<b>Handel</b>					
Ausfuhr	Mill. DM	376	- 11,7	425	- 10,1
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	375	- 0,8	397	- 0,7
Umsatz im Einzelhandel (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1970 = 100	198	+ 7,4	194	+ 7,4
<b>Gastgewerbe</b>					
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1970 = 100	194	+ 0,9	184	+ 1,2
<b>Arbeitsmarkt</b>					
Arbeitslose	Anzahl	36 975	- 7,3	44 081	- 6,1
		August 1978		Januar bis August 1978	
<b>Fremdenverkehr</b>					
Fremdenmeldungen	1 000	502	- 2,6	283	- 4,3
Fremdenübernachtungen	1 000	6 106	- 1,7	2 427	- 5,4
<b>Kredite<sup>5</sup></b>					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	6 103	+ 12,3	6 078	+ 10,4
mittel- und langfristige Kredite <sup>6</sup>	Mill. DM	24 328	+ 13,6	23 290	+ 13,0

1) Nur Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen (ohne Handwerk); zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) an inländische Unternehmen und Private 6) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 11/12-78

	Seite
Aktuelle Auslese .....	217
Aufsätze	
Die soziale Herkunft der Studenten .....	218
Die Gestorbenen 1977 .....	225
Zur Entwicklung und Verbreitung des Zwischenfruchtanbaus .....	237
Aus „Lange Reihen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung Schleswig-Holsteins (1950 bis 1975)“	
Bevölkerung .....	246
Personal im öffentlichen Dienst .....	248
Grafik des Monats .....	232
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen .....	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) ...	3. Umschlagseite

Inhalt dieses Jahrgangs siehe 2. Halbseite!

## Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Monaten

### Heft 1/1978

Revision des Bruttoinlandsprodukts  
Die Volkszählung 1981  
Wohnungsstichprobe 1978

### Heft 2/1978

Verbraucherpreise 1977  
Wo studieren Schleswig-Holsteiner?  
Abfalldaten der Wirtschaft  
Kraftradunfälle  
Fremdenverkehr 1977

### Heft 3/1978

Schleswig-Holstein im Jahre 1977 (Teil 1)

### Heft 4/1978

Schleswig-Holstein im Jahre 1977 (Teil 2)  
Investitionen Umweltschutz  
Landwirtschaft: Betriebe und Arbeitskräfte  
Markt und Miete

### Heft 5/1978

Kommunalwahl 1978 (Teil 1)  
Rinderrassen  
Studenten im WS 1977/78

### Heft 6/1978

Kommunalwahl 1978  
Teil 2: Ergebnisse für Bundes- und  
Landtagswahlkreise  
Teil 3: Gemeindeergebnisse  
Verdienste Handwerk

### Heft 7/1978

Kommunaler Finanzausgleich  
Kommunalwahl 1978 (Teil 4)  
Güterverkehr Binnenschifffahrt

### Heft 8/1978

Kommunalwahl 1978 (Teil 5)  
Krankenversicherte  
Ausbaugewerbe

### Heft 9/10 – 1978

Volkshochschulen  
Handwerk  
Baufertigstellungen

### Heft 11/12 – 1978

Studenten: soziale Herkunft  
Gestorbene 1977  
Zwischenfruchtanbau





# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

30. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1978

## Aktuelle Auslese



### Gebremste Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle

In den ersten drei Vierteljahren 1978 ereigneten sich 14 000 Unfälle mit Personenschaden im Straßenverkehr. Dabei wurden 18 500 Personen verletzt und 459 getötet. Der Vergleich mit derselben Periode des Vorjahres zeigt, daß die Zahlen der Unfälle und der Verletzten um 1 % gestiegen sind, die Zahl der Getöteten dagegen um 13 % gesunken ist. So erfreulich dieser Rückgang der Zahl der Verkehrsunfall-opfer auch ist, so läßt sich bei der absolut zum Glück kleinen Anzahl leider kein sicherer Schluß auf allgemein und nachhaltig geringere Schwere der Personenschäden daraus ziehen. Einen Hinweis darauf, daß die Verkehrsteilnehmer insgesamt die Gefahren des Verkehrs besser zu vermeiden oder zu beherrschen lernen, kann man eher aus dem Umstand entnehmen, daß die Zahl der Unfälle mit Personenschaden nur um 1 % gestiegen ist. Wenn nämlich das Risiko, einen Unfall zu erleiden, für jedes Fahrzeug gleich groß bliebe, müßte bei im übrigen unveränderten Umständen die Zahl der Unfälle ebenso stark wie die der Fahrzeuge steigen. Dies aber ist nicht der Fall: Am 1. Juli 1978 waren 5 % mehr Kraftfahrzeuge (einschließlich Kleinkrafträder) registriert — nämlich 1,11 Millionen — als ein Jahr zuvor. Während im 1. bis 3. Quartal 1977 auf 10 000 Kraftfahrzeuge 131 Unfälle mit Personenschaden kamen, waren es 1978 nur noch 126.



### Jetzt auch zwischen 40 und 50 ha LF weniger Betriebe

Im Mai 1978 gab es in Schleswig-Holstein rd. 31 000 landwirtschaftliche Betriebe (einschließlich Gartenbaubetriebe) mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF). Das sind 2 % weniger als im Mai des Vorjahres und 22 % weniger als 1970.

In allen Größenklassen zwischen 2 und 40 ha LF hat sich wie in den Vorjahren die Zahl der Betriebe gegenüber 1977 um 2 bis 5 % verringert. Erstmals nahm 1978 auch die Zahl der Betriebe in der Größenklasse 40 bis unter 50 ha LF ab (— 1 %). In den Vorjahren hatte die Zahl der Betriebe dieser Größe immer noch zugenommen, so daß es hier auch 1978 noch 14 % mehr Betriebe gab als 1970. In den Größenklassen ab 50 ha LF ist die Zahl der Betriebe wiederum gestiegen. Die relativ größte Zunahmerate hatte mit + 5 % gegenüber 1977 die Größenklasse 75 bis unter 100 ha LF.

Darüber hinaus wurden rd. 6 200 kleine landwirtschaftliche Betriebe mit 0,5 bis unter 2 ha LF sowie knapp 2 200 Forstbetriebe, darunter allerdings nur 111 Betriebe mit 50 und mehr ha Wald, festgestellt.



### Teurere Weihnachten mit Gold und Edelsteinen

Der bis zur Zeit jüngster spektakulärer Stützungsaktionen rasche Verfall des US-Dollars auf den Devisenmärkten und die vergleichsweise hohe Inflationsrate in den USA selbst ließen das Vertrauen in den Dollar als Wertaufbewahrungsmittel zunehmend schwinden und lösten einen Run auf gut wiederverkäufliche Sachwerte aus. Insbesondere hat sich dabei die Nachfrage nach Gold und Edelsteinen derart erhöht, daß ihre Preise auch auf DM-Basis stark anzogen. So wurden im Facheinzelhandel etwa Diamantringe, nachdem ihr Preis im Oktober gegenüber dem Vormonat um knapp 7 % gestiegen war, im November erneut um 4 % teurer. In diesem Jahr werden sich daher wohl weniger Bundesbürger an echtem Schmuck unter dem Weihnachtsbaum erfreuen können, denn eine Preisanhebung von gut 40 % in Jahresfrist ist der durchschnittlichen Verdienstentwicklung weit davongelaufen.



# Die soziale Herkunft der Studenten

## Allgemeines

Die Forderung nach Chancengleichheit im Bildungsbereich ist wesentlicher Bestandteil der Gesellschaftspolitik. Aus dem Bündel der Fragen, die sich mit dem Recht auf eine der individuellen Begabung und Leistungsfähigkeit entsprechende Ausbildung stellen, interessiert an dieser Stelle nur die nach der sozialen Herkunft der Studenten. Für die Kennzeichnung ihrer sozialen Herkunft werden die Studenten in jedem Semester auf der Grundlage des Hochschulstatistikgesetzes individuell nach der Ausbildung und der beruflichen Stellung der Eltern befragt. Das Vorgehen, so den sozialen Status der Studenten zu charakterisieren, ist allerdings nicht ganz unproblematisch.

Die vielen Berufe und die damit verbundenen Schwierigkeiten einer Gliederungssystematik ließen es ratsam erscheinen, im Rahmen der Studentenstatistik auf detaillierte Angaben zum Beruf der Eltern zu verzichten. Mit Hilfe der vorgegebenen Alternativen wird lediglich die Stellung im Beruf erfragt, wobei man sich der üblichen Merkmalsausprägungen bedient, nämlich

*Angestellter,*

*Arbeiter,*

*Beamter,*

*mithelfender Familienangehöriger,*

*Selbständiger,*

*nicht erwerbstätig*

*(hier: nie erwerbstätig gewesen).*

Die so dargestellte berufliche Stellung der Eltern vermittelt nur ein ungenaues Bild über die soziale Herkunft der Studenten; über die Einkommens- und Bildungssituation im jeweiligen Elternhaus können nur Vermutungen angestellt werden. Die Schwierigkeit, den ökonomischen und kulturellen Hintergrund des Elternhauses mit Hilfe der beruflichen Stellung aufzuzeigen, erkennt man z. B. bei der Merkmalsausprägung „Beamter“. Die weit gestaffelten Laufbahngruppen der Beamten lassen nur ungenaue Aussagen über die individuelle Bildungs- und Einkommenslage zu. Ähnliches gilt für den Angestellten, der in einem Kleinbetrieb beschäftigt sein, aber auch eine weltbekannte Firma leiten kann.

Die Ausführungen zur beruflichen Stellung beziehen sich allein auf die des Vaters. Das geschieht aus Gründen der methodischen Übersichtlichkeit und ist auch deshalb vertretbar, weil die meisten Mütter nie erwerbstätig waren, vermutlich nicht mehr im Beruf stehen oder in der Rolle als Hausfrau als „mithelfender Familienangehöriger“ gekennzeichnet sind, auf jeden Fall z. B. über die gegenwärtige Einkommenssituation der Familie weniger aussagen als die Väter.

Weil die berufliche Stellung des Vaters die soziale Herkunft der Studenten nur begrenzt erhellt, wird zusätzlich die Ausbildung der Eltern herangezogen, und zwar in der Form, daß z. B. gesagt werden kann, wie viele Väter und Mütter der Studenten das Abitur gemacht oder ein Studium abgeschlossen haben. Schließlich soll durch die Verknüpfung der Antworten zur beruflichen Stellung des Vaters und seiner Berufsausbildung die ökonomische und kulturelle Situation im Elternhaus der Studenten präzisiert werden. Zum Beispiel kann auf diese Weise der Beamte im höheren Dienst herausgefunden werden. Auch die Gruppe der Selbständigen ist jetzt deutlicher interpretierbar, wenn von Angehörigen eines freien Berufes mit Hochschulabschluß gesprochen wird (Ärzte, Rechtsanwälte u. a.).

Die Frage nach der Ausbildung der Eltern benutzt, wie die nach der beruflichen Stellung, Antwortvorgaben. Folgende Antworten stehen zur Verfügung:

## *Allgemeiner Schulabschluß*

*Abitur*

*Realschulabschluß*

*Volksschulabschluß*

## *Beruflicher Abschluß*

*Hochschulabschluß*

*Abschluß an Ingenieur- und höheren Fachschulen*

*Meister-, Technikerprüfung oder  
sonstiger Fachschulabschluß*

*Lehrabschluß*

*ohne Lehrabschluß*

Diese Merkmalsausprägungen erlauben eine ziemlich eindeutige Charakterisierung des Ausbildungsstatus



der Eltern. Unstimmigkeiten können — wie auch bei der Frage nach der Stellung im Beruf — immer dann auftreten, wenn durch Weiterbildung, Umschulung oder Berufswechsel ein höherer Ausbildungsstand oder eine andere berufliche Stellung erreicht wird und der Student diese Änderung nicht meldet. Es wird jedoch selten vorkommen, daß der Sozialstatus der Eltern sich innerhalb der kurzen Zeitspanne eines Studiums ändert.

Früher wurde die Ausbildung zum Lehrer an den pädagogischen Hochschulen oder an Lehrerbildungsanstalten nicht als Hochschulabschluß gezählt, da diese Ausbildungsstätten damals nicht zum Hochschulbereich im engeren Sinne zählten. Das führt z. B. bei einem Zeitvergleich dazu, daß der Anteil der Studenten, deren Väter einen Hochschulabschluß aufweisen, ex definitione steigen kann. Im Prinzip gilt das auch für die Absolventen der früheren Ingenieur- und höheren Fachschulen, den heutigen Fachhochschulen. Praktisch hat sich jedoch die Integration dieser Bildungseinrichtungen in den Hochschulbereich vor knapp 10 Jahren für die vorliegende Fragestellung noch nicht ausgewirkt, es sei denn, die Studenten beantworten die Frage nach dem Berufsabschluß von Vater und Mutter nach dem heutigen Verständnis.

### Schulbildung der Eltern

Die Schulbildung der Eltern ist sicher ein wichtiger Einflußfaktor auf die Ausbildung der Kinder. Die nachstehende Tabelle zeigt die Verteilung der deutschen Studenten in Schleswig-Holstein nach dem höchsten Schulabschluß des Vaters und der Mutter je Hochschulart im Wintersemester 1977/78.

Art der Hochschule	Anteile der					
	Väter mit			Mütter mit		
	Volks- schul- abschluß	Real- abschluß	Abi- tur	Volks- schul- abschluß	Real- abschluß	Abi- tur
	in %					
Universität Kiel und Med. Hochschule Lübeck	35	25	40	43	36	20
Pädagogische Hochschulen Kiel und Flensburg	44	28	28	55	33	12
Musikhochschule Lübeck und Fachhochschulen	54	25	21	62	29	10
<b>Hochschulen insgesamt</b>	<b>40</b>	<b>26</b>	<b>34</b>	<b>49</b>	<b>34</b>	<b>17</b>

Von den 19 000 deutschen Studenten im Wintersemester 1977/78 hatten 7 600 Studenten (40 %) einen Vater mit Volksschulabschluß, 5 000 Studenten (26 %) gaben an, daß der Vater die Schule nach dem Erwerb der mittleren Reife verließ, und die Väter von 6 500 Studenten (34 %) schlossen die allgemeine Schulausbildung mit dem Abitur ab. Für die Mütter der Studenten zeigt sich hinsichtlich dieser Fragestellung ein etwas anderes Bild. Fast die Hälfte (49 %) aller Studierenden hatten Mütter mit Volksschulabschluß, gegenüber den Vätern aber nur halb soviel das Abitur (17 %). Den Realschulabschluß als höchste Schulausbildung gaben dagegen wiederum mehr Mütter als Väter an. Das hier für alle Hochschulen Gesagte gilt auch für die drei Hochschularten. Volksschul- und Realschulabschluß weisen mehr Mütter als Väter auf, während das Abitur vor allem die Väter abgelegt haben, und zwar an allen Hochschularten gut doppelt so oft wie Mütter. Bemerkenswert ist weiterhin, daß der Anteil der Väter und Mütter mit Volksschulabschluß an der Universität Kiel und Medizinischen Hochschule Lübeck geringer ist als an den pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg und dort wiederum niedriger als an den Fachhochschulen und der Musikhochschule. Entgegengesetzt stellen sich die Anteile der Väter und Mütter mit Abitur dar, nämlich derart, daß sie an der Universität und der Medizinischen Hochschule Lübeck höher sind als an den beiden pädagogischen Hochschulen und erst recht an den Fachhochschulen einschließlich der Musikhochschule.

Ist die allgemeine Schulbildung der Eltern, deren Kinder studieren, repräsentativ für die Gesamtbevölkerung? Für die Beantwortung dieser Frage werden die Ergebnisse der Volkszählung 1970 herangezogen. Das könnte problematisch erscheinen, da die Abiturientenquote gerade nach 1970 gewachsen ist. Da aber unterstellt werden kann, daß die Eltern der Studenten mindestens 40 Jahre alt sind, wird nur die Altersgruppe von 40 bis unter 60 Jahren untersucht, so daß die jüngste Zunahme der Abiturienten sowieso ohne Einfluß bliebe. Die Volkszählung 1970 ergab für Schleswig-Holstein einen Anteil von 2 % der 40- bis 60jährigen Wohnbevölkerung mit Abitur und von weiteren 3 %, die ein Hochschulstudium abgeschlossen hatten, wofür ja grundsätzlich das Abitur Voraussetzung ist. Nach dem Geschlecht differenziert betrug die Abiturientenquote an der männlichen (weiblichen) Wohnbevölkerung 3 % (2 %) und der Anteil der Männer (Frauen) mit einem Hochschulabschluß 5 % (2 %). Auf der anderen Seite haben 1970 insgesamt 72 % der 40- bis 60jährigen Bevölkerung den Volksschulabschluß als höchsten allgemeinen Schulabschluß angegeben. Dieser Anteil beläuft sich bei der männlichen Bevölkerung auf 67 %,



bei der weiblichen auf 76 %. Diese Zahlen mögen genügen, um die obige Frage zu beantworten: im Hochschulbereich sind Kinder mit Eltern, die eine höhere Schulbildung vorweisen können, überrepräsentiert.

### Berufsausbildung der Eltern

Schon früher hat die Hochschulstatistik Aussagen über die soziale Herkunft der Studenten gemacht, und zwar mit Hilfe der beruflichen Ausbildung des Vaters. Daher soll zuerst ein kurzer Rückblick auf die zeitliche Entwicklung des Anteils der Studenten gegeben werden, deren Väter Akademiker sind.

Ein Blick in die historische Statistik<sup>1</sup> vermittelt bereits für das Wintersemester 1886/87 eine Übersicht über den Anteil der Studenten an der Kieler Universität, deren Väter einen Hochschulabschluß aufwiesen. Von den 462 deutschen männlichen Studenten — Frauen haben damals noch nicht studiert — hatten schätzungsweise 22 % (der entsprechende Nachweis liegt nicht für alle Fälle vor) einen Vater mit abgeschlossener Hochschulausbildung. Dieser im Vergleich zu später geringe Prozentsatz von Akademikerkindern erklärt sich teilweise durch die damals noch niedrige Zahl von studierten Vätern. Andererseits wirkten vorangegangene politische und geistige Entwicklungen auf die Zusammensetzung der Studentenschaft an der Christiana Albertina zum Ende des 19. Jahrhundert. Seit etwa 1840 hatte die Zahl der Studenten in Kiel abgenommen, und zwar auch als Folge der schließlich sogar kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark. Als dann Schleswig-Holstein preußische Provinz wurde, bedeutete das auch eine Änderung des Status der Universität Kiel. Aus einer durch Historie und Landschaft geprägten Landesuniversität entstand eine Hochschule nach preußischem Muster. Die Aufhebung bestehender Privilegien für die Professorenschaft (z. B. Wegfall der Steuerfreiheit) zum einen, die Einführung der vollen Freizügigkeit für die Kieler Hochschule und der Nachweis des Reifezeugnisses eines Gymnasiums als Voraussetzung für eine Immatrikulation zum anderen, verstärkten zunächst den Rückgang der Studentenzahl — im Wintersemester 1870/71 waren nur etwa 100 Studenten eingeschrieben —, so daß bereits an eine Schließung der Christiana Albertina gedacht wurde. Doch nach dem deutsch-französischen Krieg änderte sich das Bild. Auch für die Kieler Universität zeigten sich Vorteile

eines größeren Staatswesens. Mit dem Aufschwung Kiels als Marinestadt studierten nun nicht nur Landeskinder an der Universität, sondern auch verstärkt Studenten aus anderen deutschen Ländern. Parallel zu der politischen Entwicklung gewannen die Naturwissenschaften — früher noch Bestandteil der philosophischen Fakultät — und möglicherweise als Folgewirkung daraus die Medizin erheblich an Bedeutung, was zu einem Ausbau des Lehrangebots und Zunahme der Studenten in diesen Fächern führte. Für viele Studienberechtigte eröffneten sich neue und damit von traditionellen Studienvorstellungen befreite Ausbildungs- und Berufschancen.

Die Zahl der Studenten wuchs in den folgenden Jahren und Jahrzehnten immer rascher, wobei auch der Anteil von Akademikerkindern im Studium zunahm. Er betrug an der Kieler Universität im Wintersemester 1927/28 25 %, 1949/50 und 1955/56 jeweils 35 %, 1959/60 40 % und 1964/65 schließlich 42 %. In jüngerer Zeit ging dann die Quote der Studenten, deren Väter selbst einmal studierten, zurück — ein Effekt, der sich vielleicht durch die Maßnahmen einstellte, die auf eine Erweiterung des Hochschulzugangs zielten. Im Wintersemester 1969/70 lag dieser Anteil an der Universität Kiel einschließlich Medizinischen Hochschule Lübeck bei 35 % und im Wintersemester 1977/78 nur noch bei 27 %. Inwieweit der in jenen Jahren verschärft einsetzende Numerus clausus diese Entwicklung unterstützte, läßt sich nicht feststellen.

Wie bereits bei der Frage nach der allgemeinen Schulbildung der Eltern ist auch nach der Berufsausbildung der Eltern die Verteilung der Studenten von der Hochschulart abhängig.

Die folgende Tabelle, die die Eltern der deutschen Studenten nach dem höchsten beruflichen Abschluß und der Hochschulart im Wintersemester 1977/78 aufzeigt, verdeutlicht das.

Die meisten Studenten haben Eltern, die als höchsten Berufsabschluß eine Lehre erfolgreich beendeten. Besonders typisch ist dieser berufliche Abschluß für die Studentenschaft der Fachhochschulen einschließlich der Musikhochschule, etwas weniger dominant dagegen an der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck. Untersucht man den Ausbildungsstand der Mütter, so fällt der hohe Anteil derjenigen auf, für die keine abgeschlossene Lehre angegeben wurde (35 %). Zusammen mit den in einer Lehre Ausgebildeten (49 %) sind schon über vier Fünftel der Mütter der Studenten gekennzeichnet. Das gilt im übrigen für die Studentenschaften aller drei Hochschul-

1) Siehe hierzu „Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins“



Art der Hochschule	Anteile der Väter					Anteile der Mütter				
Geschlecht der Studenten	ohne Lehr- abschluß	mit Lehr- abschluß	mit Meister-/ Techniker- prüfung	mit Abschluß an Ingenieur- und höheren Fach- schulen	mit Hochschul- abschluß	ohne Lehr- abschluß	mit Lehr- abschluß	mit Meister-/ Techniker- prüfung	mit Abschluß an Ingenieur- und höheren Fach- schulen	mit Hochschul- abschluß
in %										
<hr/>										
Universität Kiel und Med. Hochschule Lübeck										
männlich	8	40	18	8	26	35	49	7	1	9
weiblich	6	38	17	10	29	31	48	8	2	11
Zusammen	7	39	18	9	27	33	49	7	1	9
Pädagogische Hochschulen Kiel und Flensburg										
männlich	7	49	19	7	18	36	52	6	1	6
weiblich	6	45	21	8	19	33	52	7	1	7
Zusammen	6	47	20	8	19	34	52	7	1	7
Musikhochschule Lübeck und Fachhochschulen										
männlich	9	53	18	10	10	41	49	5	1	4
weiblich	7	47	19	11	16	34	52	7	2	5
Zusammen	9	52	18	10	11	39	50	5	1	4
Hochschulen insgesamt										
männlich	8	44	18	9	21	37	49	6	1	7
weiblich	6	41	19	9	25	32	50	8	2	9
Zusammen	8	43	18	9	23	35	49	7	1	8

bereiche. Die Väter der Studenten konnten dagegen verstärkt auch höher qualifizierte Berufsabschlüsse nachweisen, nämlich eine Meister-/Technikerprüfung, den Abschluß an den früheren Ingenieur- und höheren Fachschulen oder einen Hochschulabschluß. Im Universitätsbereich hatte gut jeder vierte Student einen Vater mit Hochschulabschluß, was an den Fachhochschulen nur für fast jeden zehnten Studenten zutrifft. Relativ gleich hoch an allen Hochschultypen sind dagegen die Quoten der Studenten, deren Väter eine Meister-/Technikerprüfung oder den Abschluß an Ingenieur- und höheren Fachschulen als höchsten Berufsabschluß aufweisen konnten. Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang noch, daß bei den weiblichen Studenten der Anteil der Väter und Mütter mit einem Hochschulabschluß an allen Hochschularten höher ist als bei den männlichen Kommilitonen.

Die Sozialschichtung der Studentenschaft — gekennzeichnet durch die Art des höchsten Berufsabschlusses der Eltern — stellt sich innerhalb einer Hochschule unterschiedlich dar, wie es anhand der Fachbereiche der Universität Kiel einschließlich der Medizinischen

Hochschule Lübeck gezeigt werden kann. Hier interessiert vor allem der Anteil der Studenten, deren Väter einen Hochschulabschluß aufweisen. Wie bereits erwähnt, beträgt diese Quote für die gesamte Studentenschaft im Universitätsbereich 27 %. Überproportional ist der Anteil von Akademikerkindern in den Fachbereichen Medizin (45 %) und Theologie (31 %). Der Anteil der Väter mit erfolgreichem Hochschulstudium unter den Studenten der Rechtswissenschaften entspricht mit 27 % genau dem Wert der Studentenschaft insgesamt. In den übrigen Fachbereichen liegen die Anteile der Akademikerkinder unter diesem Prozentsatz, nämlich mit 25 % im Fachbereich Philosophie und mit 24 % in den Mathematik-Naturwissenschaften. Dabei sind die Studenten, die sich in diesen beiden Fachbereichen für das Lehrerstudium immatrikulierten, nicht berücksichtigt, sondern zu einer eigenständigen Gruppe zusammengefaßt worden. Von ihnen haben ebenfalls 24 % einen Vater mit Hochschulausbildung, was bei der Studentenschaft der Agrarwissenschaften bei 21 und in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sogar nur bei 16 von 100 Studenten zutrifft. Die unter dem Fachbereich Mathematik-Naturwissen-



schaften geführten Pharmaziestudenten sind für diese Studienfachgruppe untypisch, da hier mit 35 % der Anteil Studenten, deren Väter eine Hochschule besuchten, überproportional hoch ist.

### Stellung des Vaters im Beruf

Von den gut 19 000 deutschen Studenten im Wintersemester 1977/78 an den Hochschulen in Schleswig-Holstein läßt sich folgendes Bild über ihre Zusammensetzung nach der Stellung, die der Vater im Beruf innehat oder innehatte, zeichnen:

Vater	Deutsche Studenten		
	insgesamt	männlich in %	weiblich
Angestellter	32	32	32
Beamter	27	27	27
Arbeiter	11	12	9
Selbständiger	26	24	28
Sonstiger Status	4	5	4
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Es fällt auf, daß weit über die Hälfte der Studenten angaben, Väter zu haben, die im Angestellten- oder Beamtenverhältnis stehen und nur jeder neunte Student einen Arbeiter zum Vater hat. Diese Zusammensetzung der Studierenden nach der beruflichen Stellung des Vaters gewinnt mehr an Aussage, wenn sie mit der entsprechenden Sozialschichtung der Gesamtbevölkerung verglichen wird. Auch diese ist der Volkszählung 1970 zu entnehmen. Danach waren 41 % der erwerbstätigen Männer Arbeiter, 24 % Angestellte und je 14 % der männlichen Erwerbspersonen Selbständige und Beamte. Dieser Vergleich zeigt — wenn er auch methodisch nicht ganz einwandfrei ist — einerseits eine deutliche Unterrepräsentation der Arbeiterkinder, andererseits eine Überrepräsentation der Kinder von Angestellten, Beamten und Selbständigen im Hochschulbereich.

Daß die Sozialstruktur im Hochschulbereich im Zeitablauf variabel ist und auch Angehörige der bisher unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen verstärkt Zugang zum Studium finden, kann anhand der Entwicklung gezeigt werden, die die Zusammensetzung der Studenten nach der Stellung des Vaters im Beruf an der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule

Lübeck genommen hat. Im Wintersemester 1959/60 waren dort nur 2 % der deutschen Studenten Arbeiterkinder, 1964/65 3 %, 1969/70 6 % (hier auf Studienanfänger bezogen) und schließlich 1977/78 bereits 8 %, was damit dem Vierfachen des Anteils der Arbeiterkinder von vor fast 20 Jahren entspricht. Geändert hat sich im gleichen Zeitablauf auch die Größe der Quoten der Angestellten und Beamten. Hatten an der Universität Kiel 1959/60 noch 45 % der Studenten einen Beamten und 22 % einen Angestellten zum Vater, so fiel der Anteil der Beamtenkinder auf 30 %, während der Anteil der Angestelltenkinder auf 31 % stieg. Das alles vollzog sich bei steigenden Studentenzahlen, nämlich von gut 4 000 deutschen Studenten im Wintersemester 1959/60 auf über 12 000 Studenten im Wintersemester 1977/78.

Die Unterrepräsentation der Arbeiterkinder zeigt sich besonders bei den weiblichen Studenten. Im gesamten Hochschulbereich Schleswig-Holsteins hatten von den rd. 7 300 Studentinnen 9 % einen Arbeiter zum Vater. Dieser Anteil beträgt bei den männlichen Kommilitonen 12 %. Studenten aus Angestellten- und Beamtenfamilien sind bei beiden Geschlechtern anteilmäßig gleich stark vertreten, während die studierenden Frauen relativ häufiger Väter haben, die in selbständiger Position stehen.

Was für die so gekennzeichnete Sozialstruktur an allen Hochschulen in Schleswig-Holstein festgestellt werden konnte, gilt grundsätzlich auch für die drei Hochschularten: hohe Anteile der Angestellten- und Beamtenkinder sowie der Studenten von Selbständigen, geringe Anteile der Arbeiterkinder. Bemerkenswert ist jedoch, daß einerseits an den Fachhochschulen einschließlich der Musikhochschule der Anteil der Studenten aus einer Beamtenfamilie mit 19 % relativ niedrig liegt und andererseits die Quote der Arbeiterkinder mit 19 % unverhältnismäßig hoch ist, die im übrigen mit einem Wert von 12 % auch an den pädagogischen Hochschulen über dem Durchschnitt liegt. Im Universitätsbereich studierten — wie bereits erwähnt — nur 8 % Arbeiterkinder, dafür aber mit 27 % die meisten Studenten, deren Väter selbständig waren. Die für die verschiedenen Hochschulen aufgezeigte soziale Herkunft der Studenten kann nicht ohne weiteres auf einzelne Fächergruppen übertragen werden. Am Beispiel der Fachbereiche im Universitätsbereich und der Gruppe der Lehrerstudenten wird das deutlich. Für das Studium der Medizin und Rechtswissenschaften sind besonders wenig Arbeiterkinder eingeschrieben — im Wintersemester 1977/78 nur jeweils 6 %. Dagegen entsprechen die Anteile dieser Sozialgruppe in den Studiengängen der Mathematik-Naturwissenschaften (ohne



Lehramtsstudenten) und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 11 % und 10 % dem Durchschnittswert für die gesamte Studentenschaft in Schleswig-Holstein und liegen damit deutlich über der Quote für den Universitätsbereich (8 %). Kinder aus Arbeiterfamilien bevorzugen — neben dem Studium an Fachhochschulen — offensichtlich auch das Lehrerstudium. Jeder zehnte Student an den Hochschulen in Schleswig-Holstein, der sich für diesen Studiengang immatrikulierte, hat einen Arbeiter zum Vater. Jedoch gibt es innerhalb der Lehrerstudentenschaft Unterschiede. So z. B. sind von den für das Lehramt an Gymnasien eingeschriebenen Studenten nur 8 % Arbeiterkinder. Deutliche Abweichungen von der durchschnittlichen Sozialstruktur zeigen sich auch in der Gruppe der Selbständigen. 41 % der Studenten der Agrarwissenschaften haben Väter in selbständiger Position. Vermutlich sind viele dieser Väter Landwirte, so daß in diesem Falle die These zutreffen könnte, daß die Berufstradition für die Wahl des Studiums mitentscheidend ist. Überproportional hoch ist der Anteil der Selbständigen auch bei den Studierenden der Medizin (32 %), Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (30 %) und Rechtswissenschaften (29 %). Weiterhin fällt der hohe Anteil (44 %) der Beamtenkinder im Theologiestudium auf. Eine deutliche Überrepräsentation der Staatsdiener liegt ebenfalls bei den Studenten der Rechtswissenschaften (33 %) und den Lehrerstudenten (32 %) vor.

Im weiteren soll die durch die Stellung im Beruf gekennzeichnete soziale Gruppierung durch Kombination mit dem beruflichen Abschluß des Vaters an Aussage gewinnen, und zwar dergestalt, daß z. B. gesagt werden kann, wie viele der Beamten einen Hochschulabschluß haben und damit zum Höheren Dienst gehören. Die Prozentwerte in der folgenden Tabelle stellen die Zusammensetzung der deutschen Studenten im Wintersemester 1977/78 an Schleswig-Holsteins Hochschulen nach den beiden genannten Kriterien dar.

Das höchste Ausbildungsniveau läßt sich eindeutig bei den beamteten Vätern feststellen, von denen 45 % einen Hochschulabschluß aufweisen konnten. Rechnet man dazu noch die Beamten mit einem Abschluß an den Ingenieur- und höheren Fachschulen oder mit einer Meister-/Technikerprüfung als höchste Berufsabschlüsse hinzu, dann verfügen fast zwei Drittel der Väter im Beamtenstand über eine höhere Ausbildung als eine Lehre. Väter in selbständiger Stellung haben den zweitgrößten Anteil an Akademikern, wenn auch mit 23 % erheblich weniger als die Beamten. Die Selbständigen unterscheiden sich von den übrigen Gruppen dadurch, daß für sie keine Berufsausbildung typisch ist, wie z. B. bei den Beamten die Hochschulausbildung.

Beruflicher Abschluß des Vaters	Stellung des Vaters <sup>1</sup> im Beruf			
	Ange- stellter	Be- amter	Ar- beiter	Selb- stän- diger
	in %			
Ohne Lehre	5	4	19	9
Mit Lehre	49	30	72	35
Meister-/Technikerprüfung	21	12	8	26
Abschluß an Ingenieur- und höheren Fachschulen	14	8	0	8
Hochschulabschluß	12	45	0	23
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

1) ohne „Sonstige Stellung“

Neben der akademischen Ausbildung sind für die Väter in selbständiger Position noch die abgeschlossene Lehre (35 %) und die Meister- oder Technikerprüfung (26 %) bevorzugte Ausbildungswege. Die vielfältigen Möglichkeiten, in selbständiger Stellung einen Beruf auszuüben, beweist auch der relativ hohe Anteil von 9 % Ungelernten. Die Gruppe der Angestellten ist dagegen wieder durch eine herausragende Berufsausbildung charakterisiert: Fast die Hälfte der Väter im Angestelltenverhältnis (49 %) haben als Eingangsvoraussetzung für die berufliche Laufbahn eine abgeschlossene Lehre. Der Anteil der akademisch ausgebildeten Angestellten ist mit 12 % weit geringer als bei den Beamten oder Selbständigen. Dafür liegt die Quote der Abschlüsse an den früheren Ingenieur- und höheren Fachschulen mit 14 % bei den Angestellten gegenüber allen anderen Gruppen am höchsten. Eine Meister- oder Technikerprüfung, bei Angestellten noch von 21 % abgelegt, ist für 8 % der Arbeiter die höchste Berufsqualifikation. Für knapp drei Viertel von ihnen verlief der Ausbildungsweg in erster Linie über den Abschluß einer Lehre. Daneben gab es mit 19 % noch einen erheblichen Anteil ungelernter Arbeiter. Hier zeigt sich hinsichtlich der Chancengleichheit innerhalb der Arbeiterschaft noch ein differenziertes Bild: Facharbeiter stellen gut viermal so viele Studenten wie die ungelernten Arbeiter.

Die für alle Hochschulen gekennzeichnete Sozialstruktur der Studenten gilt grundsätzlich auch für die drei Hochschularten. Doch wie bereits im Zusammenhang mit der Berufsausbildung aufgezeigt wurde, bestehen für die einzelnen Hochschularten Niveauunterschiede, nämlich in der Form, daß bei der Universität der Anteil



höher qualifizierter Väter größer ist als an den beiden pädagogischen Hochschulen und dort wiederum größer als an den Fachhochschulen einschließlich der Musikhochschule Lübeck. Zu der bereits gewonnenen Erkenntnis, daß an der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck der Anteil der Studenten, deren Väter selbst einmal studierten, von allen Hochschulen am höchsten ist, kommt jetzt hinzu, daß das für alle sozialen Stellungen im Beruf gilt. Konkret bedeutet das, daß von den Vätern im Angestelltenverhältnis, deren Kinder im Universitätsbereich studieren, 15 % einen Hochschulabschluß haben, während sich diese Quote für die pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen einschließlich der Musikhochschule jeweils auf 7 % beläuft. In der Reihenfolge der Hochschularten lauten die Akademikerquoten für die Beamten 49 %, 45 % und 30 %, für die Selbständigen 29 %, 13 % und 11 %.

Zum Schluß noch ein Blick auf die einzelnen Fachbereiche, wobei die Lehrerstudenten wieder als Sondergruppe betrachtet werden. Die Studenten der Fachhochschulen und der Musikhochschule bleiben hier einmal unberücksichtigt. Durch die Kombination der Stellungen im Beruf mit dem Merkmal „Hochschulabschluß“ lassen sich Überlegungen darüber anstellen, wie viele Studenten den Beruf des Vaters anstreben.

Wenn von den Vätern in selbständiger Position, deren Kinder Medizin studieren, 53 % einen Hochschulabschluß aufweisen, dann kann diese weit überproportionale Quote auf einen hohen Anteil von Ärzten hinweisen. In keinem anderen Fachbereich ist der Aka-

demikeranteil bei Selbständigen so hoch wie in Medizin — erst mit 30 % folgt der zweitgrößte Wert für die Studenten der Geistes- und Sprachwissenschaften (Philosophie). Aber auch bei den Angestellten (25 %) und den Beamten (65 %) zeigt sich durch überproportionale Akademikerquoten das hohe Sozialniveau der Medizinstudenten. Der Beruf der Theologen wird grundsätzlich im Beamtenverhältnis ausgeübt. Die Tatsache, daß nach der Medizin die Theologiestudenten den zweitgrößten Anteil (56 %) von Vätern mit einem Hochschulstudium in der Gruppe der Beamten haben, kann zum Schluß führen, daß vor allem Pastorenkinder Theologie studieren. Auch Kinder von Lehrern werden sich oft Vaters Beruf zum Vorbild ihrer Ausbildung nehmen. Zumindest wird eine solche Aussage durch den Anteil von 49 % der Studenten, die das Lehramt an Gymnasien anstreben und deren Väter als Beamte Akademiker sind, gestützt. Für alle Lehrerstudenten, unabhängig von der Art des Lehramtes, beläuft sich die Akademikerquote der beamteten Väter auf 47 %. Die Lehrerstudenten zeichnen sich im übrigen dadurch aus, daß ihre Väter in der Gruppe der Angestellten mit 8 % den geringsten Anteil von Akademikern aufweisen. Außerdem hatten von den Vätern des Lehrernachwuchses in selbständiger Position nur 16 % einen Hochschulabschluß, ein Anteil, der lediglich bei den Theologiestudenten mit 15 % noch niedriger ist. Wie bereits erwähnt, werden die Studenten der Agrarwissenschaften durch einen stark überproportionalen Anteil von Vätern charakterisiert, die in selbständiger Stellung arbeiten oder arbeiteten. Die vorhin angestellte Mutmaßung, daß es sich dabei häufig um Landwirte handelt, wird durch den auch hier relativ geringen Anteil von Akademikern (17 %) in der Gruppe der Selbständigen gestützt. Dabei wird also vorausgesetzt, daß der Landwirt mit Hochschulausbildung noch die Ausnahme ist. Der schon festgestellte vergleichsweise geringe Anteil von Akademikerkindern im Fachbereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften kommt mit einer Quote von nur 19 % bei den Vätern in selbständiger Stellung wieder zum Ausdruck, wird aber vor allem bei den Beamten deutlich, von denen nur 29 % irgendwann an einer Hochschule mit Erfolg studierten. Die Sozialstruktur der Studenten in den Rechtswissenschaften wird durch einen überproportionalen Anteil von Akademikern bei den Angestellten (16 %) und Selbständigen (27 %) bestimmt, während das Verhältnis Akademiker/Nichtakademiker bei den Beamten etwa dem im gesamten Universitätsbereich entspricht. Ohne besondere Abweichung von der Gesamtstruktur stellt sich das Ausbildungsniveau der Väter dar, deren Kinder mathematisch-naturwissenschaftliche Studiengänge studieren. Bemerkenswert für diese Studenten ist vielleicht der mit 26 % verhältnismäßig hohe Anteil der

**Väter der Studenten mit Hochschulabschluß  
nach Fachbereichen/Lehramt und Stellung im Beruf**

in % aller Fälle des jeweiligen Tabellenfaches

Fachbereich/Lehramt	Ange- stellter	Be- amter	Ar- beiter	Selb- stän- diger
Medizin	25	65	2	53
Rechtswissenschaften	16	44	1	27
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	12	29	—	19
Agrarwissenschaften	18	42	—	17
Math.-Naturwissenschaften	13	46	—	26
Geistes- und Sprach- wissenschaften (Philosophie)	13	47	—	30
Theologie	13	56	—	15
Lehramt	8	47	0	16



Väter, die als Selbständige einen Hochschulabschluß aufweisen können.

Daß die Berufstradition für den Entschluß zum Studieren bei den Frauen eine größere Rolle spielt als bei den Männern, scheint auch diese fachbereichsweise Betrachtung zu bestätigen. In allen Fachbereichen sind für die weiblichen Studenten die Anteile der Väter mit

einer Hochschulausbildung im Angestellten- oder im Beamtenverhältnis größer als die bei den männlichen Studenten. Lediglich bei den Selbständigen weisen, mit Ausnahme der Agrarwissenschaften und Mathematik-Naturwissenschaften, in allen Fachbereichen die männlichen Studenten einen höheren Anteil studierter Väter auf als ihre weiblichen Kommilitonen.

Friedrich-Karl Wormeck

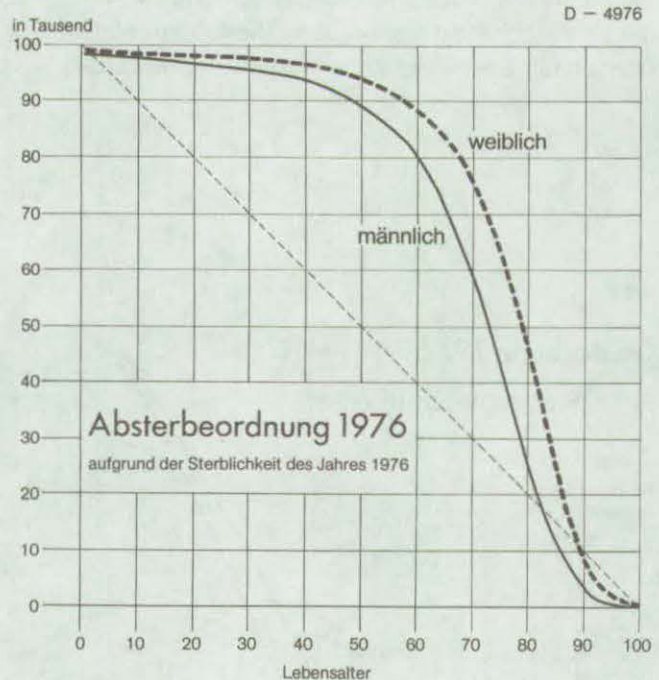
## Die Gestorbenen 1977

Im Laufe des Jahres 1977 sind 31 000 schleswig-holsteinische Einwohner gestorben, und zwar 15 300 männliche und 15 800 weibliche. Bei einer Einwohnerzahl von 2,6 Millionen bedeutet dies, daß von jeweils 1 000 Personen 12 gestorben sind. Diese sogenannte allgemeine Sterbeziffer ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. 1970 lag sie bei 13,2 Sterbefällen je 1 000 Einwohner.

Da der Altersaufbau einer Bevölkerung naturgemäß einer der entscheidenden Faktoren für Bevölkerungsveränderungen darstellt, muß die allgemeine Sterbeziffer von Jahr zu Jahr schwanken, zumindest bei einem so unregelmäßigen Altersaufbau, wie ihn die schleswig-holsteinische Bevölkerung aufweist. Spektakuläre Änderungen der Sterblichkeit sind allerdings nicht mehr zu erwarten. Ein Blick auf die Sterbetafeln, die vom Statistischen Bundesamt laufend aufgestellt werden, zeigt, daß die durchschnittliche Lebenserwartung in den beiden letzten Jahrzehnten sich nicht mehr wesentlich erhöht hat.

Die Lebenserwartung der weiblichen Bevölkerung ist bei uns ungleich günstiger als die der männlichen. Sie liegt 6 bis 7 Jahre höher. Die Sterblichkeit der Mädchen und Frauen ist dabei durchweg niedriger als die der Jungen und Männer. Bild 1 zeigt eine sogenannte Absterbeordnung, allerdings nicht aus dem Material einer Sterbetafel gewonnen, sondern aus den Sterbezahlen des Jahres 1976<sup>1</sup>. Eine fiktive Anfangskohorte von 100 000 Nulljährigen wird in diesem Modell Altersjahr für Altersjahr den wahren Sterblichkeitsverhältnissen

Bild 1



des Jahres 1976 ausgesetzt, wodurch sie sich sukzessive verringert, bis jedes Anfangsmitglied dieser Kohorte ausgeschieden ist. Eine Querschnittsbetrachtung wird damit in eine Längsschnittsbetrachtung umgedeutet.

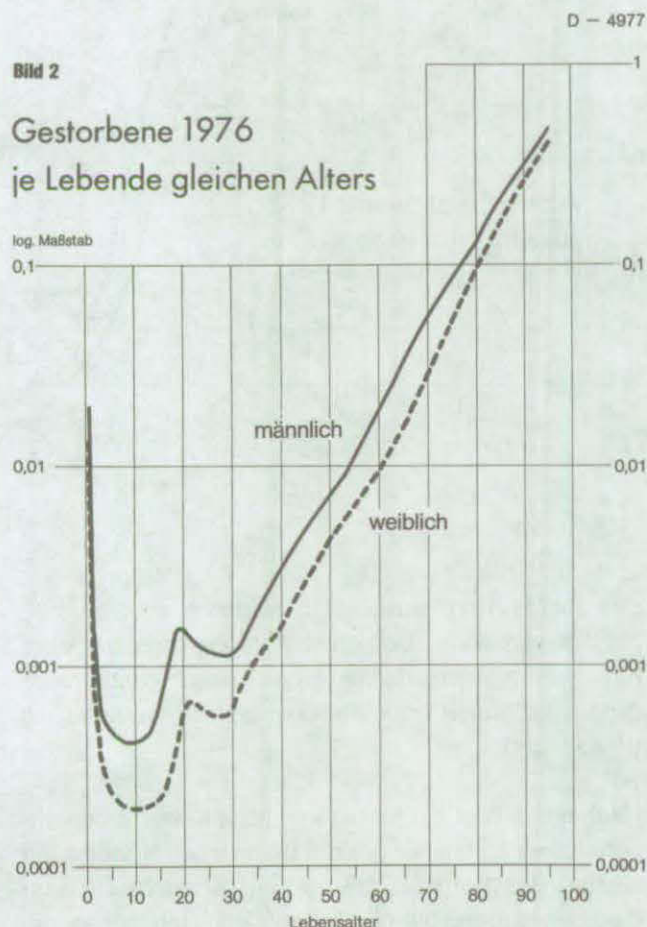
Nach Bild 1 liegt die für die weibliche Kohorte berechnete Kurve stets über der der männlichen Kohorte. An diesem Bild fällt auf, daß es fünf bis sechs Lebensdekaden dauert, bis ein Zehntel der Geborenen ge-

1) Die Altersgliederung für 1977 lag noch nicht vor



storben ist. Nach den sich deutlich abzeichnenden Auswirkungen der Säuglingssterblichkeit vergehen viele Jahre, in denen die Sterblichkeit gleich gering bleibt. Der Abstand von der punktierten Diagonale macht deutlich, wie sehr unsere Absterbeordnung sich von der einer Population abhebt, die jedes Jahr die gleiche Anzahl an Mitgliedern verliert. Daß es Gegenden auf der Erde gibt, in denen Absterbeordnungen gelten, die unterhalb der gestrichelten Diagonale verlaufen, sollte nicht vergessen werden.

Aus Bild 2 sind die altersspezifischen Sterbeziffern abzulesen, hier auf je einen Lebenden berechnet. Um die Werte zu erhalten, müssen für jedes Altersjahr die Gestorbenen auf die Lebenden bezogen werden, wobei als Lebende die nach dem Alter gegliederten durchschnittlichen Einwohner gewählt werden. Wie angedeutet, sind diese Sterbeziffern als Sterbewahrscheinlichkeiten gewertet worden und in die Berechnung der Absterbeordnung eingegangen. Wegen der mit zunehmendem Alter rasch anwachsenden Mortalität wurden die Sterblichkeitskurven in logarithmischem Maßstab gezeichnet. Die Kurvenzüge wurden geglättet. Bild 1



entsprechend liegt die Sterblichkeit des weiblichen Geschlechts durchweg niedriger als die des männlichen. Auch im Bild 2 entdeckt man für das Alter nicht weit jenseits des fünfzigsten Lebensjahres eine Besonderheit: Erst bei ungefähr sechzig Jahren wurde 1976 wieder eine Sterblichkeit erreicht, die der des ersten Lebensjahres entspricht. Die für sich allein kaum einschätzbare Höhe der Säuglingssterblichkeit wird durch diesen Vergleich vorstellbarer und das Bemühen um ihre Senkung verständlicher.

## Todesursachen

Am interessantesten an der Statistik der Sterbefälle sind ohne Zweifel die Todesursachen. Die Todesursache wird vom Arzt festgestellt. Er füllt eine vertrauliche Todesbescheinigung aus, die bundeseinheitlich gestaltet ist. In ihr gibt der Arzt den Krankheitsverlauf in der richtigen Kausalkette an. Das Leiden, das die Krankheitsfolge ausgelöst hat, das Grundleiden, nennt er dabei an besonderer Stelle.

Die Aufgabe des Statistischen Landesamtes besteht darin, das Grundleiden zu verschlüsseln. Dies geschieht nach der deutschsprachigen Fassung des von der Weltgesundheitsorganisation herausgegebenen Handbuchs der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1968 (8. Revision). Dabei wird nicht schematisch das vom Arzt angegebene Grundleiden signiert. Bestimmte im Verzeichnis genannte Regeln schreiben vielmehr zum Teil eine andere Auswahl des Grundleidens vor. Liegen z. B. zwei Kausalketten vor, die in einem und demselben Leiden enden, so ist das Grundleiden für die zuerst angegebene Kausalkette auszuwählen. Eine Bronchopneumonie, der eine Gehirnthrombose und eine Hochdruckkrankheit des Herzens zugrunde liegen, hat zwei Grundleiden. Im Statistischen Landesamt wird das erstgenannte, im Beispiel also die Gehirnthrombose, als Grundleiden ausgewählt. Die Signierer für diese Arbeiten besitzen zwar in der Regel keine medizinische Vorbildung, sie sind aber durch jahrelange Erfahrung und durch Lehrgänge geschult.

Um eine Vorstellung über den für die Todesursachenstatistik wichtigsten Abschnitt der Todesbescheinigung zu geben, sind Ausschnitte dreier Bescheinigungen wiedergegeben. Die Beispiele zeigen den Krankheitsverlauf in der richtigen Kausalkette, so daß Prostatahypertrophie im ersten und Pyloruskarzinom (Magenausgangskrebs) im zweiten Fall als Todesursache in



<b>VI. Todesursache</b> <b>A. Klinische</b> (Bitte den Krankheitsablauf in der richtigen Kausalkette angeben, mit dem Grundleiden an letzter Stelle)	
1. Welche Krankheit oder Verletzung hat den Tod unmittelbar herbeigeführt?  Welche Krankheiten od. Verletzungen lagen der Angabe unter a) ursächlich zugrunde?	a) <u>Urämie</u> als Folge von: b) <u>Harnstauung</u> als Folge von: c) <u>Prostatahypertrophie</u> (Grundleiden)
2. Welche anderen wesentlichen Krankheiten bestanden zur Zeit des Todes?	<u>Krebs</u> als Folge von: <u>Lungenmetastasen</u> als Folge von: <u>Pyloruscarcinom</u> (Grundleiden)  <u>Chronische Myokarditis</u>

## Beispiel 3 (Unfall)

<b>VII. Zusatzangaben</b> <b>A. Bei Unfall, Vergiftung und Gewalteinwirkung einschl. Selbsttötung</b> 1. Ursache der Schädigung (nähere Angaben über den Hergang): <u>Sturz auf der Treppe</u>	
2. Unfallkategorie a) Arbeits- oder Dienunfall (ohne Wegeunfall) <input type="checkbox"/> c) Verkehrsunfall (einschl. Wegeunfall zu a) und b)) <input type="checkbox"/> e) Sport-/Spielunfall (außer bei schulischer Veranstaltung oder im Haus) <input type="checkbox"/>	b) Schulunfall (ohne Wegeunfall) <input type="checkbox"/> d) Häuslicher Unfall <input checked="" type="checkbox"/> f) Sonstiger Unfall (nähere Angaben) <input type="checkbox"/>
a) <u>Embolie</u> als Folge von: b) <u>Oberschenkelhalsbruch</u> (Grundleiden)	

die Statistik eingehen. Der dritte Fall bezeichnet einen Unfalltod, einen Sturz auf einer Treppe mit Oberschenkelhalsbruch, zu dem während des Krankenhausaufenthalts eine Embolie hinzutrat, die den Tod unmittelbar herbeiführte. In diesem Fall, wie auch bei Vergiftungen und Gewalteinwirkungen, wird die äußere Ursache, hier der Sturz, und die Art der Verletzung, hier der Oberschenkelhalsbruch, als Todesursache festgehalten, bei Unfällen auch die Unfallkategorie, hier der häusliche Unfall.

Die Todesursachen werden nach der ICD in 17 Hauptgruppen eingeteilt. Da die Letalität je nach Organsystem verschieden hoch ist, die Organsysteme aber wesentliche Grundlage der Einteilung sind, sind die meisten Todesfälle einigen wenigen dieser 17 Hauptgruppen zuzurechnen.

Fast die Hälfte aller 31 100 Toten des Jahres 1977 starben an einer Krankheit des Kreislaufsystems, zwischen einem Viertel und einem Fünftel an Neubildungen aller Formen. 7 % erlagen einem Unfall, einer Vergiftung oder einer Gewalteinwirkung, 6 % starben als Folge einer Erkrankung der Atmungsorgane und für 4 % kam der Tod durch eine Erkrankung der Verdauungsorgane. Diesen fünf Gruppen sind insgesamt 27 500 oder 89 % aller Verstorbenen zuzurechnen, davon den drei erstgenannten allein 24 400 oder 79 %.

Ungefähr die Hälfte aller Todesfälle waren die Folge einer Krankheit des Kreislaufsystems. Bild 3 zeigt, wie die Bedeutung dieser Krankheiten mit dem Lebensalter zunimmt. Unter den Gestorbenen jüngeren Alters finden sich gar keine oder nur wenige, die an einer tödlichen Kreislaufkrankheit litten, unter den Alten sind es mehr als die Hälfte. 46 % aller zum Tode führenden Kreislaferkrankungen des Jahres 1977 waren ischämische Herzkrankheiten. Der Tod trat dabei also durch Blutleere im Herzen infolge mangelnder Blutzufuhr auf. Es handelt sich vorzugsweise um den gefürchteten akuten Herzmuskelinfarkt. An ihm starben 1977 2 400 Männer und 1 400 Frauen. Diese Krankheit fordert zunehmend ungefähr ab dem vierzigsten Lebensjahr ihre Opfer. Die Sterblichkeit nimmt dabei rasch zu, für die Männer besonders schnell. Von 1 000 60- bis 65jährigen sterben bereits fünf an akutem Herzmuskelinfarkt, von 1 000 70jährigen zehn und von 1 000 80jährigen fünfzehn, wenn man die Zahlen der drei Jahre 1974 bis 1976 zugrunde legt<sup>2</sup>. 3 900 Einwohner erlagen einer Hirngefäßkrankheit. Die meisten hatten einen Schlaganfall erlitten oder sie hatten eine generalisierte, d. h. eine auf das ganze Gehirn ausgebreitete, ischä-

2) Um die Aussagekraft mancher Zahlen zu verbessern, werden in diesem Aufsatz gelegentlich die Werte aus den Ergebnissen der drei Jahre 1974 bis 1976 abgeleitet



# Sterbefälle 1977 nach Todesursachen

Todesursache (Nummern der ICD)	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
	Anzahl			%	
<b>Krankheiten des Kreislaufsystems (390-458)</b>	<b>15 326</b>	<b>7 208</b>	<b>8 118</b>	<b>47,2</b>	<b>51,4</b>
Ischämische Herzkrankheiten (410-414)	7 114	3 836	3 278	25,1	20,8
akuter Herzmuskelinfarkt (410)	3 773	2 375	1 398	15,5	8,9
Hirngefäßerkrankungen (430-438)	3 888	1 624	2 264	10,6	14,3
Zerebralsklerose (437)	1 228	468	760	3,1	4,8
<b>Bösartige Neubildungen (140-199)</b>	<b>6 015</b>	<b>2 991</b>	<b>3 024</b>	<b>19,6</b>	<b>19,2</b>
der Verdauungsorgane (150-159)	2 378	1 097	1 281	7,2	8,1
der Harn- und Geschlechtsorgane (180-189)	1 178	565	613	3,7	3,9
der Atmungsorgane (160-163)	1 111	906	205	5,9	1,3
<b>Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen (800-999)</b>	<b>2 258</b>	<b>1 276</b>	<b>982</b>	<b>8,4</b>	<b>6,2</b>
Selbstmord und Selbstbeschädigung (950-959)	753	441	312	2,9	2,0
Kraftfahrzeugunfall im Verkehr (810-819) <sup>1</sup>	642	436	206	2,9	1,3
Unfälle durch Sturz (880-887)	505	148	357	1,0	2,3
<b>Krankheiten der Atmungsorgane (460-519)</b>	<b>1 770</b>	<b>1 066</b>	<b>704</b>	<b>7,0</b>	<b>4,5</b>
Bronchitis, Emphysem, Asthma (490-493)	997	692	305	4,5	1,9
Lungenentzündung (480-486)	565	277	288	1,8	1,8
<b>Krankheiten der Verdauungsorgane (520-577)</b>	<b>1 322</b>	<b>718</b>	<b>604</b>	<b>4,7</b>	<b>3,8</b>
Leberzirrhose (571)	491	318	173	2,1	1,1
<b>Übrige Krankheiten</b>	<b>4 377</b>	<b>2 018</b>	<b>2 359</b>	<b>13,2</b>	<b>14,9</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>31 068</b>	<b>15 277</b>	<b>15 791</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

1) Die Zahl dieser Sterbefälle ist geringer als die der Getöteten gemäß Straßenverkehrsunfallstatistik, weil die Definitionen des gezählten Falles infolge verschiedener Systematiken nicht übereinstimmen und weil die regionale Zuordnung (Ereignisort dort — Wohnort hier) verschieden ist. Im Nahverkehrs-, Fremdenverkehrs- und Durchfahrtland ereignen sich mehr Unfälle von Nicht-Schleswig-Holsteinern als solche von hiesigen Einwohnern außerhalb der Landesgrenzen

mische Gehirnkrankheit gehabt, z. B. eine zerebrale Arteriosklerose.

An bösartigen Neubildungen sind 1977 6 000 Einwohner verstorben. Besonders in den mittleren Lebensjahren gehen viele Sterbefälle auf diese Krankheiten zurück. Das gilt für die Frauen in noch stärkerem Maße als für die Männer (siehe Bild 3). Jedem fünften Todesfall lag eine bösartige Neubildung zugrunde. In vier von zehn Fällen waren die Verdauungsorgane betroffen, zu je zwei weiteren Zehnteln Harn- und Geschlechtsorgane sowie die Atmungsorgane.

Seit 1968, dem Jahr der letzten Änderung der Internationalen Klassifikation der Krankheiten und der Auswertungsregeln dazu, ist die Zahl der Sterbefälle an bösartigen Neubildungen von 5 500 auf 6 000 gestiegen, also um 10 %. Da die Bevölkerungszahl nicht so stark gewachsen ist, ist auch die auf die Einwohner bezogene Sterblichkeit an bösartigen Neubildungen

größer geworden. Nicht oder nicht nennenswert zugenommen hat die Zahl der bösartigen Neubildungen der Verdauungsorgane, der Harn- und Geschlechtsorgane und die der Gruppe Knochen, Bindegewebe, Haut und Brustdrüse, häufiger geworden sind dagegen die bösartigen Neubildungen der Atmungsorgane und der übrigen Formen.

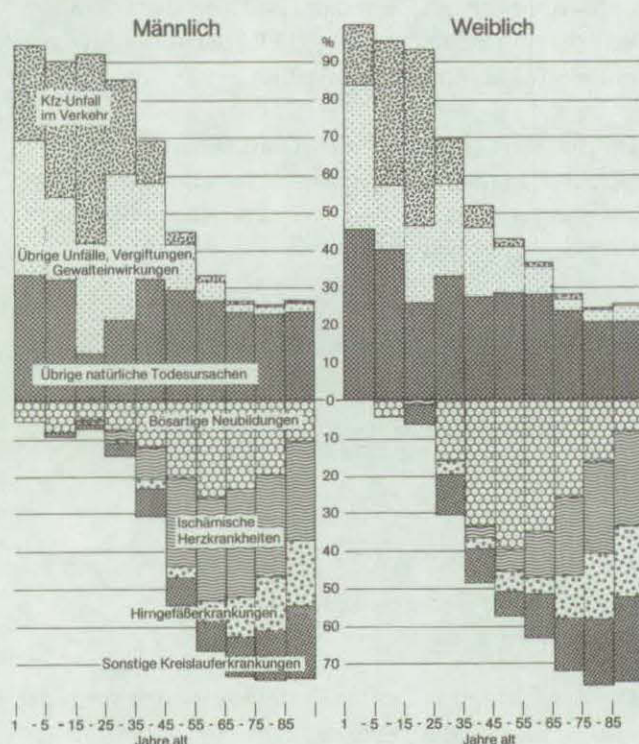
Die im Rahmen dieses Aufsatzes zwangsläufig etwas pauschalen Äußerungen über bestimmte Krankheitsgruppen mögen die Leser, die sich für einzelne Krankheiten interessieren, veranlassen, die ausführliche Darstellung der Todesursachen einzusehen, die das Statistische Landesamt für die Gestorbenen eines jeden Jahres veröffentlicht. Daraus kann man beispielsweise für die bösartigen Neubildungen der Verdauungsorgane erfahren, daß sich hinter dem Anschein von Konstanz gravierende Umschichtungen vollzogen haben: Die Sterbefälle an Magenkrebs gehen laufend zurück, dagegen sterben mehr Menschen an Darmkrebs.



# An Neubildungen Gestorbene 1977

Todesursache (Nummern der ICD)	Insgesamt	Männlich	Weiblich
<b>Bösartige Neubildungen (140-199)</b>	<b>6 015</b>	<b>2 991</b>	<b>3 024</b>
der Verdauungsorgane und Bauchfell (150-159)	2 378	1 097	1 281
des Magens (151)	899	488	411
des Dickdarms ausgenommen Mastdarm (153)	617	242	375
des Mastdarms ... (154)	299	143	156
der Bauspeicheldrüse (157)	249	99	150
der Atmungsorgane (160-163)	1 111	906	205
der Luftröhre, Bronchien und Lunge (162)	1 017	843	174
der Knochen, des Bindegewebes, der Haut und der Brustdrüse (170-174)	588	76	512
der Brustdrüse (174)	440	4	436
der Harn- und Geschlechtsorgane (180-189)	1 178	565	613
der Prostata (185)	319	319	
der Harnblase (188)	220	143	77
<b>Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe (200-209)</b>	<b>426</b>	<b>226</b>	<b>200</b>
Leukämie (204-207)	183	100	83
<b>Gutartige Neubildungen (210-228)</b>	<b>29</b>	<b>15</b>	<b>14</b>
<b>Neubildungen unbekannten Charakters (230-239)</b>	<b>379</b>	<b>160</b>	<b>219</b>
<b>Neubildungen insgesamt (140-239)</b>	<b>6 849</b>	<b>3 392</b>	<b>3 457</b>

Bild 3  
Sterbefälle 1977 nach Alter und Todesursache



Für fast drei von zehn an einer bösartigen Neubildung gestorbenen Männer lautete das Grundleiden Krebs der Luftröhre, Bronchien und der Lunge. An zweiter Stelle steht der Magenkrebs, dem 16 % aller Männer erlagen, die an einer bösartigen Neubildung starben. Bei den Frauen folgen drei maligne Karzinome in dichter Folge: je 14 % entfallen auf die Brustdrüse und den Magen, 12 % auf den Dickdarm.

Zu den 6 000 Sterbefällen an bösartigen Neubildungen treten noch 800 andere Neubildungen, die Hälfte davon unbekannten Charakters. An gutartigen Neubildungen starben 29 Personen.

## Unfall, Vergiftung, Gewalt

2 300 Personen sind durch einen Unfall, eine Vergiftung oder eine Gewalteinwirkung ums Leben gekommen, das sind 7 % aller im Jahre 1977 Verstorbenen. Diese Todesursachen werden häufig als unnatürlich bezeichnet, obwohl sich auch die recht häufigen Unfälle durch Sturz dahinter verbergen, die wiederum oft ihre Ursache in Kreislaufunregelmäßigkeiten haben.



# Durch Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen Gestorbene 1977

Todesursache (Nummern der ICD)	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich
Unfälle (E800-E949)	1 408	773	635
Kraftfahrzeugunfälle im Verkehr (E810-E819)	642	436	206
Sonstige Verkehrsunfälle (E800-E807, E820-E845)	50	44	6
Unfälle durch Sturz (E880-E887)	505	148	357
Sonstige Unfälle (Rest)	211	145	66
Selbstmord und Selbst- beschädigung (E950-E959)	753	441	312
Mord, Totschlag und vorsätzliche Verletzungen durch andere (E960-E969)	28	18	10
Sonstige Verletzungen (E970-E999)	69	44	25
<b>Insgesamt</b>	<b>2 258</b>	<b>1 276</b>	<b>982</b>

Die 2 300 Todesfälle des Jahres 1977 teilen sich zu zwei Dritteln auf Unfälle und zu einem Drittel auf Selbstmord und Selbstbeschädigung mit Todesfolge auf. Außer den 1 400 Unfällen und den 750 Selbsttötungen sind fast 30 Fälle von Mord, Totschlag oder sonstiger vorsätzlicher tödlicher Verletzung durch andere vorgekommen sowie 70 übrige Verletzungen mit Todesfolge.

Von den Unfallarten heben sich zwei heraus: die Kraftfahrzeugunfälle und die Unfälle durch Sturz. Das Verhältnis vom männlichen zum weiblichen Geschlecht ist bei diesen beiden Unfallarten entgegengesetzt. Durch einen Kraftfahrzeugunfall starben doppelt so viele Männer wie Frauen, durch einen Sturz reichlich doppelt so viele Frauen wie Männer.

Die Sterblichkeit durch Unfälle in den einzelnen Lebensabschnitten weist einen typischen Verlauf auf, und zwar für beide Geschlechter: Nach einer hohen Sterblichkeit für die Säuglinge fällt die Sterblichkeit stark ab, bis ungefähr das fünfzehnte Lebensjahr erreicht ist, dann steigt sie infolge der Kraftfahrzeugunfälle unter den 15- bis 25jährigen wieder stark an, geht für einen Lebensabschnitt von zwanzig, dreißig Jahren leicht zurück, um dann erst langsam, später stärker zu steigen und um in den höheren Altersjahren jenseits des siebzigsten Lebensjahres den höchsten Stand zu erreichen. Der rasche Anstieg im Alter hängt ganz wesentlich mit dem zunehmenden Einfluß der tödlichen Stürze zusammen. Als Fußgänger im Straßenverkehr sind besonders

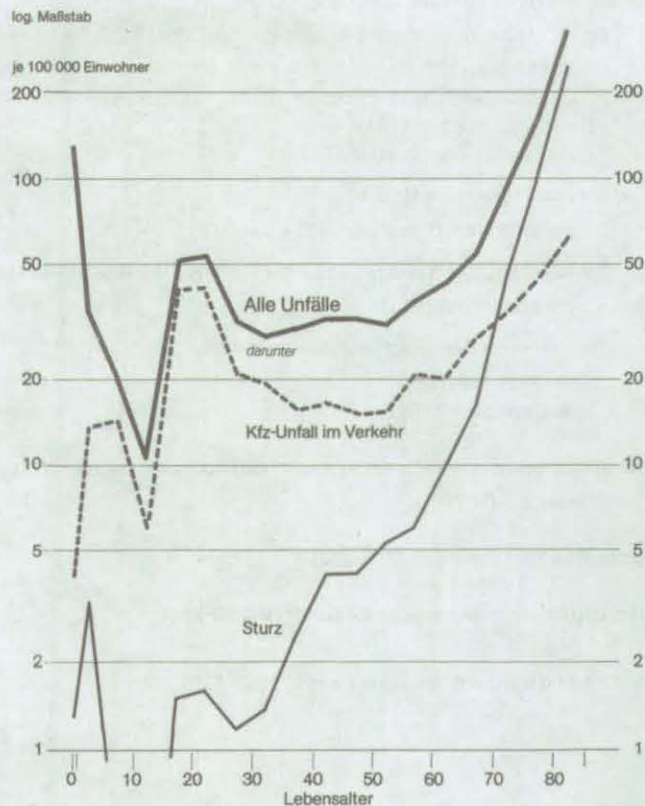
Bild 4

## Unfallsterbefälle

der Jahre 1974 bis 1976 zusammengefaßt

D - 4979

je 100 000  
Einwohner  
500



Kinder und Alte gefährdet. Stellte man diese Sterblichkeit grafisch dar, so bildete sich eine sogenannte U-Kurve. Der Vergleich mit der gesamten Verkehrsunfall-Sterblichkeit offenbart, daß die dem Straßenverkehr zum Opfer fallenden Kinder und Alten zu einem großen Teil als Fußgänger sterben.

Da die vorliegenden statistischen Daten über verunglückte Personen als unvollständig empfunden wurden, werden seit kurzem die Unfalldaten auch nach sechs Unfallkategorien ausgezählt:

- Arbeits- oder Dienstunfall
- Schulunfall
- Verkehrsunfall
- Häuslicher Unfall
- Sport-/Spielunfall
- Sonstiger Unfall.

Die Auswertung erfolgt nach dem Alter und nach Art und Ursache der Schädigung. Die nachstehende



Tabelle zeigt, wie sich die Unfalltoten auf die Unfallkategorien aufteilen. Den 680 Verkehrsunfällen folgen dicht auf die 580 häuslichen Unfälle<sup>3</sup>. Bei den 50 tödlichen Sport- und Spielunfällen handelt es sich meist ums Ertrinken. Auf die übrigen Unfallkategorien entfallen 100 Sterbefälle; über die Hälfte davon waren Arbeits- und Dienstunfälle.

**Unfallgestorbene 1977 nach der Unfallart**

Unfallart	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich
Verkehrsunfall	676	464	212
Bruch des Schädels und der Gesichtsknochen	145	102	43
Intrakranielle Verletzungen (ohne Schädelbruch)	206	143	63
Häuslicher Unfall	584	177	407
Oberschenkelhalsbruch	290	60	230
Sport-/Spielunfall	50	45	5
Ertrinken	33	29	4
Übrige Unfallarten	98	87	11
<b>Insgesamt</b>	<b>1 408</b>	<b>773</b>	<b>635</b>

Was vorher vermutet wurde, bestätigen die neuen Auswertungen nach Unfallkategorien. Die vor allem die Alten treffenden tödlichen Stürze ereignen sich überwiegend im häuslichen Bereich, worunter Wohngebäude einschließlich Zugänge, Hoffläche, Hausgarten, Garage gerechnet werden. Dabei erleiden die später sterbenden Unfallpersonen in den meisten Fällen einen Oberschenkelhalsbruch. Weitere häufige tödliche Schädigungen der Stürzenden sind sonstige Knochenbrüche der unteren Gliedmaßen sowie intrakranielle Verletzungen mit oder ohne Bruch des Schädels (Cranium). Die Opfer eines Verkehrsunfalls, das sind die Hälfte aller tödlichen Verunglückten, starben am häufigsten an einer Kopfverletzung.

Das Bild zeigt, wie sich die Unfalltoten auf die Altersgruppen verteilen. Im Unterschied zu Bild 4 sind hier keine Sterblichkeiten dargestellt, sondern absolute

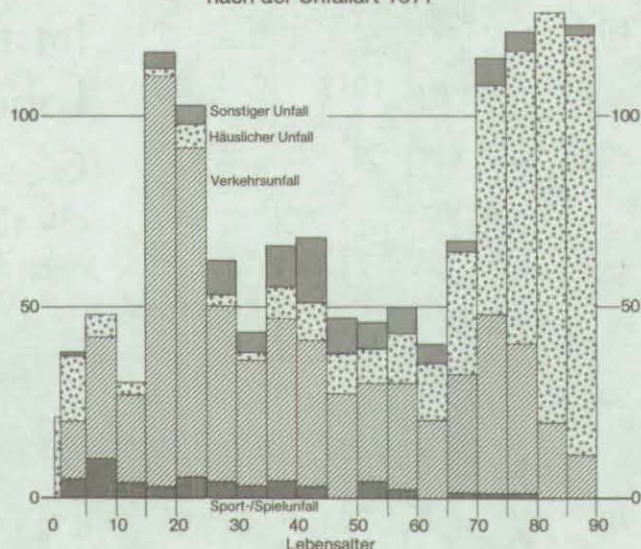
3) Da ein Unfall in Ausübung der Arbeit als Arbeitsunfall zählt, weichen die Zahlen über die Verkehrsunfalltoten in dieser und der vorigen Tabelle geringfügig voneinander ab

**Bild 5**

D - 4980

## Unfallsterbefälle

nach der Unfallart 1977



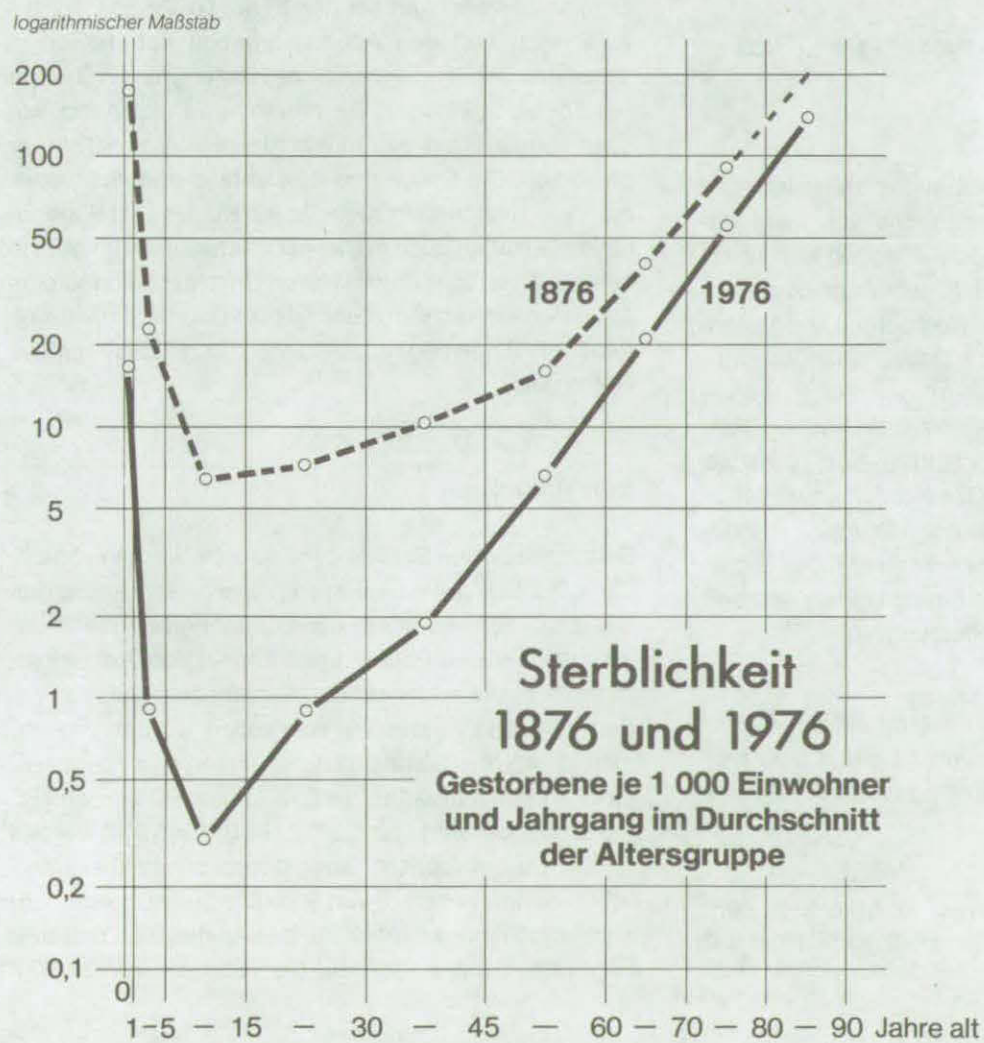
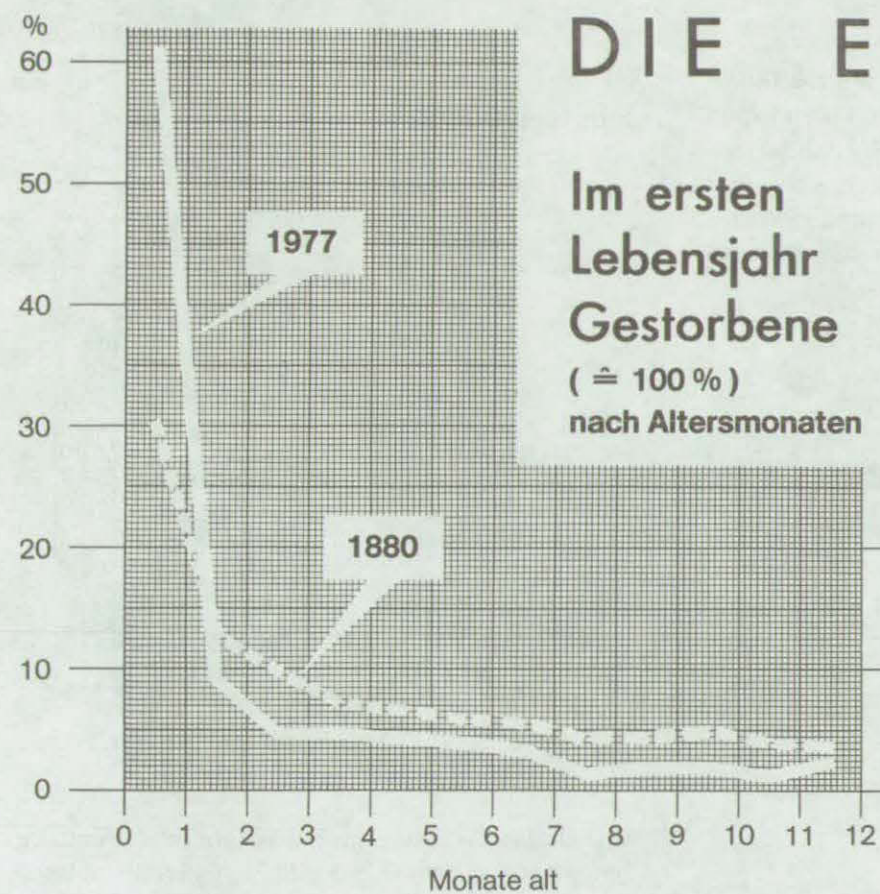
Grundzahlen, womit auch eine weitere Tabelle entbehrlich wird. Aus dem Bild 5 läßt sich viererlei ablesen: Die Verkehrsunfälle, für die sich bekanntlich eine erhöhte Sterblichkeit bei den 5- bis 10jährigen, 15- bis 25jährigen und den Älteren ergeben hat, zeigen in absoluten Zahlen eine deutliche Häufung für die Gruppe der 15- bis 25jährigen. Die häuslichen Unfälle sind, wie schon angedeutet, besonders für die älteren Mitbürger gefährlich. Die Sport- und Spielunfälle sind nicht etwa nur eine tödliche Unfallquelle für Kinder und Jugendliche; sie treffen auch mittlere und ältere Jahrgänge. Die hier als „Sonstige“ dargestellten Unfälle mit Todesfolge gewinnen erst ab dem Jugendalter Bedeutung, da sich dahinter überwiegend Arbeits- und Dienstunfälle verbergen.

## Selbstmord

Selbstmorde und Selbstmordversuche werden von der Öffentlichkeit aufmerksam registriert. Trifft es zu, daß die Zahl der Selbstmordversuche immer mehr zunimmt? Die der Polizei bekanntgewordenen Selbstmordversuche, worunter nur die nicht zum Ziele führenden Versuche verstanden sein sollen, werden im Rahmen ihrer Kriminalstatistik Jahr für Jahr nachgewiesen. Ihre Zahl steigt bislang ständig an. Für 1960 werden 450 Versuche genannt, für 1970 915, für 1977 bereits 1 927. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 9 %. Die Selbstmorde nehmen lange nicht so rasch zu. Der Anstieg von den 569 Fällen des Jahres 1960 auf die 753 des Jahres 1977



# DIE ENTWICKLUNG DER STERBLICHKEIT



## Sterbefälle ausgewählter Todesursachen 1876 bis 1977



Die Fortschritte der Medizin, die Intensivierung der ärztlichen Versorgung, ein gestiegenes Hygienebewußtsein und eine allgemeine Verbesserung der äußeren Lebensumstände haben die Sterblichkeit der Bevölkerung im allgemeinen und die der Säuglinge im besonderen senken helfen. Vor einhundert Jahren hatte ein Neugeborenes im Durchschnitt ein 36 Jahre dauerndes Leben vor sich, heute ist die Lebenserwartung doppelt so lang. 1876 starben 148 von 1 000 Lebendgeborenen innerhalb des ersten Lebensjahres, heute nur noch 13. Die Säuglingssterblichkeit ist heute in erster Linie eine Sterblichkeit der ersten Lebensstunden und -tage. 46 % aller gestorbenen Säuglinge überlebten 1977 nicht den siebenten Lebensstag, 61 % vollendeten nicht den ersten Lebensmonat. 1880 starben dagegen 30 % der Säuglinge im ersten und 70 % in den restlichen elf Lebensmonaten.

Das zeigt, daß die Medizin Erfolge vor allem bei der Senkung der Nachsterblichkeit des zweiten bis zwölften Lebensmonats, erzielt hat. Worüber die Kurve der Säuglingssterbefälle nach Altersmonaten nichts aussagt: 1880 starben 5 909 Säuglinge, 1977 nur 315.

Ein Vergleich der Sterblichkeitsentwicklung unter Berücksichtigung der Todesursachen illustriert die eingangs genannten Faktoren, die zur Senkung der Sterbehäufigkeiten geführt haben. Ein gewisses Gefühl für die Relativität statistischer Vergleiche, die eine so lange Zeitspanne umfassen und außerdem noch die Periode des industriellen Aufbruchs einschließen, wird dabei vorausgesetzt. In den Beiträgen zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins sind notwendig erscheinende Erläuterungen abgedruckt.

Die Medizin hat besonders große Erfolge bei der Bekämpfung der Infektionskrankheiten erzielt, vor allem bei der Tuberkulose. Aus einer gefährlichen Volksseuche wurde eine seltene Krankheit, an der 1977 nur noch 93 Einwohner starben.

Eine Krankheit, die vor einhundert Jahren noch mehr als 200 Mütter das Leben kostete, das Kindbettfieber, ist seit Kriegsende praktisch ausgerottet. Neubildungen sind dagegen in einem starken Vordringen begriffen, nicht dagegen Selbstmorde und Mord und Totschlag, zumindest nicht im hundert Jahre überdeckenden Vergleich.



bedeutet ein durchschnittliches jährliches Anwachsen um 2 %. Die von der Polizei festgehaltenen Selbstmorde müssen zwangsläufig etwas von den eben genannten Werten des Statistischen Landesamtes abweichen, da die Polizei das Geschehen dem Ereignisort zuordnet, die Statistischen Landesämter dagegen dem früheren Wohnort des Gestorbenen. Ein Süddeutscher, der sich während eines besuchsweisen Aufenthalts in Schleswig-Holstein tötet, wird in der polizeilichen Kriminalstatistik den schleswig-holsteinischen Fällen zugerechnet, in der Statistik der Statistischen Landesämter dagegen nicht. Die Statistischen Landesämter tauschen, um die Zuordnung nach dem Wohnort (-land) sicherzustellen, die statistischen Zählblätter aus. Die Differenzen sind nicht erheblich. Nur in zwei Jahren, 1963 und 1967, überstiegen sie die Zahl 50.

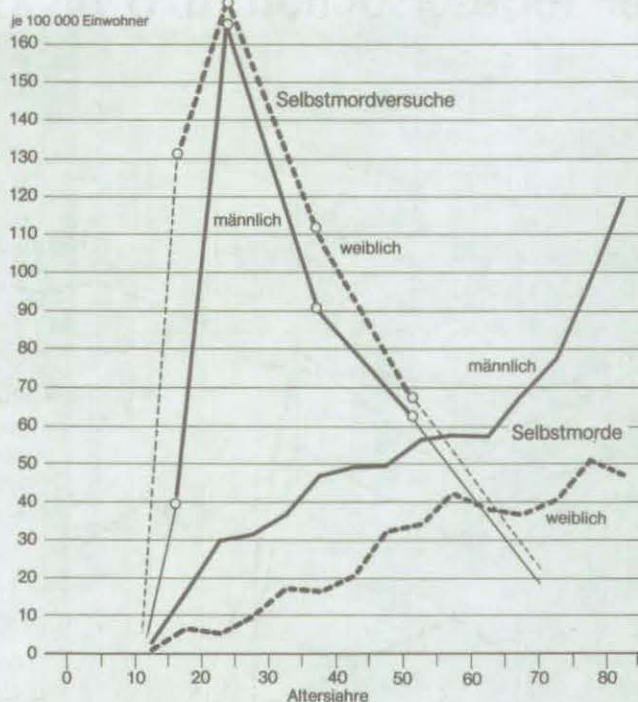
Da die Bevölkerungszahl weniger stark gestiegen ist als die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche, sind auch die Selbstmordrate und noch mehr die Rate der Versuche gestiegen. Daß Selbstmordversuch und Selbstmord zweierlei sind, davon weiß die Selbstmordliteratur zu berichten<sup>4</sup>. Es ist keineswegs so, daß alle als Selbstmordversuch registrierten Handlungen gegen den Willen der Beteiligten fehlschlagen. Viele solcher Vorfälle sind nur als hilfeschuchende Geste oder als mißbilligendes Verhalten gegenüber Angehörigen oder sonstiger Umwelt zu deuten. Besonders das weibliche Geschlecht scheint diesen Versuch der vollendenden Tat vorzuziehen.

In Bild 6 sind die nach dem Alter der Betroffenen gegliederten Selbstmorde und Versuche dargestellt. Die Fälle sind auf die Einwohner gleichen Alters bezogen. Es springt ins Auge, daß junge Leute in erhöhtem Maße zu Selbstmordversuchen neigen, die Vollendung der Tat aber offenbar weniger stark wünschen, während die Älteren es ernster meinen, wenn sie Hand an sich legen. Aus dem Bild 6 läßt sich auf die Motive und auf die Begehungsarten schließen. Die sogenannten „harten“ Selbstmordarten, wie Erhängen und Erschießen, wird man mehr unter den Selbstmorden als unter den Versuchen vermuten, weil man damit nicht so leicht abgestuft umgehen kann, die übrigen Selbstmordarten wie Tabletteneinnehmen und dergleichen dürften dagegen unter den Versuchen eine wichtige Rolle spielen. Tatsächlich werden sieben Zehntel der Selbstmordversuche durch die Einnahme fester oder flüssiger Stoffe sowie das Einatmen von Gasen begangen. Es ist anzunehmen, daß die Aufteilung der Stoffe der bei den

Bild 6

## Selbstmordversuche und Selbstmorde

D - 4981



Selbstmorden ähnelt. Danach werden überwiegend Sedativa und Hypnotika eingenommen, in erster Linie Schlafmittel, die sich ja leicht in Apotheken beschaffen oder, sofern sie verschreibungspflichtig sind, unschwer ansammeln lassen, bis eine ausreichend erscheinende Menge beisammen ist. Beim weiblichen Geschlecht findet sich die Einnahme von Tabletten häufiger als beim männlichen. Während von den Männern 65 % zu diesen und den vorgenannten Substanzen griffen, waren es von den Frauen immerhin acht Zehntel. An zweiter Stelle der Selbstmordversuche stehen jene, bei denen schneidende oder stechende Gegenstände verwandt werden. Hier dürfte es sich in erster Linie um Versuche handeln, die Pulsadern zu öffnen. Diese Art wird wiederum mehr vom männlichen Geschlecht bevorzugt. 1977 brachten sich 19 % der Männer, die einen vergeblichen Versuch unternahmen, aber nur 12 % der Frauen eine Schnitt- oder Stichverletzung bei.

Die Selbstmorde werden nach einem anderen Muster begangen. Zwar greifen die Frauen auch beim Selbstmord in erster Linie zu Tabletten oder sonstigen festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen, 1977 fast 50 %. Doch von den Männern taten es nur ein Drittel. Als zweithäufigste Begehungsart folgt bei den Frauen der Selbstmord durch Erhängen, Erdrosseln oder Erstik-

4) Vergleiche H. Vogt „Zum Selbstmord im Flensburger Raum“ in Schleswig-Holsteinisches Ärzteblatt, Heft 10 und 11/1972



## Selbstmorde und Selbstmordversuche 1977

Begehungsart	Selbstmorde			Selbstmordversuche		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Feste oder flüssige Stoffe, Gase	298	144	154	1 401	581	823
Erhängen, Erdröseln, Ersticken	322	220	102	60	49	11
Ertränken	44	12	32	35	18	17
Feuerwaffen, Explosivstoffe	32	31	1	18	15	3
Schneidende oder stechende Gegenstände	9	5	4	300	173	127
Sturz aus der Höhe	20	13	7	46	25	21
Sonstige Arten	28	16	12	64	33	31
<b>Insgesamt</b>	<b>753</b>	<b>441</b>	<b>312</b>	<b>1 927</b>	<b>894</b>	<b>1 033</b>

ken. Hierzu rechnen auch Selbstmorde durch über den Kopf gestülpte Plastikbeutel. Hier sind es die Männer, die diese Arten in fast der Hälfte aller Fälle wählen.

Größere geschlechtsbezogene Unterschiede lassen sich für zwei weitere Selbstmordarten feststellen. Während ein Zehntel der Selbstmörderinnen sich ertränkten, griffen die Männer als dritte Wahl lieber zu Feuerwaffen und Explosivstoffen, und zwar sieben von einhundert.

## Säuglingssterblichkeit

Die Bemühungen der letzten Jahre um eine Senkung der Säuglingssterblichkeit sind von Erfolg gekrönt. 1977 starben nur noch 13 von 1 000 Lebendgeborenen. Rund zehn Jahre lang lag die Mortalität bei 20 von 1 000 Lebendgeborenen, bis sich 1974 die Wende anbahnte. Die Säuglingssterblichkeit fiel über die Raten 18, 19 und 16, um 1977 einen vorläufigen Tiefstand zu erreichen. In der Bundesrepublik wird das schleswig-holsteinische Ergebnis nur noch von Baden-Württemberg unterboten.

Diese Entwicklung zum Guten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch mehr erreichbar ist. Was möglich ist, zeigen die skandinavischen Länder. 1976 starben während des ersten Lebensjahres in Island nur 8 und in Schweden nur 9 von 1 000 Geborenen.

Das Sterbealter der Säuglinge könnte Hinweise darauf geben, wo bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zukünftig die meisten Schwierigkeiten auftreten

## Säuglingssterbefälle je 1 000 Lebendgeborene 1977

Vorläufige Ergebnisse

Schleswig-Holstein	13,4
Hamburg	14,9
Niedersachsen	15,7
Bremen	17,9
Nordrhein-Westfalen	17,3
Hessen	13,7
Rheinland-Pfalz	15,8
Baden-Württemberg	12,5
Bayern	15,5
Saarland	18,9
Berlin (West)	16,9
<b>Bundesgebiet</b>	<b>15,4</b>

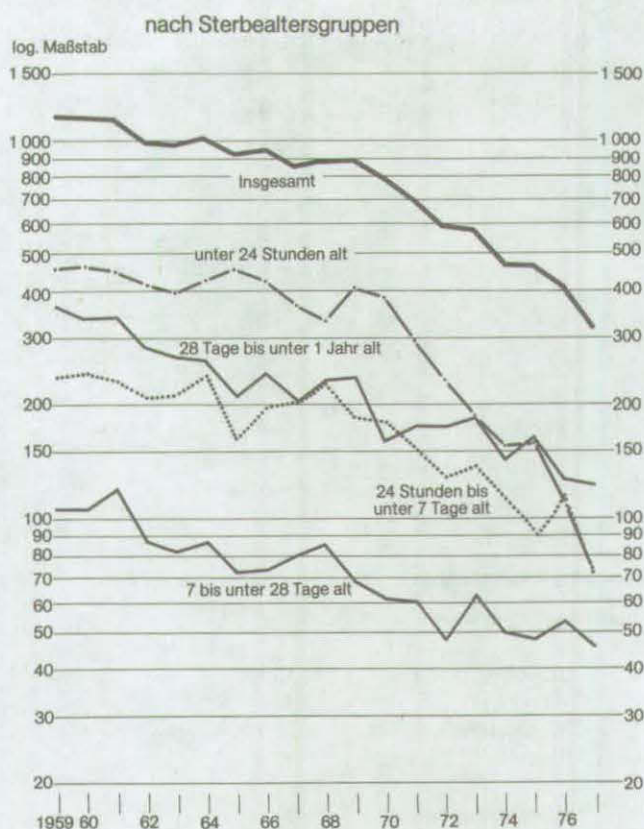
werden. Von den 315 Säuglingen, die der Tod 1977 nicht das erste Lebensjahr vollenden ließ, starben 74 in den ersten 24 Lebensstunden und 71 kamen nicht über ein Alter zwischen einem und sechs Tagen hinaus. 46 wurden zwischen 7 und 27 Tage alt, 124 weitere überlebten wenigstens vier Wochen.

Die 145 Kinder, die keine 7 Tage vollendeten, bilden 46 % der Säuglingssterblichkeit. Man nennt diesen Teil der Säuglingssterblichkeit Frühsterblichkeit. Sie belief sich auf 6 Gestorbene je 1 000 Lebendgeborene. Die 46 7 bis unter 28 Tage alt gewordenen Säuglinge machen 15 % der Säuglingssterblichkeit aus. Aus ihnen errechnet sich die sogenannte Spätsterblichkeit von 2 Gestorbenen je 1 000 Lebendgeborene. Die 124 nach dem 28. Lebenstag Gestorbenen tragen mit 39 % zur Säuglingssterblichkeit bei und bilden mit 5



Bild 7

# Gestorbene Säuglinge 1959 bis 1977 D - 4982



Gestorbenen je 1 000 Lebendgeborene die Nachsterblichkeit. In Bild 7 sind die Zahlen der gestorbenen Säuglinge in den geschilderten vier Gruppierungen seit

1960 dargestellt. Der Grafik läßt sich leicht entnehmen, daß man die Frühsterblichkeit, und hier besonders die der ersten 24 Stunden, am besten in den Griff bekommen hat. Diese beiden Kurven fallen in den letzten Jahren am stärksten. Der logarithmische Maßstab macht deutlich, daß hier die prozentualen Abnahmen am größten waren. Die Probleme liegen also bei der Spät- und der Nachsterblichkeit, deren Anteile an der Säuglingssterblichkeit mittlerweile zusammen auf 54 % gestiegen sind.

Fast die Hälfte aller 315 Säuglinge, nämlich 151, starben an einer der im fünfzehnten Abschnitt der ICD beschriebenen Ursachen der perinatalen Morbidität und Mortalität. Dazu gehören vor allem die hypoxischen Krankheiten — das Ersticken des Säuglings infolge Sauerstoffmangels —, die Unreife sowie Geburtsverletzungen. An Hypoxie starben 56, an Unreife 43 und an Geburtsverletzungen 20 Säuglinge. Die meisten der 151 Säuglinge sind nicht älter als 7 Tage geworden.

72 weitere Säuglinge starben an angeborenen Mißbildungen, mehr als die Hälfte an solchen des Herzens. 24 Kinder erlitten einen tödlichen Unfall oder kamen durch eine Vergiftung oder eine Gewalteinwirkung ums Leben. 19 Säuglinge fanden dabei den Tod durch mechanisches Ersticken. Darunter versteht man die Erstickungstode, die dem Einatmen oder Verschlucken von Nahrungsmitteln oder sonstigen Gegenständen folgen, aber auch diejenigen, die durch Hineinstopfen von Murmeln oder anderen Gegenständen in die Nasenlöcher verursacht werden. In zwei Fällen wurde der Tod vorsätzlich herbeigeführt.

## Säuglingssterbefälle 1977

Todesursache	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	18	10	8
Neubildungen	2	2	—
Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	5	—	5
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	10	5	5
des Kreislaufsystems	1	—	1
der Atmungsorgane	18	13	5
der Verdauungsorgane	4	4	—
der Harn- und Geschlechtsorgane	1	—	1
Angeborene Mißbildungen	72	34	38
Bestimmte Ursachen der perinatalen Morbidität und Mortalität	151	86	65
Symptome und mangelhaft bezeichnete Krankheiten und Todesursachen	9	5	4
Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen	24	13	11
<b>Insgesamt</b>	<b>315</b>	<b>172</b>	<b>143</b>



Der in letzter Zeit erfolgreicher werdende Kampf um eine niedrigere Säuglingssterblichkeit hängt zu einem erheblichen Teil mit den Vorsorgeuntersuchungen zusammen, die für Mutter und Säugling eingeführt wurden. Die Bemühungen um eine weitere Senkung der Säuglingssterblichkeit gehen weiter. Die Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder hat im Mai 1975 einen entsprechenden Maßnahmenkatalog beschlossen. Darin ist auch die Statistik angesprochen. Für das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit wurde

mittlerweile eine Sonderauszählung der Säuglingssterbefälle vorgenommen, die neue Fragestellungen abdeckte<sup>5</sup>.

Gustav Thissen

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht A IV 3 — j/77. Vergleiche auch: „Die Gestorbenen 1971“ in dieser Zeitschrift, Heft 9/10-1973, S. 209.

5) Vergleiche dazu: „Entwicklung der Säuglingssterblichkeit und ihre Einflußgrößen“ in Wirtschaft und Statistik, Heft 1/78

## Zur Entwicklung und Verbreitung des Zwischenfruchtanbaus

Mit Verkündung des zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 11. August 1978 erhielt der bisherige § 2, der eine Aufzählung der einzelnen Bodennutzungserhebungen enthält, eine neue Fassung. Die bisherige Bodennutzungsnacherhebung wurde dabei ersatzlos aufgehoben, so daß künftig der Anbau von Zwischenfrüchten nicht mehr festgestellt wird. In diesem Beitrag soll daher in einem Rückblick die Entwicklung des Zwischenfruchtanbaus im Bundesgebiet und den Ländern nach dem zweiten Weltkrieg dargestellt werden.

Angaben über den Zwischenfruchtanbau wurden durch das Statistische Bundesamt ab 1950 jährlich veröffentlicht, wobei entsprechende Daten für Berlin erst ab 1951 und für das Saarland ab 1958 verfügbar sind. Soweit es aus Gründen der Vergleichbarkeit notwendig erschien, wurden für diese beiden Bundesländer die Anbauflächen weiter zurückliegender Jahre geschätzt.

### Rechtliche Grundlagen der Erhebungen

In Schleswig-Holstein beruhte die Bodennutzungsnacherhebung zur Feststellung des Zwischenfruchtanbaus ab 1946 zunächst auf der Verordnung Nr. 71 (Errichtung eines Statistischen Amtes für die britische Zone) der zuständigen Militärregierung. Die rechtliche Grund-

lage für die Bodennutzungsnacherhebungen auf Bundesebene bildete dann die gemeinsame Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949. Sie bestimmte unter der lfd. Nr. 3 der Anlage eine jährliche allgemeine Erhebung des Zwischenfruchtanbaus in den Herbstmonaten. Das Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 ersetzte die bis dahin geltenden Rechtsverordnungen. Gemäß § 5 des Gesetzes wurde die weiterhin mit jährlicher Periodizität vorgenommene Erhebung auf den Monat Oktober gelegt. Auskunftspflichtig waren alle Betriebe ab 0,5 ha Gesamtfläche mit ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlicher Nutzung. Durch die Neufassung des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 23. Juni 1964 wurde die Bodennutzungsnacherhebung alle drei Jahre (1965 und 1968) allgemein und in den übrigen Jahren repräsentativ mit einem Auswahlatz von rd. 10 % der auskunftspflichtigen Betriebe im Bundesdurchschnitt durchgeführt. Ein erstes Änderungsgesetz vom 23. Dezember 1970 legte schließlich fest, daß die Erhebungen von 1971 bis zur letztmaligen Durchführung im Oktober 1977 ausschließlich repräsentativ erfolgten. Hierbei bildeten die bei der jeweils letzten total durchgeführten Bodennutzungshaupterhebung ermittelten Betriebe die Grundgesamtheit. Die Stichprobe wurde aus dem nach vier Größenklassen der Ackerfläche, in Schleswig-Holstein zusätzlich nach vier Hauptnaturräumen, geschichteten Material gezogen.



## Anbau- und Nutzungsformen des Zwischenfruchtanbaus

Zwischenfrüchte sind landwirtschaftliche Kulturen, durch die ein Ackerstandort in der Zeit zwischen den Vegetationsperioden zweier aufeinander folgender Hauptfrüchte pflanzenbaulich genutzt wird und dadurch nicht als eine Teilbrache vegetationslos daliegt. Nach der verfügbaren Vegetationszeit lassen sich Sommer- und Winterzwischenfrüchte unterscheiden. Sommerzwischenfrüchte werden entweder unter einer Getreidedeckfrucht (Untersaat) ausgesät oder nach frühräumenden Kulturen (Stoppelfrüchte) angebaut und noch im Herbst des gleichen Jahres genutzt. Die Wachstumszeit von Winterzwischenfrüchten reicht von einer Aussaat im Herbst — auch nach späträumenden Kulturen — bis zum ausklingenden Winter oder Frühjahrbeginn. Neben diesem Zwischenfruchtanbau im engeren Sinne werden Neuaussaaten von Klee, Gras und Kleegrasmenen als Unter- und seltener als Stoppelsaat vorgenommen, wobei die Bestände im Folgejahr Hauptfrüchte darstellen. Erfolgte noch im Herbst des Aussaatjahres eine Vornutzung durch einen Futerschnitt oder eine Beweidung, wird diese Anbauphase im allgemeinen dem Zwischenfruchtbau zugerechnet.

Zwischenfrüchte werden zur Futtergewinnung oder als Gründüngung zur Förderung der Bodenfruchtbarkeit angebaut. Diese beiden Nutzungsformen zweifelsfrei zu unterscheiden ist zum Zeitpunkt der Anbauplanung oder der Erhebungen, d. h. während des Aufwachsens, nicht immer möglich, da ein ursprünglich für eine Futtergewinnung vorgesehener Anbau bei schlechter Bestandsentwicklung nicht abgeerntet, sondern unmittelbar untergepflügt wird. Andererseits kann ein unerwartet gut entwickelter Bestand zur Verbesserung der Futtergrundlage herangezogen werden. Dabei darf nicht übersehen werden, daß auch bei einer Futternutzung erhebliche Mengen an leicht umsetzbarer Pflanzensubstanz — Wurzel- und Stoppelpflanzensubstanz — dem Boden zur Verbesserung seines Humushaushaltes und Intensivierung der Umsetzungsprozesse zugeführt werden.

Die landwirtschaftlichen Zwischenfrüchte entstammen nur wenigen Pflanzenfamilien, im wesentlichen den Leguminosen (Klee, Serradella, Wicke, Lupine, Felderbse), den Kruziferen (Senf, Raps, Rübsen, Futterkohl, Stoppelfrüchte, Senf, Spörgel, Ölrettich) sowie den Gramineen (Gräser, Getreide, Mais). Eine Sonderstellung nehmen die Sonnenblume, eine Composite, sowie die Phacelia, die zu den Hydrophyllaceen gehört, ein. Sofern auch die innerhalb einer Fruchtfolge angebauten Hauptfrüchte diesen Pflanzenfamilien ange-

hören, besteht leicht die Gefahr der Ausbreitung von Fruchtfolgeschäden wie beispielsweise Rapskrebs oder Kohlhermie durch Brassica-Arten. Andererseits vermögen gerade diese Blattfrüchte getreidereiche Fruchtfolgen aufzulockern und das Bodenleben zu aktivieren.

Der Anbau von Kruziferen erfordert die kürzeste Wachstumszeit, etwa 55 bis 70 Tage, dagegen der von Hülsenfrüchten wie Lupine, Felderbse und Sommerwicke eine außerordentlich lange Vegetationszeit von rd. 90 Tagen, während Futtermais und Sonnenblume eine Mittelstellung zwischen den genannten Stoppelfrüchten einnehmen. Serradella, Klee und Kleegrasgemische eignen sich vor allem zur Einsaat unter Getreidedeckfrucht und — wie bereits eingangs erwähnt — zur mehrjährigen Nutzung als Hauptfrucht. Typische Winterzwischenfrüchte, denen in der Regel Hackfrüchte als Hauptfrucht folgen, sind Grünroggen, Hülsenfruchtgemenge und ggf. Raps.

Die im Einzelfall praktizierte Art des Zwischenfruchtanbaus wird im wesentlichen von den besonderen Standorteigenschaften, klimatischen Faktoren, der Fruchtfolge und der betrieblichen Organisation bestimmt. Von Natur aus nährstoffarme und leicht zum Wassermangel neigende Standorte lassen nur den Anbau anspruchsloser Pflanzenarten wie Senf, Spörgel, Serradella oder Lupine zu, während auf reichlich Nährstoffe nachliefernden und wasserhaltenden Böden Raps, Klee sowie Wicken und Felderbsen gute Wachstumsbedingungen vorfinden. Futterbaubetriebe erhalten durch den Zwischenfruchtanbau eine erweiterte Futtergrundlage. Diese wird vor allem genutzt, wenn in Dürrejahre die Ertragserwartungen auf den Hauptfutterflächen nicht erfüllt wurden. In ausgesprochenen Ackerbaubetrieben dienen die Zwischenfrüchte der Verbesserung von Fruchtfolge und Boden. Hierbei schließen sich bestimmte Anbauformen des Zwischenfruchtbaus und der Einsatz neuerer chemisch-technischer Arbeitshilfsmittel gegenseitig weitgehend aus. So erschweren einerseits Klee-, Serradella- und Grasuntersaaten den Mähdrusch erheblich und andererseits läßt die heute gebräuchliche Anwendung von Herbiziden gegen Unkräuter und Ungräser im Getreideanbau eine Untersaat nicht zu. In Jahren mit früher Abreife und Räumung der Getreideflächen können Pflanzenarten mit längerer Wachstumsphase zur Aussaat kommen, während in Nässejahren mit entsprechend später Ernte nur Zwischenfrüchte mit ausgesprochen rascher und kurzer Vegetationsentwicklung in Frage kommen oder ein Zwischenfruchtbau ganz unterbleibt.



## Erhebungsmerkmale

Der vordringliche Zweck der Bodennutzungsnacherhebung war die Feststellung des außer von den Hauptfutterflächen zusätzlich anfallenden Wirtschaftsfutters. Dieses wurde anhand der erhaltenen Zwischenfruchtanbauflächen sowie anhand der von Erntebereichterstattem mitgeteilten Ertragsschätzungen berechnet. Aus diesem Grunde unterschieden die Erhebungsbögen zunächst Anbauflächen zur Futtergewinnung und zur Gründüngung, ferner, bis 1972, Sommer- und Winterzwischenfrüchte; schließlich wurde nach Pflanzengruppen oder einzelnen Pflanzenarten unterteilt, die in Anbau und Ertrag abgrenzbar sind. Infolge Änderung des Erhebungskataloges — vor allem in den Jahren 1952 und 1973 — können nicht alle erhobenen Einzelpositionen über den gesamten Erhebungszeitraum lückenlos verglichen werden. Durch Zusammenfassung zu größeren einheitlichen Pflanzengruppen wurde versucht, neben der Entwicklung der gesamten Zwischenfruchtanbaufläche auch Veränderungen unter den einzelnen Zwischenfrüchten darzustellen.

## Anbau im Bundesgebiet

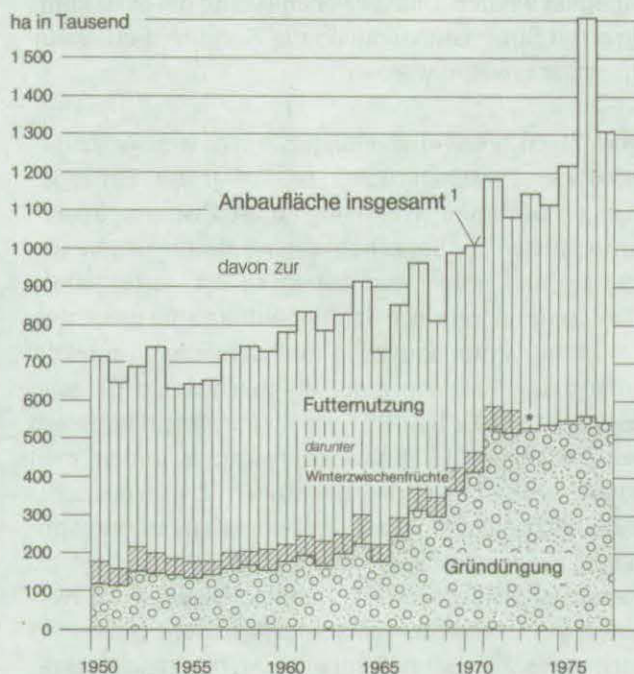
Bei Aufnahme der bundeseinheitlichen Bodennutzungsnacherhebungen im Jahre 1950 wurden im Bundesgebiet — Berlin (West) und Saarland eingerechnet — knapp 720 000 ha oder rd. 9 % der Ackerfläche mit Zwischenfrüchten bestellt. Wie aus dem Kurvenverlauf in Bild 1 hervorgeht, war die Anbaufläche gegen Mitte der 50er Jahre, einer ausgesprochenen Nässeperiode, rückläufig. In den folgenden Jahren setzte dann eine, wenn auch nicht immer stetige, Flächenzunahme ein, wobei sich die Fläche etwa verdoppelte und im Trockenjahr 1976 mit 1,6 Mill. ha einen Höchststand erreichte. Der Anteil an der Ackerfläche stieg auf annähernd ein Fünftel.

Für diese Anbauausweitung waren mehrere, ineinandergreifende und sich gleichsinnig ergänzende Gründe maßgebend. Eine der wesentlichen Voraussetzungen bestand in der sich auf breiter Ebene durchsetzenden Erkenntnis, daß es möglich und nützlich war, durch verbesserte landbauliche Methoden den Pflanzenanbau, und zwar sowohl im Bereich der Futter- als auch der Marktfrüchterzeugung, erheblich zu intensivieren. Neben der Hebung der Bodenproduktivität durch Verbesserung der physikalischen, chemischen und biotischen Standortverhältnisse ließ sich auch die

## Zwischenfruchtanbau im Bundesgebiet

Bild 1

1950 bis 1977



1) 1950 bis 1957 Berlin und Saarland dazugeschätzt  
\*) nach 1972 nicht mehr erhoben

D - 4983

Futtergrundlage der viehhaltenden Betriebe wesentlich vergrößern. Unterstützend wirkte dabei auch, daß Saatgut, Mineraldünger und maschinelle Schlagkraft ausreichend verfügbar waren.

Die Ausweitung des Zwischenfruchtanbaus läuft mit einer Zunahme des Getreideanbaus parallel, der von 4,6 Mill. ha eingangs der 50er Jahre auf durchschnittlich 5,3 Mill. ha in den letzten sechs Jahren anstieg. Hierbei erhöhte sich bei rückläufigem Hackfrucht- und Futterhauptfruchtanbau der Anteil der Getreide an der Ackerfläche von knapp 57 % auf gut 70 %. Während in der Nachkriegszeit noch der Fruchtwechsel im engeren Sinne, d. h. der unmittelbare Wechsel von Blatt- und Halmfrüchten verbreitet war, folgen inzwischen zwei bis drei Halmfrüchte aufeinander. Da Hackfrüchte die Flächen für einen nachfolgenden Zwischenfruchtaufwuchs zu spät räumen (Redewendung: Wachstum eines Sommertages holt eine Herbstwoche nicht ein), die Getreidearten dagegen wesentlich früher geerntet werden, stand mit der Ausweitung des Getreide-, insbesondere Wintergetreideanbaus mehr Fläche für eine Zwischenfruchtnutzung zur Verfügung. Damit konnte gleichzeitig einer durch einseitige Fruchtfolgen verursachten Bodenmüdigkeit und dem vor allem auf untätigen Böden unter Getreide auftretenden Gareschwund durch Akti-



vierung des Bodenlebens und Verbesserung des Wasser-, Gas- und Nährstoffhaushaltes wirksam begegnet werden. Daß Zwischenfrüchte bei einer kombinierten Stroh-Gründung die Rotte fördern, sollte gleichfalls erwähnt werden.

Hinsichtlich ihres Verwendungszweckes war der Hauptanteil der Zwischenfrüchte seit jeher zur Futtergewinnung bestimmt. Wenn auch diese Zwischenfrucht-Futterflächen — bei erheblichen Schwankungen von Jahr zu Jahr — im Zeitablauf um rd. ein Viertel zunahmen, so verringerte sich doch ihr Anteil an der gesamten Zwischenfruchtanbaufläche kontinuierlich von gut 80 % Anfang der 50er Jahre auf durchschnittlich 57 % in den Jahren 1972 bis 1977. Im Kurvenverlauf hebt sich das Trockenjahr 1976 besonders heraus, in dem man durch Ausschöpfen der gebotenen Zwischenfruchtanbaumöglichkeiten der dürebedingten Futterknappheit (Ertragsausfälle auf den Hauptfutterflächen) zu begegnen versuchte. Ein vergleichbares Anbauverhalten in früheren Jahren spiegeln weitere „Peaks“ in der graphischen Darstellung wider, während sich Nässejahre, in denen sich eine Aussaat infolge verzögerter Getreideernte oder erschwelter Bodenbearbeitung nicht mehr lohnte, durch „Kurventäler“ (1954) abzeichnen.

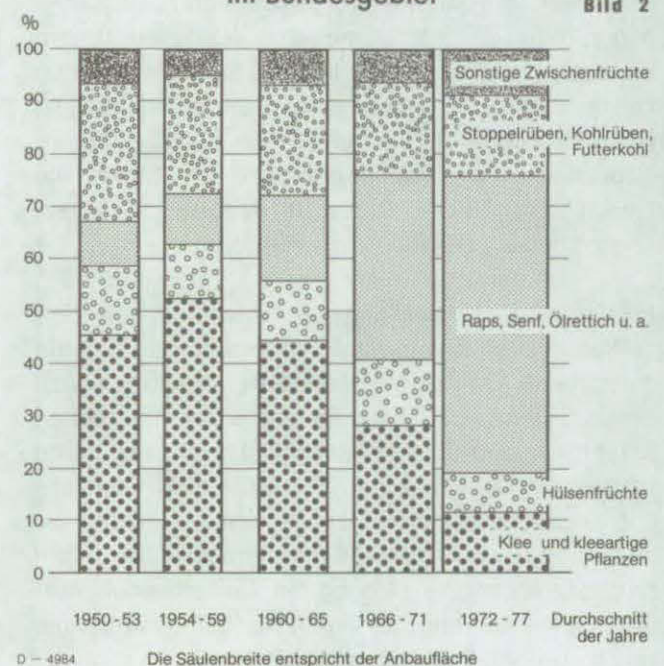
Der Zwischenfruchtanbau zur Gründüngung wurde — ackerbaulich notwendig — in die veränderten Fruchtfolgen zunehmend aufgenommen und im gesamten Zeitablauf auf das Vierfache ausgeweitet. Bei der auf den ersten Blick offenbar stetigen Anbauentwicklung darf aber nicht übersehen werden, daß in Jahren mit einer — infolge ungünstiger Witterung — stark rückläufigen Gesamtfläche ein Teil der zur Futternutzung ausgesäten Zwischenfrüchte aufgrund ungenügenden Aufwuchses untergepflügt und bei der Erhebung als Gründüngung erfaßt wurde.

Nach dem jahreszeitlichen Anbau gegliedert entfielen mehr als 90 % der Anbauflächen auf Sommerzwischenfrüchte. Die Winterzwischenfrüchte, die zwar das frühzeitigste Grünfutter ausgangs der Stallfütterungsperiode liefern, aber knappe Wasservorräte im Boden aufzehren können und lediglich den Nachbau von späten Hack- oder gar nur Zweitfrüchten zulassen, blieben in ihrem Flächenumfang — von beträchtlichen Jahresschwankungen abgesehen — weitgehend unverändert (D 1950 — 72: 47 000 ha). Dadurch sank ihr relativer Anteil am gesamten Zwischenfruchtanbau von anfangs gut 7 % auf weniger als 5 % im Jahre 1972. Aufgrund dieser insgesamt geringen Verbreitung wurden Winterzwischenfrüchte durch Änderung des

Erhebungskatalogs ab 1973 nicht mehr gesondert ausgewiesen.

Unter den angebauten Pflanzengruppen kam es — wie aus Bild 2 hervorgeht — zu einer erheblichen Umschichtung. Einem Rückgang der hinsichtlich ihrer Vorfruchtwirkung wertvolleren Leguminosen stand eine Verlagerung zu den schnellwüchsigen Kruziferen gegenüber. Diese Veränderungen sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Getreideernte Anfang bis Mitte der 60er Jahre von dem „Binder-Hocken-Verfahren“ auf den Mähdrusch umgestellt wurde und Herbizide allgemein zum Einsatz kamen. Zu üppiger Aufwuchs oder gar Durchwuchs von Untersaaten erschweren und verteuern die Ernteborgung sowie die Aufbereitung des Erntegutes (Trocknung, Reinigung). Da darüberhinaus, um das Ertragspotential von Hochleistungsgetreidearten auszuschöpfen und um die Maschinen reibungslos einsetzen zu können, die Bestände unkraut- und ungrasfrei gehalten werden müssen, mechanische Pflegemaßnahmen arbeitswirtschaftlich kaum noch vertretbar sind und Herbizide Zwischenfrüchte wie Unkräuter oder Ungräser vertilgen, konnte eine zunehmende Zurückdrängung der Untersaaten nicht ausbleiben. Weiterhin ist in Betracht zu ziehen, daß bereits die Untersaaten selbst mit den Hauptfrüchten um Standraum, Licht, Wasser und Nährstoffe konkurrieren. Inzwischen ist der früher typische

Die Pflanzengruppen des Zwischenfruchtanbaus im Bundesgebiet Bild 2





Untersaataufwuchs von Klee auf bindigeren oder Serradella auf leichteren Standorten nach der Getreidemahd (Stoppelweiden) weitgehend aus dem Landschaftsbild verschwunden. Untersaaten finden vermutlich nur noch zur Ansaat von Dauergrünland und mehrjährigem Ackerfutter Anwendung. Zugunsten eines verstärkten Anbaus von Marktfrüchten hat die Hauptfruchtfläche mit Klee und Klee gras erheblich abgenommen. Damit ist auch zugleich der Gesamtumfang von Flächen mit einer Vornutzung im Aussaatjahr (= Zurechnung zum Zwischenfruchtanbau) wesentlich zurückgegangen.

Mehr als dreiviertel der Zwischenfrüchte sind mittlerweile Stoppelsaaten — überwiegend Raps und Ölrettich —, die auch bei später Aussaat und kurzer Vegetationszeit noch zu einer zufriedenstellenden Wurzel- und Sprossenentwicklung kommen. Schwierigkeiten in der Fruchtfolge bestehen nur im intensiven, aber nur regional stärker verbreiteten Ölfrucht- und Kohlanbau (Brassica-Arten). Bei den Gruppen der übrigen „Hülsenfrüchte“ (Lupine, Wicke, Felderbse und deren Gemenge) sowie „Stoppelrüben, Kohlrüben, Futterkohl“ haben sich die absoluten Anbauflächen kaum verändert, wenn auch der relative Anteil rückläufig war. Unter den „Sonstigen Zwischenfrüchten“ haben die Stoppelgräser in jüngster Zeit als Ersatz für den früheren Klee grasanbau eine Ausweitung erfahren.

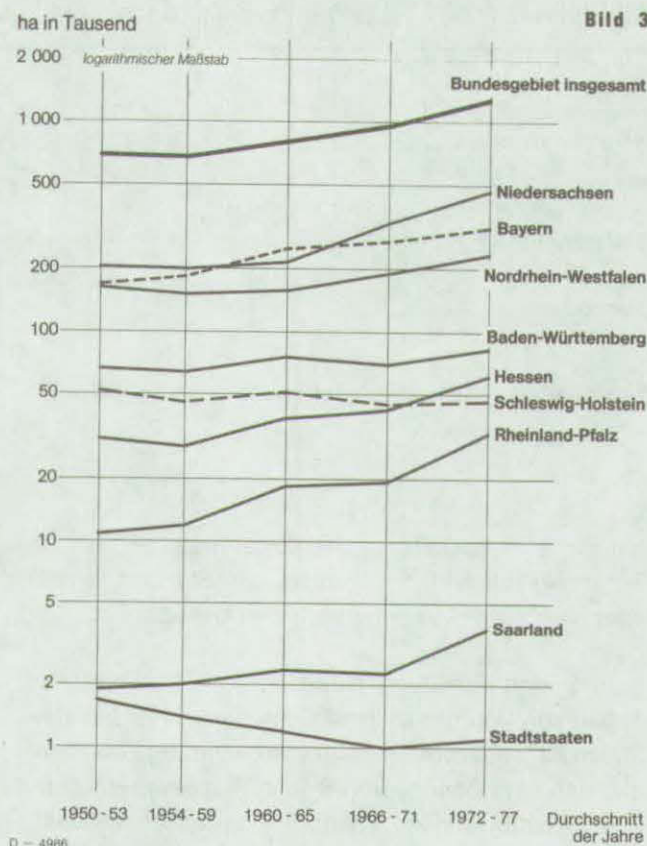
### Regionale Verbreitung

Umfang und Anbauentwicklung in den einzelnen Bundesländern zeigt Bild 3. Danach entfallen die größten Anbauflächen auf die drei flächenreichsten Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Ihr gemeinsamer Anteil an der Gesamtfläche im Bundesgebiet machte 1950 — 1953 durchschnittlich 77 % aus und vergrößerte sich bis 1972 — 1977 auf im Mittel 82 %. Mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und den Stadtstaaten wurde der Zwischenfruchtanbau in allen anderen Bundesländern erheblich ausgedehnt. Hierbei setzte die Anbauausweitung im süddeutschen Raum bereits in der ersten Hälfte, in Nordwestdeutschland in der zweiten Hälfte der 60er Jahre ein.

Eine unterschiedliche Anbaudichte in den einzelnen Bundesländern wird aus der Tabelle sichtbar. Seit jeher lag der Anteil der Ackerflächen, die mit Zwischenfrüchten bestellt wurden, in Niedersachsen und Nord-

### Zwischenfruchtanbauflächen in den Bundesländern

Bild 3



rhein-Westfalen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Im wesentlichen sind dafür klimatische Gründe maßgebend. Einerseits fördert der maritime Witterungscharakter mit seinen ausgeglichenen Temperatur- und Niederschlagsverhältnissen vor allem die Entwicklung von Blattfrüchten (u. a. Stoppelrüben, Raps) und gestattet eine risikolose Aussaat, andererseits reift das Getreide überwiegend so rechtzeitig ab, daß auch bei verzögerter Ernte der Anbau von Stoppelfrüchten noch lohnt. Außerdem liegt in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen der Getreideanteil an den Ackerfrüchten mit mehr als 76 % im Mittel der letzten 6 Jahre unter den Bundesländern am höchsten. Dagegen ist die Anbaudichte in Schleswig-Holstein sowie dem Saarland, in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gering. Während im nördlichsten Bundesland in erster Linie eine zu kurze verfügbare Vegetationszeit einschränkend wirkt, dürfte in den drei süddeutschen Ländern eine sehr oft ungenügende Bodenfeuchte (geringe Niederschläge, höhere Verdunstung) den Zwischenfruchtanbau begrenzen. Eine Mittelstellung nehmen Hessen und Bayern ein, in denen Trockenlagen, frische wüchsige Standorte und Mittelgebirgslagen mit eingeschränkter Wachstumszeit wechseln. Eine natur-



Anteile der Zwischenfruchtanbaufläche an der Ackerfläche in den Bundesländern in %

Bundesländer	D 1950 — 53	D 1954 — 59	D 1960 — 65	D 1966 — 71	D 1972 — 77
Schleswig-Holstein	7,7	6,8	7,7	6,9	7,2
Niedersachsen	13,4	12,6	14,0	21,3	29,4
Nordrhein-Westfalen	13,7	12,8	13,8	17,6	21,5
Hessen	4,6	4,2	6,0	7,3	10,9
Rheinland-Pfalz	1,7	1,8	3,0	3,4	6,3
Baden-Württemberg	6,2	5,9	7,5	7,1	8,9
Bayern	7,6	8,2	11,7	12,9	14,8
Saarland	—	—	3,1	3,2	5,7
Stadtstaaten	7,7	6,8	6,3	7,3	8,6
<b>Bundesgebiet</b>	<b>8,7</b>	<b>8,4</b>	<b>10,4</b>	<b>12,8</b>	<b>16,5</b>

räumliche Aufbereitung der Ergebnisse — wie in Schleswig-Holstein — würden die Standortvorteile oder -nachteile stärker hervortreten lassen.

Gemäß den Erhebungsdaten von 1972 nimmt der Anbau von Winterzwischenfrüchten vom Norden zum Süden zu, wobei der Anteil an den gesamten Zwischenfrüchten eine Spanne von 3 % in Schleswig-Holstein, 2 % in Niedersachsen, knapp 5 % in Nordrhein-Westfalen, 7 % in Bayern, 10 % in Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bis 15 % im Saarland umfaßte. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß sich in Norddeutschland die Rindviehhaltung auf die natürlichen Grünlandstandorte konzentriert, die einen

Weidegang vom zeitigen Frühjahr bis späten Herbst zulassen, während in süddeutschen Ackerbaugebieten die Sommerstallhaltung der Milchkühe nach wie vor verbreitet ist.

Im Verwendungszweck der Zwischenfrüchte bestehen wesentliche regionale Unterschiede. Während im Mittel der letzten 6 Jahre in Bayern 66 %, sowie in Hessen und Nordrhein-Westfalen 63 % der Anbaufläche der Futtergewinnung dienten, waren hierfür im Saarland 57 %, in Rheinland-Pfalz 55 %, Baden-Württemberg 53 % und Niedersachsen 50 % bestimmt. In Schleswig-Holstein hatten dagegen mit 60 % die Zwischenfrüchte zum Unterpflügen ein Übergewicht.

Anteile der Pflanzengruppen am Zwischenfruchtanbau in den Bundesländern im Durchschnitt der Jahre 1972 — 77 in %

Bundesländer	Zwischenfruchtanbaufläche insgesamt 1 000 ha	Davon Anteile in %					
		Leguminosen		Kruziferen		Gräser, Getreide	Sonstige
		Klee und kleeartige Pflanzen	Hülsenfrüchte und deren Gemenge (ohne Klee)	Raps, Senf, Örettich u. a.	Stoppelrüben, Kohlrüben, Futterkohl		
Schleswig-Holstein	46,1	23	7	55	2	10	2
Niedersachsen	468,8	4	10	57	22	4	3
Nordrhein-Westfalen	236,9	13	6	40	32	4	4
Hessen	61,0	13	7	54	1	14	10
Rheinland-Pfalz	32,5	13	2	69	5	5	7
Baden-Württemberg	81,7	14	7	65	4	3	7
Bayern	314,1	17	6	66	2	2	6
Saarland	3,7	12	2	73	2	4	7
Stadtstaaten	1,1	6	5	70	9	6	5
<b>Bundesgebiet</b>	<b>1 245,7</b>	<b>11</b>	<b>8</b>	<b>57</b>	<b>15</b>	<b>4</b>	<b>4</b>



Die Tabelle gibt eine Aufschlüsselung der angebauten Zwischenfrüchte nach Pflanzengruppen. Danach hat sich nur in Schleswig-Holstein und Bayern ein höherer Kleeanteil — im wesentlichen Aussaatflächen für eine nächstjährige Hauptnutzung — halten können. Hülsenfrüchte wie Lupinen, Wicken u. ä. sind in Niedersachsen überdurchschnittlich stark vertreten. Der Flächenanteil der Kruziferen erreicht 55 % (Hessen) bis knapp 80 % (Niedersachsen). Eine Sonderstellung nehmen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ein, in denen die Gruppe „Stoppelrüben, Kohlrüben, Futterkohl“ 22 % und 32 % des Zwischenfruchtanbaus ausmachte. „Raps, Senf, Ölrettich u. ä.“ sind mit einem Zweidrittel- bis Dreiviertel-Flächenanteil im Süden des Bundesgebietes am häufigsten. Unter den übrigen Zwischenfrüchten waren in Schleswig-Holstein und Hessen Stoppelgräser, in Rheinland-Pfalz und dem Saarland Mais und Sonnenblumen stärker vertreten.

### Anbau in Schleswig-Holstein

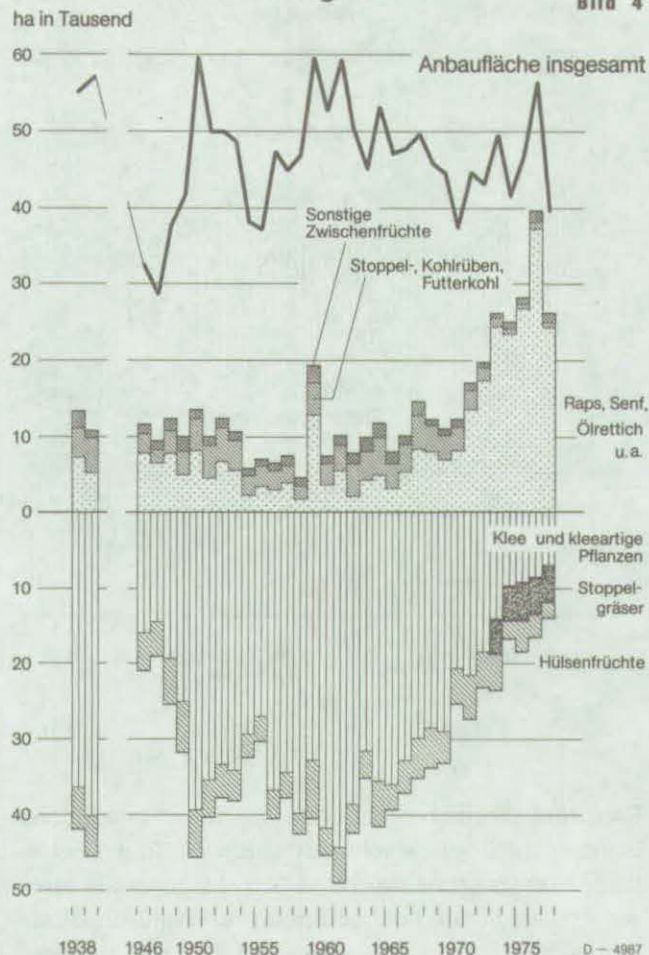
Mangels geeigneten Saatgutes und Mineraldüngers war der Umfang des Zwischenfruchtanbaus in Schleswig-Holstein 1947 auf die Hälfte des Vorkriegsstandes (1938/39: 56 000 ha) zurückgefallen. Durch rasche Normalisierung der Versorgungslage wurde dieser aber bereits 1950 wieder erreicht. Von da ab bestimmten die jährlich wechselnden Witterungsverhältnisse ein erhebliches „Auf und Ab“ der Anbauflächen. Aus dem Kurvenverlauf in Bild 4 zeichnen sich daher verregnete (1954, 1970) und Dürrejahre (1959, 1976) durch Einschränkung oder Ausweitung des Zwischenfruchtanbaus deutlich ab. Für den Zeitraum von 1946 bis 1977 läßt sich eine durchschnittliche Anbaufläche von 46 000 ha ( $\hat{=}$  7 % der Ackerfläche) errechnen. Eine langfristige Tendenz der Veränderung des Flächenumfangs im Lande ist nicht erkennbar.

Wie in keinem anderen Bundesland setzte in der zweiten Hälfte der 60er Jahre eine Wende in der Nutzungsrichtung der Zwischenfrüchte ein (vgl. Bild 5). Während bis 1966 mehr als zwei Drittel der Flächen zur zusätzlichen Futtergewinnung herangezogen wurden, kehrte sich das Verhältnis innerhalb kurzer Zeit zugunsten der Gründungsflächen um. Winterzwischenfrüchte erreichten nur Anfang der 50er Jahre einen Anbauumfang von 3 000 bis 5 000 ha und sind dann auf einen bedeutungslosen Flächenanteil zurückgefallen.

Die Veränderung innerhalb der verschiedenen Pflanzengruppen wird aus der Aufgliederung in Bild 4 ersichtlich. Der Anbau von Klee, Klee gras und Serradella erfuhr bis 1961 (rd. 45 000 ha) eine stetige Ausweitung und

### Entwicklung des Zwischenfruchtanbaus in Schleswig-Holstein

Bild 4



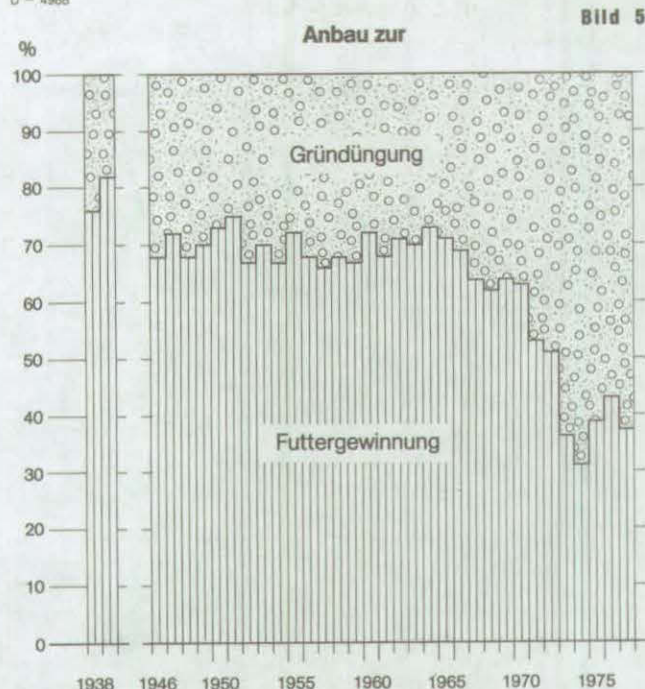
fiel dann — durch Mähdrusch, Herbizideinsatz, verstärkten Wintergetreideanbau und Aufgabe des Hauptfutterbaus — bis 1977 kontinuierlich auf weniger als 10 000 ha, den niedrigsten in Schleswig-Holstein erhobenen Stand, zurück. Anzumerken ist, daß infolge Änderung des Erhebungskataloges die Anbauflächen bis 1972 mit denen der folgenden nicht voll vergleichbar sind, da ab 1973 u. a. Stoppelgräser gesondert ausgewiesen wurden, die davor vermutlich dem Klee gras zugerechnet worden waren. Hülsenfrüchte im Rein- und Mischanbau waren, da sie eine längere Wachstums spanne beanspruchen und als Stickstoffsammler entbehrlich geworden sind, stark rückläufig.

Die Anbauentwicklung der Kruziferen ist durch zwei größere Anbauphasen gekennzeichnet. Als ausgesprochen anspruchslose Pflanze fand der Senf unmittelbar nach dem Kriege stärkere Verbreitung, dann ging sein Anbau bis 1958 zurück. Als eine Dürre im Jahre 1959 die Untersaaten vertrocknen ließ, stellten



## Nutzung der Zwischenfrüchte in Schleswig-Holstein

D - 4988



Raps und Ölrettich recht anschaulich ihre besondere Eignung als Stoppelfrüchte unter Beweis. In der Folge fanden sie als schnellwüchsige Gründüngungspflanzen zunehmend in den auf den Anbau von Winterfrüchten ausgerichteten Ackerbaubetrieben Eingang und ersetzten die nicht mehr geeigneten Kleeuntersaaten. „Kohlrüben, Futterkohl und Stoppelrüben“ fanden Anfang der 50er Jahre in Futterbaubetrieben nach Frühkartoffeln und frühräumendem Wintergetreide stärkere Verbreitung, konnten sich aber aufgrund des hohen Arbeitsaufwandes der damals üblichen Pflanzung von Hand nicht halten. Mit Einführung handbedienter Pflanzmaschinen kam es in den 60er Jahren zu einer nochmaligen Ausweitung. Fruchtfolgebedingt kürzere Zeiträume zwischen aufeinanderfolgenden Hauptfrüchten (Abnahme des Sommergetreide- und Hackfruchtanbaus) und arbeitswirtschaftliche Gründe (größere Arbeitsproduktivität bei unmittelbarer Aussaat) ließen die Anbauflächen inzwischen auf weniger als 1 000 ha sinken.

### Verbreitung in den Naturräumen des Landes

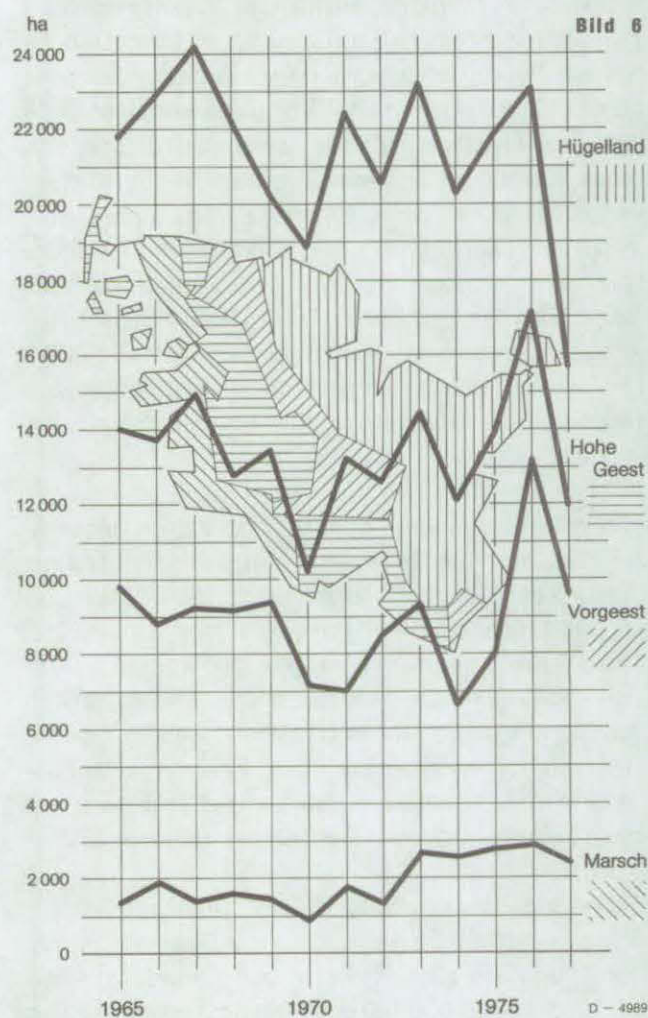
Seit dem Jahre 1965 werden die Anbauflächen Schleswig-Holsteins in einer Gliederung nach den

Hauptnaturräumen Hügelland, Vorgeest, Hohe Geest und Marsch aufbereitet.

Die naturräumliche Abgrenzung orientiert sich an dem geologischen Aufbau des Landes. Das Ausgangsmaterial für die Bodenentwicklung besteht in der Marsch aus alluvialen fluvio-marinen Sedimenten, auf der Hohen Geest aus Geschiebesanden bis -leimen der vorletzten Vereisung, in der Vorgeest aus Schwemmsanden der letzten Nacheiszeit und im Hügelland aus Geschiebelehm und -mergel der letzten Vereisung.

Eine frühere Sonderaufbereitung für das Jahr 1955 (vergl. Stat. Monatshefte 8/1956, S. 109-112) läßt sich aufgrund ungewöhnlicher Witterungsverhältnisse in dem betreffenden Jahr (Trockenheit vom Vorsommer bis Herbst ließ Unter- und Stoppelsaaten mißlingen) für einen langfristigen Vergleich nicht heranziehen. Bild 6 zeigt einen weitgehend synchronen Verlauf der Anbauflächen in den Naturräumen, wobei die „Aus-schläge von Jahr zu Jahr“ vom Hügelland über die

### Zwischenfruchtanbauflächen in den Naturräumen Schleswig-Holsteins



D - 4989



Naturraum	Anbaufläche		Davon Anteile in %					
	1 000 ha	% der Ackerfläche	Leguminosen		Kruziferen		Stoppelgräser	Sonstige
			Klee und kleeartige Pflanzen	Hülsenfrüchte und deren Gemenge (ohne Klee)	Raps, Senf, Ölrettich u. a.	Stoppelrüben, Kohlrüben, Futterkohl		
Hügelland	20,79	6,0	24	11	54	2	7	2
Vorgeest	9,22	9,4	22	5	55	3	13	2
Hohe Geest	13,70	10,4	24	4	54	2	14	2
Marsch	2,41	3,7	16	3	67	1	11	1
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>46,12</b>	<b>7,2</b>	<b>23</b>	<b>7</b>	<b>55</b>	<b>2</b>	<b>10</b>	<b>2</b>

Hohe Geest bis zur Vorgeest relativ größer werden. Eine leichte Tendenz zur Ausweitung der Anbaufläche besteht in der Marsch.

Die Anbaudichte (= Anteil am Ackerland) steigt — wie auch aus der Tabelle hervorgeht — von der Marsch über das Hügelland bis zur Geest an. In gleicher Reihenfolge nehmen auch die Bindigkeit, das Wasserhaltevermögen, das chemisch-physikalische Pufferungsvermögen und die allgemeine Bodenaktivität ab. Auf den untätigen Sandstandorten der Vor- und Hohen Geest ist die Einschaltung von Zwischenfrüchten neben einem verstärkten Hauptfutterbau ackerbaulich und wirtschaftlich notwendig. Zur Strukturförderung wäre der Zwischenfruchtanbau auf den schweren Böden des Hügellandes und der Marsch ebenfalls nützlich. Doch hier bietet die kurze Zeitspanne zwischen den drei Hauptfrüchten der Marktfrochtbetriebe Winterraps, Winterweizen und Wintergerste neben den terminierten Bodenbearbeitungs- und Bestellungsarbeiten kaum noch Platz für den Einschub einer Zwischenfrucht. Daher haben in der Marsch die Leguminosen die geringste und die Kruziferen die stärkste Verbreitung unter den Zwischenfrüchten. Einer weiteren Umschichtung von den Leguminosen zu den Kruzi-

feren dürften dagegen im Hügelland aufgrund der starken Ausweitung des Ölfrochtanbaus, vor allem von Winterraps, fruchtfolgeabhängige Grenzen gesetzt sein.

#### Ausblick

Die vorliegende Auswertung hat gezeigt, daß der Zwischenfruchtanbau im Bundesgebiet nach dem zweiten Weltkrieg eine starke Ausweitung und Umschichtung hinsichtlich des Nutzungszweckes und der Pflanzenarten erfahren hat. Nach wie vor bildet er einen Puffer für die Milderung witterungsbedingter Futterknappheit. Im intensiven Ackerbau trägt er zur Ausschöpfung und Sicherung der Produktivität der Böden bei. Doch hat er sich den wandelnden Fruchtfolgen, den arbeitswirtschaftlichen Verhältnissen sowie dem chemischen und technischen Fortschritt anzupassen. Abschließend sei erwähnt, daß der Zwischenfruchtanbau unter dem Gesichtspunkt einer ganzjährigen Begrünung der Böden auch dem Umweltschutz zugute kommt.

Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt

Weitere Angaben siehe Stat. Berichte C I 4.

**ERLÄUTERUNGEN:** Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 — 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 — weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- — nichts vorhanden
- — Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / — Zahlenwert nicht sicher genug
- × — Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... — Angabe fällt später an



# Bevölkerung

Die Entwicklung Schleswig-Holsteins im Zeitraum 1950–1975, der dieser Schrift in der Regel zugrunde liegt, läßt sich nicht getrennt von den ihm vorangehenden zehn Jahren betrachten. 1950 lag mitten in einer Phase ungewöhnlicher Bevölkerungsbewegung, die ungefähr 1944 begann und sich bis über die Mitte der fünfziger Jahre fortsetzte.

1939, vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges, hatte Schleswig-Holstein rund 1,6 Millionen Einwohner. Der Ausgang des Krieges hat das Land beeinflusst wie vielleicht wenige Ereignisse davor. Im wesentlichen innerhalb zweier Jahre, 1945 und 1946, strömten eine Million ost- und mitteldeutscher Flüchtlinge und Vertriebenen ins Land. Anfang 1949 erreichte der Bevölkerungsstand infolge dieser Zuwanderung seinen Höhepunkt. Alle Aufgenommenen im Lande einzugliedern, fehlten die Voraussetzungen. So wanderte ein Teil der Zugezogenen, aber auch der einheimischen Bevölkerung – verstärkt ab 1949 –, in andere, nicht derart mit

Flüchtlingen überbelegte Bundesländer ab. Dies geschah aus freiem Antrieb oder im Rahmen der staatlich gelenkten Umsiedlung. Dieser zweite Abschnitt des großen Wanderungsgeschehens nach dem Weltkrieg kam 1956 zu einem gewissen Abschluß. Er bedeutete einen Rückgang des Bevölkerungsstandes von 2,65 Millionen Anfang 1949 auf 2,25 Millionen gegen Ende 1956.

Nach 1956 setzte eine ruhigere Entwicklung ein. Die Bevölkerung nahm wieder zu. Daran war zwar auch ein Wanderungsgewinn beteiligt (besonders durch Zuzüge aus Hamburg und aus dem Ausland); der wesentliche Grund der Bevölkerungszunahme waren jedoch bis gegen Ende der sechziger Jahre kräftige Geburtenüberschüsse. 1972 trat zum ersten Mal wieder ein Geburtendefizit auf. Es konnte sich aber erst 1975 so stark auswirken, daß der Bevölkerungsstand sank. Ende 1976 lebten in Schleswig-Holstein 2,58 Millionen Einwohner, nicht viel weniger als Anfang 1949, dem Jahr mit dem bisherigen Höchststand.

Stand (Volkszählung)	Fläche ha *	Wohnbevölkerung			Frauen Je 100 Männer	Bevölkerungs- dichte Einwohner je km <sup>2</sup>	Veränderung des Bevölkerungsstandes gegenüber der vorangegangenen Zählung durch	
		männlich	weiblich	insgesamt			Geborenen- Überschuß (+) oder Gestorbenen- Überschuß (-)	Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-) 1)
17. 5.1939	1 568 200	816 687	772 292	1 588 979	95	101		
29.10.1946 <sup>2)3)</sup>	1 565 800	1 171 983	1 418 227	2 590 210	121	165	s - 17 000 <sup>a)</sup>	s + 1 018 000
13. 9.1950	1 566 800	1 210 466	1 384 182	2 594 648	114	166	s + 68 800	s - 64 400
25. 9.1956 <sup>4)</sup>	1 568 000	1 046 911	1 205 162	2 252 073	115	144	+ 58 114	- 400 689
6. 6.1961	1 565 700	1 093 869	1 223 572	2 317 441	112	148	+ 43 841	+ 21 527
27. 5.1970	1 567 600	1 187 730	1 306 374	2 494 104	110	159	+ 119 015	+ 57 648

\* 1) Einzige administrative Gebietsänderung siehe Fußnote 3). Übrige Flächenveränderungen durch Neuvermessungen, Landgewinnung und -abspülungen

1) durch Differenzbildung errechnete Werte

2) einschließlich Dienstgruppenangehörige in Lagern

3) Gebietsaustausch mit der sowjetischen Besatzungszone beim Kreis Hsgt. Lauenburg am 27. 11. 1945.

Saldo für Schleswig-Holstein: Fläche -2 213 ha, Bevölkerung - 355 (VZ 1939 = - 305)

4) Wohnungszählung

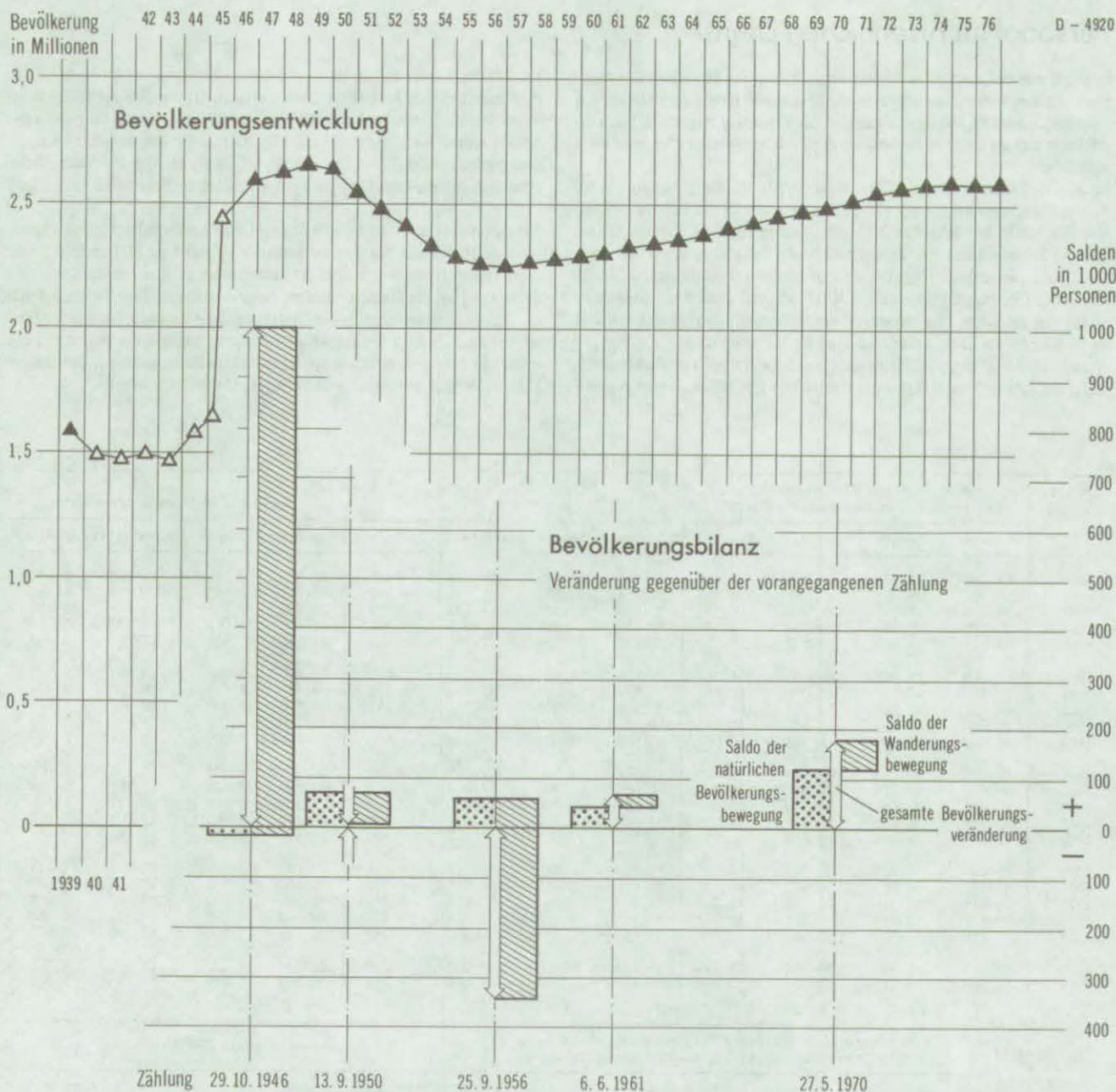
a) geschätzt unter Berücksichtigung der Kriegsverluste und methodischer Besonderheiten des Zahlenmaterials

Jahr	Wohnbevölkerung				Jahr	Wohnbevölkerung			
	Ergebnisse der Fortschreibung		Geschätzte und von Fortschreibungsfehlern bereinigte Zahlen 1)			Ergebnisse der Fortschreibung		Geschätzte und von Fortschreibungsfehlern bereinigte Zahlen 1)	
	Jahres-durchschnitt	31. 12.	Jahres-durchschnitt	31. 12.		Jahres-durchschnitt	31. 12.	Jahres-durchschnitt	31. 12.
1948	.	.	2 640 600	2 654 300	1962	2 341 212	2 351 315	2 332 600	2 338 500
1949	.	.	2 646 500	2 634 400	1963	2 363 894	2 375 783	2 347 100	2 354 900
1950	2 594 648 <sup>a</sup>	2 558 282	2 597 700	2 543 200	1964	2 391 977	2 405 547	2 366 900	2 376 600
1951	2 521 080	2 486 779	2 504 900	2 469 400	1965	2 422 803	2 438 829	2 389 500	2 401 700
1952	2 457 829	2 424 978	2 439 300	2 405 100	1966	2 457 496	2 472 526	2 415 900	2 427 300
1953	2 385 073	2 344 743	2 365 100	2 324 900	1967	2 487 488	2 499 730	2 437 700	2 446 500
1954	2 325 200	2 303 530	2 305 200	2 283 700	1968	2 514 654	2 528 733	2 456 600	2 467 400
1955	2 290 285	2 277 340	2 270 500	2 257 500	1969	2 544 825	2 557 245	2 478 500	2 487 800
1956	2 252 691	2 251 433	2 252 700	2 251 100	1970	2 494 104 <sup>a</sup>	2 510 608	noch unbekannt (Etwaige Bereinigung erst mit dem Ergebnis der nächsten Volks- zählung möglich)	
1957	2 258 094	2 264 346	2 257 300	2 262 800	1971	2 529 473	2 543 236		
1958	2 268 655	2 275 802	2 266 800	2 273 000	1972	2 554 095	2 563 775		
1959	2 284 390	2 289 894	2 280 700	2 285 800	1973	2 573 383	2 579 598		
1960	2 299 252	2 309 409	2 294 500	2 304 100	1974	2 582 627	2 584 343		
1961	2 317 441 <sup>a</sup>	2 329 247	2 317 400	2 324 500	1975	2 583 758	2 582 412		
					1976	2 583 409	2 582 718		

1) für 1961–1969 wurden die für die Berechnung von Beziehungszahlen bei den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrundezulegenden Bevölkerungszahlen als Jahresdurchschnittszahlen verwendet

a) Volkszählungsergebnis





#### Zur Methode

Der Einwohnerzahl liegt der Begriff der Wohnbevölkerung zugrunde. Danach gehören Personen mit nur einer Wohnung zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sich diese Wohnung befindet. Personen mit mehr als einer Wohnung oder Unterkunft werden der Gemeinde zugeordnet, von der aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen. Soweit sie weder erwerbstätig sind noch sich in der Ausbildung befinden, ist diejenige Wohnung maßgebend, in der sie sich überwiegend aufhalten. Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung bleiben der Wohn-gemeinde vor ihrer Einberufung zugerechnet. Zur Wohnbevölkerung gehören auch Ausländer. Mit der Wohnbevölkerung wird jede Person nur einmal gezählt.

Wegen des damit verbundenen Aufwandes wird die Wohnbevölkerung nur etwa alle zehn Jahre durch eine Volkszählung ermittelt. Dazwischen wird die Bevölkerungszahl fortgeschrieben: Vom Bestand der letzten Volkszählung ausgehend, werden die für einen bestimmten Zeitraum ermittelten Lebendgeburten und Zuzüge hinzu- und die Sterbefälle und Fortzüge abgerechnet.

Trotz dieser theoretisch einfachen Methode hat die Fortschreibung Mängel, die um so nachteiliger in Erscheinung treten, je weiter der Ausgangspunkt der Volkszählung zurückliegt. Die schwache Komponente der Fortschreibung ist die Wanderungsbewegung, und zwar besonders die Fortzüge. Die Fehlerquelle liegt hauptsächlich in der unzureichenden Beachtung der Meldevorschriften. Die Fortschreibung ist so gut wie die Registrierung der ihr zugrundeliegenden Wanderungsvorgänge. Der Fehler läßt sich für den Zeitraum zwischen den Volkszählungen durch Differenzbildung feststellen, weil das ständesamtliche Meldewesen die ordnungsgemäße Erfassung aller Geburten und Sterbefälle gewährleistet. Allerdings geht ein Teil der Differenzen auch zu Lasten der Volkszählung, der eine gewisse Tendenz zur Untererfassung innewohnt. Die durch Fortschreibung des Bevölkerungsstandes gewonnenen Bevölkerungszahlen liegen deshalb am Stichtag der nächsten Volkszählung über den Ergebnissen dieser Zählung. Um den aus statistischen Gründen eingetretenen Bruch in der Zahlenreihe zu korrigieren, werden die Bevölkerungszahlen der Fortschreibung berichtigt.



# Personal im öffentlichen Dienst

Im staatlichen und kommunalen Bereich wird zwischen der Verwaltung im engeren Sinne und den Wirtschaftsunternehmen der öffentlichen Hand unterschieden. Aus Vergleichsgründen ist hier nur das Personal der Verwaltung dargestellt; ferner beschränken sich die Daten auf die hauptberuflich Vollbeschäftigten nach dem Dienstverhältnis.

Am 30.6.1976 waren in der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein 145 500 Personen hauptberuflich vollbeschäftigt. Hiervon waren für den Bund (einschließlich Bundesbahn und Bundespost) 60 000 Personen oder vier Zehntel, für das Land 54 500 oder knapp vier Zehntel und für die Gemeinden, Kreise und Ämter 31 000 oder zwei Zehntel tätig. Die Beamten stellen von der Gesamtzahl 62 000 oder gut vier Zehntel, die Angestellten 46 000 oder drei Zehntel und die Arbeiter 37 500 oder ein Viertel. Die Gesamtzahl der Vollbeschäftigten hat sich seit 1960 um 36 500 oder ein Drittel erhöht. Sie stieg bis 1975 ziemlich stetig an und ging erstmals 1976 deutlich zurück. Untersucht man die einzelnen Verwaltungsebenen, so ist die Zahl der Beschäftigten des Bundes seit 1960 um ein Viertel angestie-

gen, die des Landes um die Hälfte und die der Kommunen um drei Zehntel. Der überdurchschnittliche Anstieg des Landespersonals ist vor allem auf das Bildungswesen zurückzuführen. In diesem Bereich sind 25 000 Personen tätig und damit beinahe doppelt so viele wie 1960 (13 300). Während die Zahl der Beamten insgesamt durchschnittlich (+ 33 %) zugenommen hat, ist die der Angestellten überdurchschnittlich angestiegen (+ 47 %); bei den Arbeitern lag die Zuwachsrate nur bei +20%.

Für die Landes- und Kommunalverwaltung ist auch ein Vergleich mit 1950 möglich. Dabei zeigt sich, daß das Landespersonal im Vergleich zu 1976 um zwei Drittel zugenommen hat und das Personal der Kommunen um gut vier Zehntel. Obwohl die Entwicklung auf die Dienstverhältnisse bezogen unterschiedlich verlief, hat sich die Struktur kaum verändert. In der Landesverwaltung waren 1976 gut sechs Zehntel der hauptberuflich Vollbeschäftigten Beamte, drei Zehntel Angestellte und knapp ein Zehntel Arbeiter. In der Kommunalverwaltung waren ein Sechstel der Vollbeschäftigten Beamte, 56 % waren Angestellte und 27 % Arbeiter.

Jahr <sup>2)</sup>	Hauptberuflich Vollbeschäftigte <sup>1)</sup> der Landes- und Kommunalverwaltung <sup>1)</sup>				davon bei							
	insgesamt	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Land				Gemeinden und Gemeindeverbänden			
					zusammen	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen	Beamte	Angestellte	Arbeiter
1950	54 192	22 586	21 980	9 626	32 664	19 442	10 070	3 152	21 528	3 144	11 910	6 474
1952	51 498	24 325	18 689	8 484	30 264	20 880	7 236	2 148	21 234	3 445	11 453	6 336
1953	54 206	24 817	19 056	10 333	32 420	21 384	7 639	3 397	21 786	3 433	11 417	6 936
1954	54 275	25 045	19 300	9 930	32 419	21 394	7 623	3 402	21 856	3 651	11 677	6 528
1955	54 243	24 922	19 248	10 073	32 678	21 324	7 934	3 420	21 565	3 598	11 314	6 653
1960	60 564	26 917	22 294	11 353	36 652	22 622	10 032	3 998	23 912	4 295	12 262	7 355
1961	63 100	27 702	23 887	11 511	38 472	23 270	11 100	4 102	24 628	4 432	12 787	7 409
1962	64 151	28 507	23 888	11 756	39 405	23 912	11 350	4 143	24 746	4 595	12 538	7 613
1963	65 831	29 217	24 471	12 143	40 051	24 559	11 426	4 066	25 780	4 658	13 045	8 077
1964	66 829	29 334	24 943	12 552	40 677	24 569	11 699	4 409	26 152	4 765	13 244	8 143
1965	68 278	29 793	25 460	13 025	41 371	24 860	12 127	4 384	26 907	4 933	13 333	8 641
1966	69 068	30 616	26 041	12 411	41 699	25 382	12 264	4 053	27 369	5 234	13 777	8 358
1967	70 997	31 500	26 578	12 919	43 422	26 368	12 537	4 517	27 575	5 132	14 041	8 402
1968 <sup>3)</sup>	69 764	31 429	26 324	12 011	43 365	26 478	12 557	4 330	26 399	4 951	13 767	7 681
1969	72 632	32 791	27 817	12 024	45 156	27 694	13 376	4 086	27 476	5 097	14 441	7 938
1970	74 000	33 616	28 389	11 995	46 911	28 979	13 791	4 141	27 089	4 637	14 598	7 854
1971 <sup>4)</sup>	77 737	34 575	30 495	12 667	48 471	29 853	14 581	4 037	29 266	4 722	15 914	8 630
1972 <sup>4)</sup>	79 415	35 311	31 476	12 628	51 069	30 542	15 853	4 674	28 346	4 769	15 623	7 954
1973	83 407	37 233	33 171	13 003	53 425	32 334	16 274	4 817	29 982	4 899	16 897	8 186
1974	84 778	37 308	33 678	13 792	53 658	32 347	16 480	4 831	31 120	4 961	17 198	8 961
1975	87 110	38 465	34 846	13 799	54 463	33 339	16 367	4 757	32 647	5 126	18 479	9 042
1976	85 260	38 415	33 589	13 256	54 466	33 291	16 344	4 831	30 794	5 124	17 245	8 425

Jahr	Hauptberuflich Vollbeschäftigte in der gesamten öffentlichen Verwaltung <sup>1)</sup> in Schleswig-Holstein				darunter Personal des Bundes			
	insgesamt	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen	Beamte	Angestellte	Arbeiter
1960	109 019	46 626	31 155	31 238	48 455	19 709	8 861	19 885
1961	113 842	47 518	33 793	32 531	50 742	19 816	9 906	21 020
1962	116 479	48 843	34 471	33 165	52 328	20 336	10 583	21 409
1963	119 756	49 826	35 514	34 416	53 925	20 609	11 043	22 273
1964	123 432	50 624	36 540	36 268	56 603	21 290	11 597	23 716
1965	125 824	51 551	37 518	36 755	57 546	21 758	12 058	23 730
1966	125 874	52 448	38 686	34 740	56 806	21 832	12 645	22 329
1967 <sup>3)</sup>	127 798	54 377	39 399	34 022	56 801	22 877	12 821	21 103
1968 <sup>3)</sup>	126 582	53 309	38 930	34 343	56 818	21 880	12 606	22 332
1969	130 230	54 535	40 426	35 269	57 598	21 744	12 609	23 245
1970	133 019	55 275	41 540	36 204	59 019	21 659	13 151	24 209
1971 <sup>4)</sup>	138 471	56 459	44 044	37 968	60 734	21 884	13 549	25 301
1972 <sup>4)</sup>	141 816	58 186	45 269	38 361	62 401	22 875	13 793	25 733
1973	145 817	60 497	46 809	38 511	62 410	23 264	13 638	25 508
1974	146 818	61 093	46 748	38 977	62 040	23 785	13 070	25 185
1975	149 488	62 558	48 093	38 837	62 378	24 093	13 247	25 038
1976	145 491	62 209	45 766	37 516	60 231	23 794	12 177	24 260

1) ohne Wirtschaftsunternehmen, Sparkassen und Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern

2) Stand bis 1973 = 30.6., ab 1974 = 30.6. - In den Jahren 1951 und 1956 bis einschließlich 1959 wurden keine Erhebungen durchgeführt

3) Das Ergebnis wird durch die andersartige Erhebungsform (Individualbefragung) der in diesem Jahr durchgeführten Personalstruktur-erhebung beeinflusst

4) Mit Wirkung vom 1. Januar 1973 wurde die Medizinische Akademie Lübeck in die alleinige Trägerschaft des Landes übernommen; beim Personalstand 1972 wurde der Wechsel von Stadt Lübeck zum Land deshalb schon berücksichtigt

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte L III 2 (Personalstand im öffentlichen Dienst)



# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

30. Jahrgang . Heft 11/12 . November/Dezember 1978

## Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

### Monats- und Vierteljahreszahlen

Diesmal zusätzlich  
Erweiterte Kreiszahlen  
(Einheitliches Programm  
der Statistischen Landesämter)

		1976	1977	1977			1978			
		Monats- durchschnitt		Jul.	Aug.	Sept.	Juni	Jul.	Aug.	Sept.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 583	2 586	2 587	2 588	2 589	2 589	2 591	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 205	1 193	2 001	1 380	1 420	1 304	1 323	1 172	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,6	5,5	9,1	6,3	6,7	6,1	6,0	5,3	...
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 066	1 947	1 962	2 020	2 015	1 981	1 990	1 961	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	9,6	9,0	8,9	9,2	9,5	9,3	9,0	8,9	...
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 675	2 589	2 385	2 518	2 314	2 501	2 596	2 529	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	12,0	10,9	11,5	10,9	11,8	11,8	11,5	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	34	26	27	21	22	34	22	23	...
*	je 1 000 Lebendgeborene	16,3	13,5	13,8	10,4	10,9	17,2	11,1	11,7	...
* Überschuß der Geborenen(+) oder Gestorbenen(-)	Anzahl	- 609	- 642	- 423	- 498	- 299	- 520	- 606	- 568	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 2,8	- 3,0	- 1,9	- 2,3	- 1,4	- 2,4	- 2,8	- 2,6	...
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 110	6 303	6 876	7 041	7 263	5 973	7 339	...	...
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 476	5 289	5 791	6 153	6 118	4 855	5 314	...	...
* Wanderungsgewinn(+) oder -verlust(-)	Anzahl	+ 634	+ 1 014	+ 1 085	+ 888	+ 1 145	+ 1 118	+ 2 025	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 495	9 943	10 422	12 034	11 708	8 531	9 724	...	...
Wanderungsfälle	Anzahl	21 081	21 535	23 089	25 228	25 089	19 359	22 377	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	142	146	153	170	173	131	146	...	...
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	47	47	41	42	40	35	38	39	37
darunter * Männer	1 000	24	23	19	19	18	16	17	18	17
Kurzarbeiter	1 000	5	3	1	1	1	2	1	1	1
darunter Männer	1 000	3	2	1	1	1	1	1	0	1
Offene Stellen	1 000	9	9	11	10	9	11	10	10	9
darunter für Männer	1 000	6	6	6	6	6	6	6	6	6
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 560 <sup>a</sup>	1 565 <sup>a</sup>	.	.	.	1 632	.	.	.
darunter * Milchkühe	1 000	513 <sup>a</sup>	515 <sup>a</sup>	.	.	.	492	.	.	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	513 <sup>a</sup>	515 <sup>a</sup>	.	.	.	492	.	.	.
* Schweine	1 000	1 696 <sup>a</sup>	1 796 <sup>a</sup>	.	1 857	.	.	.	1 998	.
darunter * Zuchtisauen	1 000	181 <sup>a</sup>	194 <sup>a</sup>	.	192	.	.	.	213	.
darunter * trächtig	1 000	123 <sup>a</sup>	130 <sup>a</sup>	.	126	.	.	.	140	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	36	38	32	37	48	28	34	41	48
* Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000 St.	223 <sup>b</sup>	236 <sup>c</sup>	224	246	245	257	257	253	258
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	6 <sup>b</sup>	5 <sup>c</sup>	3	2	3	3	3	2	3
* Schlachtmengen <sup>3)</sup> aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	28,0	29,2	26,9	30,4	33,5	28,6	30,7	32,4	34,9
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	9,4	10,1	8,6	10,4	13,4	7,9	9,6	11,9	14,1
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	18,4	18,9	18,0	19,7	19,9	20,6	20,8	20,3	20,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	272	274	271	280	280	280	283	290	296
Kälber	kg	95	97	102	101	97	96	97	100	104
Schweine	kg	84	82	81	81	82	81	82	81	81
Geflügel										
Eingelegte Bruteier <sup>6)</sup>	1 000	520	215	22	223	112	92	143	145	196
* für Legehennenküken	1 000	1 115	1 070	915	1 103	1 076	1 112	1 168	986	1 082
* für Masthühnerküken	1 000	902	887	870	861	891	895	877	999	873
* Geflügelfleisch <sup>7)</sup>	1 000 kg	902	887	870	861	891	895	877	999	873
* Milcherzeugung										
darunter * an Molkereien und Händler geliefert	%	94	95	97	95	91	98	97	97	95
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,3	12,5	12,4	10,3	8,9	14,9	12,8	10,9	9,3

\*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1976/77 = 8

c) Winterhalbjahr 1977/78 = 7



# Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Industrie und Handwerk										
Verarbeitende Industrie <sup>8)</sup>										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	164	165	r 165	166	166	162	163	162	164
darunter * Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	118	118	118	119	119	115	r 115	115	116
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	18 145	17 856	r 17 736	15 263	18 155	17 712	16 590	15 602	17 076
* Löhne (brutto)	Mill. DM	225,0	239,5	r 237,5	259,0	242,8	252,2	247,3	262,9	241,5
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	124,0	134,3	r 134,1	130,9	129,9	147,6	141,6	138,7	136,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	.	1 020	1 035	874	970	1 014	1 004	826	1 052
darunter Ausland	Mill. DM	.	287	218	215	235	278	236	172	231
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	1 939	1 995	1 870	1 715	2 090	2 356	2 135	1 880	1 949
darunter * Auslandsumsatz	Mill. DM	357	406	351	272	311	388	472	322	318
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>9)</sup>	20	r 14	15	5	3	14	10	17	17
* Gasverbrauch <sup>10)</sup>	Mill. m <sup>3</sup>	21,5	26,9	25,5	26,7	28,4	29,6	29,5	21,8	25,9
* Stadt- und Kokereigas	Mill. m <sup>3</sup>	4,3	4,0	3,6	3,3	3,5	1,9	1,8	1,5	2,3
* Erd- und Erdölgas	Mill. m <sup>3</sup>	17,1	22,9	21,9	23,4	24,9	27,6	27,6	20,2	23,6
* Heizölverbrauch	1 000 t	82	79	68	62	74	71	74	69	79
* leichtes Heizöl	1 000 t	17	17	12	10	15	13	13	11	15
* schweres Heizöl	1 000 t	65	63	56	53	59	58	61	57	64
* Stromverbrauch	Mill. kWh	180	182	r 179	158	182	193	193	175	199
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	35	35	32	28	32	30	32	30	34
* Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)										
Handwerk (Mefzahlen) <sup>11)</sup>										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1970=100	91,7	95,0	.	.	98,1	96,3	.	.	101,6
* Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. - D 1970=100	149,8	169,6	.	.	168,9	160,9	.	.	172,2
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	.	946	758	903	654	848	618	740	662
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	.	690	602	577	652	639	645	635	713
* Gaserzeugung (brutto) <sup>10)</sup>	Mill. m <sup>3</sup>	5	4	2	2	3	2	2	2	3
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet) <sup>12)</sup>										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	.	52 790	52 896	53 541	54 091	55 650	55 659	56 613	56 818
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	.	6 523	7 297	5 373	7 776	8 026	6 888	6 085	7 501
darunter für										
* Wohnungsbauten	1 000	.	2 999	3 298	2 219	3 564	3 693	3 023	2 652	3 467
* gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	.	1 063	1 139	889	1 178	1 220	1 088	987	1 126
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	.	2 190	2 535	2 011	2 640	2 834	2 458	2 171	2 502
* Löhne (brutto)	Mill. DM	.	93,2	103,0	83,7	108,5	123,9	107,6	99,7	111,9
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	.	14,0	14,0	13,9	13,6	16,0	15,7	15,2	15,2
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	.	333,3	373,8	317,1	361,1	306,9	290,9	249,8	338,0

\* ) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie. Die Ergebnisse ab Januar 1977 sind mit denen aus früheren Jahren infolge Einführung eines neuen Konzepts nur bedingt vergleichbar; siehe hierzu sowie bezüglich der verwendeten Begriffe die Vorbemerkungen zum Statistischen Bericht E 1 1

9) Eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) umgerechnet auf einen Heizwert von 35 169,12 kJ/m<sup>3</sup>

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

12) 1976 ohne Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe, daher mit 1977 nicht vergleichbar



# Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978			
		Monats- durchschnitt		Jul.	Aug.	Sept.	Jun.	Jul.	Aug.	Sept.
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	936	960	1 169	1 136	1 251	1 488	1 288	1 226	1 567
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	899	927	1 141	1 086	1 219	1 438	1 245	1 196	1 498
*Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	761	792	911	963	990	1 192	1 071	935	1 309
*Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	134	135	157	162	171	202	179	156	221
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	168	167	200	188	199	218	221	203	197
*Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	579	508	540	506	506	848	712	495	658
*Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	106	94	106	98	91	146	119	91	118
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 437	1 416	1 612	1 734	1 652	2 067	1 819	1 549	2 261
Baufertigstellungen										
Wohnungen 13)	Anzahl	1 321	1 540	780	723	666	633	609	535	625
Wohnräume	Anzahl	6 221	7 274	3 556	3 464	3 140	2 831	2 805	2 535	3 148
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	449,5	507,6	417,2	339,2	425,6	425,2	402,9	473,4	375,8
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	56,3	75,5	86,5	54,3	70,7	70,9	69,8	100,4	83,5
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	393,3	432,2	330,8	284,9	354,9	354,4	333,2	373,0	292,3
davon *Rohstoffe	Mill. DM	9,6	9,4	8,3	6,5	8,7	10,3	7,2	8,0	9,9
*Halbwaren	Mill. DM	31,6	27,7	22,2	21,9	32,4	18,3	21,0	40,7	26,2
*Fertigwaren	Mill. DM	352,1	395,0	300,3	256,4	313,8	325,7	305,0	324,3	256,2
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	28,7	28,5	26,7	25,7	27,2	28,4	28,7	24,8	27,9
*Enderzeugnisse	Mill. DM	323,4	366,6	273,6	230,7	286,6	297,4	276,3	299,5	228,3
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	189,8	191,5	178,5	142,0	190,0	184,0	166,9	188,0	193,7
darunter Italien	Mill. DM	19,5	18,2	15,8	17,5	18,6	19,5	15,6	19,6	21,9
Niederlande	Mill. DM	36,7	41,8	34,3	32,4	36,7	39,7	38,7	34,5	39,0
Dänemark	Mill. DM	48,1	36,7	37,8	34,0	50,4	37,2	28,7	58,6	38,6
Großbritannien	Mill. DM	36,4	43,5	27,1	23,8	30,0	30,0	27,6	37,3	39,2
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	173,6	188,5	r 205,0	r 181,1	r 184,6	202,4	212,3	197,3	198,2
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	158,9	169,6	r 292,6	r 259,4	r 192,7	210,7	286,9	268,8	194,4
Fremdenverkehr in 156 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	247	253	652	516	291	p 368	p 591	p 502	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	50	33	22	p 87	p 52	p 32	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	2 040	2 042	6 852	6 212	2 296	p 3 118	p 6 164	p 6 106	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	40	41	104	78	45	p 54	p 108	p 69	...
Verkehr										
Seeschifffahrt <sup>14)</sup>										
Güterempfang	1 000 t	1 103	1 133	1 229	1 244	1 222	...	...	...	...
Güterversand	1 000 t	442	472	360	608	501	...	...	...	...
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	190	196	208	199	226	189	190	222	228
*Güterversand	1 000 t	242	234	255	289	241	248	249	277	228
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
Anzahl		8 861	9 741	9 736	6 506	8 955	11 750	10 241	7 529	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	179	198	259	165	110	488	357	287	...
*Personenkraftwagen 15)	Anzahl	7 888	8 704	8 828	5 661	8 016	10 154	8 971	6 410	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	424	452	419	r 320	r 416	619	519	390	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 476	1 560	2 150	1 546	1 614	1 858	1 835	p 1 688	p 1 817
*Getötete Personen	Anzahl	49	61	79	65	76	59	54	p 61	p 42
*Verletzte Personen	Anzahl	1 832	2 052	2 888	2 102	2 098	2 377	2 453	p 2 322	p 2 382

\*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) Zimmer mit 6 und mehr m<sup>2</sup> Fläche und alle Küchen

14) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

15) einschließlich Kombinationskraftwagen



# Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen <sup>16)</sup>										
*Kredite 17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	32 062	36 181	34 429	34 489	34 974	38 460	38 858	38 992	39 599
darunter										
*Kredite 17) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	30 194	34 096	32 319	32 407	32 904	36 385	36 786	36 944	37 592
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 476	6 107	5 750	5 485	5 810	6 471	6 540	6 134	6 407
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 404	5 987	5 709	5 433	5 769	6 405	6 321	6 103	6 366
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	72	121	41	52	41	65	219	31	41
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 159	3 638	3 436	3 484	3 504	3 771	3 816	4 093	4 122
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 707	3 058	2 958	3 006	3 034	3 151	3 200	3 243	3 264
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	452	580	478	478	469	620	616	851	858
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	21 558	24 351	23 133	23 438	23 591	26 143	26 430	26 717	27 063
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	17 089	19 292	18 183	18 418	18 622	20 472	20 778	21 085	21 339
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	4 469	5 060	4 950	5 020	4 969	5 672	5 652	5 632	5 723
*Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>17)</sup> von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	24 233	26 612	25 184	25 588	25 553	27 312	27 930	28 368	28 484
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	12 528	14 060	13 395	13 715	13 641	14 670	15 269	15 584	15 658
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 046	9 458	8 773	9 103	9 022	10 026	10 528	10 899	10 877
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 483	4 602	4 622	4 612	4 619	4 644	4 741	4 686	4 781
*Spareinlagen	Mill. DM	11 705	12 552	11 789	11 873	11 912	12 642	12 661	12 784	12 826
*bei Sparkassen	Mill. DM	6 742	7 130	6 721	6 765	6 789	7 152	7 152	7 217	7 240
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	589	649	861	585	533	529	724	576	515
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	509	580	894	502	495	483	710	454	473
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	35	26	17	15	25	29	27	21	36
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	0,4	1	-	1	-	-	-	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	285	280	258	268	258	266	261	229	270
*Wechselsumme	Mill. DM	1,5	1,3	1,1	1,2	1,0	1,1	1,1	1,0	0,9
Steuern										
		Vierteljahres- durchschnitt		3. Vj.77			2. Vj.78		3. Vj.78	
Steueraufkommen nach der Steuerart										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 451,6	1 623,1	.	.	1 652,1	1 472,0	.	.	...
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 112,3	1 251,4	.	.	1 286,4	1 087,8	.	.	...
*Lohnsteuer 18)	Mill. DM	727,3	799,2	.	.	793,8	652,1	.	.	...
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	303,3	350,7	.	.	375,4	355,9	.	.	...
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	10,2	8,1	.	.	8,7	7,0	.	.	18,6
*Körperschaftsteuer 18)	Mill. DM	71,5	93,4	.	.	108,5	73,2	.	.	...
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	339,3	371,7	.	.	365,7	384,2	.	.	418,2
*Umsatzsteuer	Mill. DM	231,4	262,2	.	.	262,6	266,1	.	.	298,6
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	107,9	109,5	.	.	103,1	118,1	.	.	119,6
*Bundessteuern	Mill. DM	121,9	130,8	.	.	105,0	117,9	.	.	117,8
*Zölle	Mill. DM	0,8	0,9	.	.	0,8	0,5	.	.	0,5
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	105,8	120,2	.	.	96,5	108,6	.	.	...
*Landessteuern	Mill. DM	107,7	116,2	.	.	112,8	122,5	.	.	118,7
*Vermögensteuer	Mill. DM	20,2	26,2	.	.	28,4	23,4	.	.	24,2
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	60,1	61,6	.	.	59,0	70,8	.	.	62,9
*Biersteuer	Mill. DM	3,3	3,8	.	.	5,1	4,5	.	.	5,5
*Gemeindesteuern	Mill. DM	231,4	254,0	.	.	278,7	252,6	.	.	267,7
*Grundsteuer A <sup>19)</sup>	Mill. DM	6,9	7,0	.	.	7,1	6,9	.	.	7,2
*Grundsteuer B <sup>20)</sup>	Mill. DM	41,6	42,7	.	.	43,7	45,0	.	.	55,3
*Gewerbesteuer										
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	142,5	163,7	.	.	187,6	163,5	.	.	164,8
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	19,2	20,0	.	.	20,5	17,5	.	.	19,4
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	826,8	923,7	.	.	908,1	863,2	.	.	979,6
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	443,3	501,8	.	.	517,7	451,5	.	.	547,4
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	234,1	256,5	.	.	252,3	263,5	.	.	282,3
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	27,5	34,6	.	.	33,2	30,3	.	.	32,1
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	835,8	953,9	.	.	979,6	877,1	.	.	1 036,5
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	515,0	579,9	.	.	593,8	528,0	.	.	623,7
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	185,6	223,3	.	.	239,9	196,3	.	.	262,0
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	27,5	34,6	.	.	33,2	30,3	.	.	32,1
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	329,6	366,5	.	.	366,8	355,2	.	.	...
*Gewerbesteuer										
nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>21)</sup>	Mill. DM	87,8	94,6	.	.	121,4	102,8	.	.	...
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	152,9	181,6	.	.	154,4	163,3	.	.	153,7



# Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970 = 100	151,8	154,1	152,6	151,8	151,9	147,2	146,2	145,1	...
Ausfuhrpreise	1970 = 100	141,7	143,6	143,8	143,8	143,7	145,6	145,7	145,9	...
Grundstoffpreise	22) 1970 = 100	146,8	149,2	148,9	148,2	148,1	145,4	145,4	144,8	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	22) 1970 = 100	140,8	144,5	144,8	144,7	144,7	146,4	146,5	146,5	146,6
landwirtschaftlicher Produkte	22) 1970 = 100	149,0	142,4	144,6	144,4	144,0	p 134,7	p 136,7	p 133,4	p 134,8
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude	23) 1970 = 100	143,7	150,7	.	152,2	.	.	.	161,7	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	22) 1970 = 100	147,8	152,0	152,2	150,7	151,2	152,4	151,9	p 150,7	p 150,6
Einzelhandelspreise	1970 = 100	136,5	141,7	142,5	142,1	141,9	145,9	145,9	145,3	145,0
*Preisindex der Lebenshaltung	24) insgesamt 1970 = 100	140,8	146,3	147,0	146,9	146,7	150,8	150,8	150,4	150,0
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	136,8	143,7	145,6	144,5	143,5	147,3	147,5	145,2	143,6
Kleidung, Schuhe	1970 = 100	140,9	147,3	147,2	147,6	148,6	153,8	153,9	154,2	155,2
Wohnungsmieten	1970 = 100	140,0	144,7	145,0	145,3	145,6	148,9	149,2	149,4	149,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970 = 100	176,4	178,4	177,6	177,3	177,9	181,6	181,5	182,7	183,3
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970 = 100	135,5	140,2	140,1	140,5	140,1	145,8	145,1	145,3	145,0
Löhne und Gehälter 25)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	482	515	522	.	.	.	554	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	507	539	546	.	.	.	580	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	315	340	345	.	.	.	367	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	304	327	333	.	.	.	350	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	11,21	12,02	12,14	.	.	.	12,84	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	11,77	12,57	12,72	.	.	.	13,48	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	7,84	8,41	8,51	.	.	.	9,09	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	7,57	8,12	8,22	.	.	.	8,66	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	42,9	42,9	43,0	.	.	.	43,1	.	.
weibliche Arbeiter	Std.	40,1	40,2	40,6	.	.	.	40,4	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 555	2 722	2 762	.	.	.	2 932	.	.
*weiblich	DM	1 750	1 889	1 920	.	.	.	2 034	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 753	2 937	2 986	.	.	.	3 144	.	.
*weiblich	DM	1 704	1 813	1 847	.	.	.	1 948	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 240	2 383	2 413	.	.	.	2 570	.	.
*weiblich	DM	1 480	1 600	1 622	.	.	.	1 734	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 255	2 442	2 534	.	.	.	2 659	.	.
weiblich	DM	(1 613)	(1 701)	(1 704)	.	.	.	.	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 341	2 495	2 528	.	.	.	2 686	.	.
weiblich	DM	1 554	1 681	1 705	.	.	.	1 818	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 716	2 905	2 955	.	.	.	3 111	.	.
weiblich	DM	1 700	1 809	1 842	.	.	.	1 944	.	.

\*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassensämter

17) einschließlich durchlaufender Kredite

19) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

21) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) Nur Neubau

25) Effektivverdienste

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

20) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

22) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) für alle privaten Haushalte

d) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12.



# Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr <sup>2)</sup> in 159 Berichtsgemeinden			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EG- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt	im sozialen Wohnungs- bau						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445
1974	19	26	12	1 006	4 410	2 033	698	3 846	2 496	208	20 531	435
1975	16	20	12	1 025	4 941	2 000	823	4 312	2 892	229	23 684	452
1976	17	16	11	1 040	5 394	2 278	920	4 719	2 951	229	24 489	480
1977	14	18	10	1 057	6 092	2 298	808	5 186	3 034	237	24 475	494

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen <sup>5)</sup>  am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriege- opfer- fürsorge
									ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw <sup>3)</sup>	
	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM								
	in 1 000											
1973	837	6	704	48	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	41,4	27,1
1974	851	7	718	48	15 513	656	20 375	8 654	337,5	111,3	48,1	31,2
1975	875	8	742	47	16 376	684	21 690	10 719	421,3	134,2	57,0	37,4
1976	922	9	785	47	17 716	591	23 184	11 705	477,6	153,0	61,4	37,4
1977	979	11	838	49	18 720	728	24 620	12 552	513,8	169,9	...	36,0

Jahr	Steuern									Neuverschuldung <sup>6)</sup>		
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>7)</sup>	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1973	3 556	2 816	1 000	1 149	3 043	1 974	867	1 190	550	3 620	2 117	1 546
1974	3 508	3 086	1 143	1 259	3 513	2 320	952	871	632	4 074	2 247	1 730
1975	3 043	3 059	1 176	1 239	3 588	2 267	1 061	366	611	5 094	2 360	1 845
1976	3 418	3 387	1 318	1 357	4 071	2 561	1 213	430	647	6 019	2 463	1 931
1977	3 788	3 876	1 466	1 487	4 596	2 822	1 403	481	735	6 613	2 491	1 940

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn- gebäude	der Lebenshaltung <sup>8)</sup> 1970 ± 100		Industriearbeiter <sup>11)</sup>		Angestellte in Industrie 11) und Handel			Öffentlicher Dienst	
						Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt <sup>12)</sup>	
	indu- strieller Produkte 9)	landwirt- schaftlicher Produkte 9)10)	1970 ± 100	ins- gesamt	Nahrungs- und Genuss- mittel	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
								Männer	Frauen			
	1970 ± 100	1970 ± 100				DM						
1973	114,1	121,6	126,4	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448
1974	129,4	117,6	135,6	127,1	123,6	429	273	2 041	1 322	2 410	2 197	1 623
1975	135,5	133,2	138,9	134,7	130,1	448	291	2 194	1 440	2 564	2 348	1 739
1976	140,8	149,0	143,7	140,8	136,8	482	315	2 341	1 554	2 716	2 462	1 825
1977	144,4	142,4	150,7	146,3	143,7	515	340	2 495	1 681	2 905	2 590	1 919

1) Errichtung neuer Gebäude

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres); bis 1974: in 134 Berichtsgemeinden

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

4) einschließlich mit Spezialaufbau

5) ohne Postspareinlagen

6) ohne Kassenkredite

7) ohne Schulden der Eigenbetriebe

8) für alle privaten Haushalte

9) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

10) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

11) einschließlich Hoch- und Tiefbau

12) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind



# Kreiszahlen

KREISFREIE STADT  Kreis	Bevölkerung am 30. Juni 1978			Bevölkerungsveränderung im Juni 1978			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1978		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw <sup>2)</sup>	
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					Anzahl	je 1 000 Einwohner
		in %							
FLENSBURG	89 634	- 0,1	- 1,4	- 16	- 83	- 99	31 873	29 109	325
KIEL	254 937	- 0,1	- 0,9	- 63	- 163	- 226	86 013	78 980	310
LÜBECK	226 013	- 0,0	- 1,2	- 109	69	- 40	75 334	68 554	303
NEUMÜNSTER	82 385	- 0,1	- 1,3	- 14	- 85	- 99	32 206	28 912	351
Dithmarschen	130 342	+ 0,0	+ 0,1	- 52	108	56	56 707	45 168	347
Hzgt. Lauenburg	152 892	+ 0,0	+ 0,6	- 31	87	56	59 871	51 647	338
Nordfriesland	160 277	- 0,0	- 0,9	- 25	12	- 13	68 548	55 266	345
Ostholstein	188 426	+ 0,1	+ 0,1	- 45	280	235	74 091	63 277	336
Pinneberg	256 562	+ 0,0	+ 0,6	- 33	153	120	102 258	90 209	352
Plön	115 193	+ 0,1	+ 0,6	- 25	197	172	49 507	41 832	363
Rendsburg-Eckernförde	240 838	+ 0,1	+ 0,6	- 36	195	159	100 168	83 699	348
Schleswig-Flensburg	179 034	- 0,0	+ 0,6	- 20	- 43	- 63	78 596	63 560	355
Segeberg	202 157	+ 0,0	+ 1,5	2	93	95	90 838	78 148	387
Steinburg	129 407	- 0,0	- 0,2	- 49	45	- 4	54 208	44 542	344
Stormarn	181 318	+ 0,1	+ 1,7	- 4	253	249	74 930	66 077	364
Schleswig-Holstein	2 589 415	+ 0,0	+ 0,1	- 520	1 118	598	1 035 148	888 980	343

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitende Industrie <sup>3)</sup>			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im September 1978 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 30. 9. 1978	Beschäftigte am 30. 9. 1978	Umsatz <sup>4)</sup> im September 1978 Mill. DM	Unfälle	Getötete <sup>5)</sup>	Verletzte
FLENSBURG	47	8 448	113	64	-	90
KIEL	100	25 213	165	139	4	175
LÜBECK	104	24 256	194	152	4	180
NEUMÜNSTER	50	9 712	81	60	-	75
Dithmarschen	50	5 930	176	101	1	124
Hzgt. Lauenburg	72	8 210	68	87	3	122
Nordfriesland	28	2 498	57	151	7	199
Ostholstein	45	4 830	75	141	7	186
Pinneberg	152	21 366	230	174	3	229
Plön	29	2 269	20	69	-	97
Rendsburg-Eckernförde	79	9 490	102	185	2	243
Schleswig-Flensburg	51	4 436	91	104	1	142
Segeberg	129	12 906	157	178	2	246
Steinburg	69	9 348	161	91	4	119
Stormarn	107	14 634	259	121	4	155
Schleswig-Holstein	1 112	163 548	1 949	1 817	42	2 382

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1978

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie

4) ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen



# Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. März 1978			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 8. 1978	Kurzarbeiter Monatsmitte August 1978	Offene Stellen am 31. 8. 1978	Schweine insgesamt am 3. 4. 1978	Rindvieh am 2. 6. 1978	
		VZ 1970	31. 3. 1977					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 587	+ 3,7	+ 0,1	39	1	10	1 941	1 632	492
Hamburg	1 677	- 6,5	- 0,9	27	3	10	11	16	4
Niedersachsen	7 224	+ 2,0	- 0,0	125	10	26	7 003	3 230	1 025
Bremen	702	- 2,9	- 0,9	15	1	3	10	18	4
Nordrhein-Westfalen	17 018	+ 0,6	- 0,3	307	76	65	5 141	1 950	617
Hessen	5 541	+ 3,0	+ 0,1	70	5	25	1 436	914	301
Rheinland-Pfalz	3 635	- 0,3	- 0,3	51	3	13	715	701	238
Baden-Württemberg	9 124	+ 2,6	+ 0,0	86	12	52	2 305	1 866	687
Bayern	10 818	+ 3,2	+ 0,1	144	11	52	4 579	4 969	2 002
Saarland	1 078	- 3,7	- 0,8	28	2	2	52	72	26
Berlin (West)	1 920	- 9,5	- 1,3	32	2	11	6	1	0
Bundesgebiet	61 325	+ 1,1	- 0,2	924	125	269	23 197	15 369	5 397

Land	Verarbeitende Industrie <sup>1)</sup>				Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>		Wohnungswesen im Juni 1978				
	Beschäftigte am 31. 8. 1978	Umsatz <sup>2)</sup> im August 1978		Produktions- index <sup>3)</sup> (1970 = 100) im August 1978	Beschäftigte am 30. 6. 1978		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen		
		in 1 000	Mill. DM		Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	162	1 880	17,1	.	54	21	2 067	8,0	633	2,4	
Hamburg	156	3 631	12,9	.	30	18	414	2,5	264	1,6	
Niedersachsen	669	6 492	21,5	...	150	21	5 696	7,9	1 868	2,6	
Bremen	86	1 200	18,9	.	14	21	210	3,0	131	1,9	
Nordrhein-Westfalen	2 195	23 764	24,7	...	269	16	9 239	5,4	4 204	2,5	
Hessen	636	5 776	26,7	p 92	102	18	3 202	5,8	6 305	11,4	
Rheinland-Pfalz	360	4 372	29,3	p 106	70	19	3 226	8,9	628	1,7	
Baden-Württemberg	1 403	14 200	25,0	.	187	21	8 341	9,1	3 219	3,5	
Bayern	1 259	11 100	24,9	96	250	23	8 267	7,6	2 536	2,3	
Saarland	144	1 159	29,2	...	20	19	649	6,0	166	1,5	
Berlin (West)	177	1 529	11,7	.	32	17	1 638	8,5	257	1,3	
Bundesgebiet	7 247	75 102	23,9	p 98	1 181	19	42 949	7,0	20 211	3,3	

Land	Straßenverkehrsunfälle <sup>5)</sup> mit Personenschaden im Juli 1978				Bestand an Spar- einlagen <sup>6)</sup> am 31. 7. 1978 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen			*Bruttoinlandsprodukt 1977 <sup>7)</sup>		
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	Mrd. DM in jeweiligen Preisen	Anteil des produzie- renden Gewerbes 8) in %	je Erwerbs- tätigen in konstanten Preisen 9) Bund ±100
						im 2. Vierteljahr 1978					
Schleswig-Holstein	1 835	54	2 453	137	4 894	358	341	...	42	43,9	91,2
Hamburg	954	22	1 228	131	8 284	669	2 695	...	56	51,3	129,5
Niedersachsen	4 636	172	6 180	137	5 967	355	376	...	122	51,4	90,7
Bremen	486	5	566	117	6 670	464	1 053	...	19	42,0	110,9
Nordrhein-Westfalen	6 849	207	9 217	138	6 718	400	676	...	332	55,4	107,9
Hessen	3 183	96	4 319	139	7 358	443	577	...	111	57,2	100,9
Rheinland-Pfalz	2 192	91	3 083	145	6 631	361	398	...	63	51,5	98,1
Baden-Württemberg	4 504	172	6 453	147	7 200	435	601	...	186	50,3	97,2
Bayern	7 676	368	11 107	149	7 661	404	453	...	200	36,2	91,7
Saarland	656	18	878	137	5 934	360	387	...	19	45,4	92,0
Berlin (West)	1 340	22	1 646	124	6 391	273	878	...	44	48,7	108,4
Bundesgebiet	34 311	1 227	47 130	141	6 861	406	612	...	1 193	50,5	100

\*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne Öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie

2) ohne Umsatzsteuer

3) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) Vorläufige Werte einschl. Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe

5) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

6) ohne Postspar-einlagen

7) Erstes vorläufiges Ergebnis, Berechnungsstand März 1978

8) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei an der Bruttowertschöpfung der Bereiche

9) Basis 1970



# Erweiterte Kreiszahlen

\*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31. 12. 1977 in km <sup>2</sup>	Gemeinden am 31. 12. 1977	Bevölkerung am 31. Dezember 1977			Eheschließungen 1977		Lebendgeborene 1977	
			insgesamt	männlich	Einwohner je km <sup>2</sup>	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	56,35	1	90 036	41 844	1 598	569	6,3	878	9,7
KIEL	110,32	1	256 512	120 926	2 325	1 522	5,9	2 193	8,5
LÜBECK	213,97	1	227 184	105 345	1 062	1 388	6,1	1 921	8,4
NEUMÜNSTER	71,56	1	82 823	38 918	1 157	526	6,3	801	9,6
Dithmarschen	1 381,08	119	130 104	61 856	94	791	6,1	1 269	9,7
Hzgt. Lauenburg	1 264,58	133	152 548	73 879	121	801	5,3	1 360	8,9
Nordfriesland	2 041,15	140	160 698	78 598	79	934	5,8	1 385	8,6
Ostholstein	1 390,03	42	188 078	89 247	135	987	5,3	1 553	8,3
Pinneberg	661,79	49	255 715	123 373	386	1 399	5,5	2 322	9,1
Plön	1 081,28	86	114 918	56 220	106	599	5,2	968	8,5
Rendsburg-Eckernförde	2 185,44	167	240 091	116 843	110	1 217	5,1	2 280	9,5
Schleswig-Flensburg	2 071,19	138	178 423	88 697	86	960	5,4	1 695	9,5
Segeberg	1 344,31	95	200 658	97 625	149	1 079	5,4	2 007	10,1
Steinburg	1 056,36	115	129 507	62 110	123	631	4,9	1 063	8,2
Stormarn	766,21	70	179 888	86 650	235	913	5,1	1 671	9,4
Schleswig-Holstein	15 695,62	1 158	2 587 183	1 242 131	165	14 316	5,5	23 366	9,0

KREISFREIE STADT Kreis	Gestorbene (ohne Totgeborene) 1977		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Über die Kreisgrenze		Wande- rungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Ärzte <sup>1)</sup> am 31. 12. 1977		Zahnärzte am 31. 12. 1977
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		Zu- gezogene 1977	Fort- gezogene 1977		insgesamt	darunter Praxis- inhaber	
FLENSBURG	1 286	14,2	- 408	5 731	6 838	- 1 107	256	131	57
KIEL	3 510	13,6	- 1 317	15 005	16 579	- 1 574	964	343	243
LÜBECK	3 401	14,9	- 1 480	10 184	11 907	- 1 743	743	297	158
NEUMÜNSTER	1 031	12,4	- 230	3 389	4 251	- 862	196	95	57
Dithmarschen	1 700	13,1	- 431	4 739	4 532	+ 207	181	115	58
Hzgt. Lauenburg	1 866	12,3	- 506	8 315	6 893	+ 1 422	200	114	64
Nordfriesland	1 723	10,7	- 338	8 471	8 223	+ 248	238	144	73
Ostholstein	2 298	12,2	- 745	10 685	9 050	+ 1 635	340	176	92
Pinneberg	2 674	10,5	- 352	14 840	12 573	+ 2 267	357	228	124
Plön	1 272	11,1	- 304	7 079	5 788	+ 1 291	122	81	51
Rendsburg-Eckernförde	2 829	11,0	- 349	12 506	10 438	+ 2 068	317	173	109
Schleswig-Flensburg	2 042	11,5	- 347	9 087	8 046	+ 1 041	229	125	60
Segeberg	1 959	9,8	+ 48	13 721	10 413	+ 3 308	283	146	80
Steinburg	1 752	13,5	- 689	4 720	4 246	+ 474	181	89	53
Stormarn	1 925	10,8	- 254	12 790	9 298	+ 3 492	224	131	80
Schleswig-Holstein	31 068	12,0	- 7 702	141 242	129 075	+ 12 167	4 831	2 388	1 359

1) ohne Landespolizei und Bundesgrenzschutz



## Noch: Erweiterte Kreiszahlen

\*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT  Kreis	Viehbestand am 3. Dezember 1977						Milcherzeugung im Jahre 1977		Jahres- milch- leistung 1977 in kg je Kuh
	Rindvieh		Schweine		Legehennen (einschl. Küken)	Schlacht- und Masthühner (einschl. Küken)	1 000 t	darunter an Molkereien und Händler geliefert in %	
	insgesamt	darunter Milchkühe 1)	insgesamt	darunter Zucht- sauern					
FLensburg	1 317	397	909	97	19 159	4	.	.	.
KIEL	2 902	896	615	70	23 416	14 018	.	.	.
LÜBECK	4 825	1 732	10 978	1 181	55 047	60	.	.	.
NEUMÜNSTER	4 205	1 676	3 540	482	8 596	-	.	.	.
Dithmarschen	193 125	46 676	108 605	16 484	1 793 804	134 736	198	93,8	4 248
Hsgt. Lauenburg	62 139	21 329	146 243	16 090	236 207	38 428	97	94,2	4 516
Nordfriesland	257 683	78 812	186 487	23 238	101 960	3 066	361	94,4	4 609
Ostholstein	60 939	22 302	149 470	16 722	423 302	73 867	122 <sup>a</sup>	95,1	4 989
Pinneberg	72 147	24 159	44 558	5 697	187 498	27 715	110	94,9	4 596
Plön	78 429	28 797	95 078	11 314	342 519	124 124	155 <sup>b</sup>	95,3	4 961
Rendsburg-Eckernförde	232 702	84 035	206 928	25 085	494 817	145 853	371	95,0	4 443
Schleswig-Flensburg	272 847	89 826	390 944	32 267	176 179	11 096	397 <sup>c</sup>	94,7	4 401
Segeberg	120 943	44 839	209 317	19 392	641 371	507 380	214	95,4	4 790
Steinburg	152 136	50 298	137 672	14 505	270 292	94 522	219	95,0	4 385
Stormarn	48 415	19 048	104 480	11 370	173 765	582	93	95,3	4 848
Schleswig-Holstein	1 564 754	514 822	1 795 824	193 994	3 352 932	1 175 451	2 339	94,8	4 551

KREISFREIE STADT Kreis	Betriebsgrößenstruktur der Landwirtschaft 1977						
	landwirtschaftliche <sup>2)</sup> Betriebe mit 0,5 und mehr ha landw. genutzter Fläche (LF)						
	insgesamt	darunter mit ... bis unter ... ha LF					
		2 - 5	5 - 10	10 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr
FLensburg	56	13	11	10	5		
KIEL	145	29	12	9	7	17	19
LÜBECK	280	49	34	21	18	32	47
NEUMÜNSTER	120	18	9	11	11	24	27
Dithmarschen	4 041	295	283	485	631	1 051	585
Hsgt. Lauenburg	2 250	196	130	238	305	545	431
Nordfriesland	5 617	467	455	719	956	1 444	821
Ostholstein	2 455	238	118	206	266	488	715
Pinneberg	2 327	362	253	344	303	426	142
Plön	2 178	241	129	251	381	486	337
Rendsburg-Eckernförde	5 008	397	324	657	854	1 200	857
Schleswig-Flensburg	5 588	436	423	723	877	1 494	892
Segeberg	3 087	228	200	374	479	756	512
Steinburg	2 915	230	169	372	504	831	317
Stormarn	1 772	162	104	179	260	386	284
Schleswig-Holstein	37 839	3 361	2 644	4 590	5 861	9 190	5 991

1) ohne Ammen- und Mutterkühe

2) Betriebe, bei denen die landwirtschaftlich genutzte Fläche gleich oder größer als 10 % der Waldfläche ist

a) einschließlich Lübeck

b) einschließlich Kiel, Neumünster

c) einschließlich Flensburg, Stadt







## Noch: Erweiterte Kreiszahlen

\*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr,  
in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT  Kreis	Fertiggestellte Wohnungen <sup>1)</sup> 1977							
	insgesamt	und zwar		von den Wohnungen hatten ... Wohnräume mit 6 oder mehr m <sup>2</sup> einschl. Küchen				
		in Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen	öffentlich voll- und teilgefördert	1 und 2	3	4	5	6 und mehr
FLensburg	392	155	110	99	45	44	140	64
KIEL	744	319	262	35	76	263	225	215
LÜBECK	648	272	169	99	120	154	150	125
NEUMÜNSTER	419	201	45	15	56	106	122	120
Dithmarschen	1 006	543	192	245	66	203	237	255
Hzgt. Lauenburg	1 379	888	137	95	186	365	355	378
Nordfriesland	1 484	749	126	394	195	297	292	306
Ostholstein	1 308	786	117	199	218	276	282	333
Pinneberg	1 882	1 141	138	231	190	366	645	450
Plön	983	801	33	51	88	183	325	336
Rendsburg-Eckernförde	1 785	1 320	115	45	76	338	655	671
Schleswig-Flensburg	1 409	891	92	170	210	274	369	386
Segeberg	1 949	1 311	104	109	190	448	714	488
Steinburg	734	579	95	29	88	156	245	216
Stormarn	2 352	1 311	93	177	258	593	749	575
Schleswig-Holstein	18 474	11 267	1 828	1 923	2 062	4 066	5 505	4 918

KREISFREIE STADT  Kreis	Fertig- gestellte Wohnräume <sup>1)</sup> 1977  insgesamt mit 6 oder mehr m <sup>2</sup> einschl. Küchen	Bauüberhang am 31. 12. 1977		Straßen (ohne Gemeindestraßen) am 1. 1. 1978				
		Wohnungen		insgesamt	davon			
					Bundes- autobahnen	Bundes- straßen	Landes- straßen	Kreis- straßen
		Länge in km (einschl. Ortsdurchfahrten)						
FLensburg	1 597	425	34	85	8	16	20	40
KIEL	3 789	935	657	141	9	46	16	71
LÜBECK	2 722	422	253	166	12	43	17	93
NEUMÜNSTER	2 052	336	32	70	3	23	15	28
Dithmarschen	4 402	742	102	841	-	153	367	321
Hzgt. Lauenburg	6 626	951	394	719	-	158	278	283
Nordfriesland	6 207	1 287	309	1 335	-	168	633	534
Ostholstein	6 032	1 118	397	686	36	202	283	166
Pinneberg	8 650	1 421	532	343	23	70	179	72
Plön	5 084	454	278	512	7	140	159	207
Rendsburg-Eckernförde	9 345	1 270	291	1 195	72	272	396	455
Schleswig-Flensburg	6 488	1 078	380	1 315	28	210	493	584
Segeberg	9 537	1 616	455	889	37	205	258	388
Steinburg	3 566	545	120	638	-	165	236	237
Stormarn	11 185	1 557	583	608	48	112	202	246
Schleswig-Holstein	87 282	14 157	4 817	9 543	282	1 983	3 554	3 725

1) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

2) Unter Dach und noch nicht unter Dach, einschließlich bezogener Wohnungen in noch nicht fertiggestellten Gebäuden



## Noch: Erweiterte Kreiszahlen

\* Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT  Kreis	Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1978					Straßenverkehrsunfälle 1977			
	insgesamt	darunter			Personen- kraftwagen 1) je 1 000 Einwohner	Unfälle mit Personen- schaden	verun- glückte Personen	darunter	
		Personen- kraft- wagen <sup>1)</sup>	Last- kraft- wagen	Zug- maschinen 2)				Getötete	Schwer- verletzte
FLensburg	31 873	29 109	1 748	195	325	587	743	7	173
KIEL	86 013	78 980	4 356	502	310	1 647	2 074	37	463
LÜBECK	75 334	68 554	4 175	800	303	1 680	2 081	32	493
NEUMÜNSTER	32 206	28 912	2 041	478	351	664	810	15	160
Dithmarschen	56 707	45 168	2 797	7 511	347	1 001	1 439	48	376
Hzgt. Lauenburg	59 871	51 647	2 371	4 464	338	1 052	1 478	55	467
Nordfriesland	68 548	55 266	3 324	8 246	345	1 262	1 801	60	594
Ostholstein	74 091	63 277	3 373	5 632	336	1 578	2 160	63	697
Pinneberg	102 258	90 209	5 477	4 470	352	1 710	2 220	54	632
Plön	49 507	41 832	1 946	4 586	363	822	1 181	41	294
Rendsburg-Eckernförde	100 168	83 699	4 451	9 959	348	1 753	2 351	62	659
Schleswig-Flensburg	78 596	63 560	3 374	9 953	355	1 188	1 754	72	444
Segeberg	90 838	78 148	4 662	6 307	387	1 574	2 191	64	530
Steinburg	54 208	44 542	2 730	5 648	344	942	1 298	52	386
Stormarn	74 930	66 077	3 821	3 418	364	1 260	1 767	66	429
Schleswig-Holstein	1 035 148	888 980	50 646	72 169	343	18 720	25 348	728	6 797

KREISFREIE STADT  Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1977				Empfänger <sup>3)</sup> von Sozialhilfe 1977		
	Hilfe zum Lebens- unterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner	im Laufe des Jahres	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten am 31. Dezember 1977	
						insgesamt	je 1 000 Einwohner
	1 000 DM						
FLensburg	11 994	9 120	21 114	234,51	5 478	3 911	43,4
KIEL	30 289	30 184	60 473	235,75	15 084	7 356	28,7
LÜBECK	32 116	38 299	70 415	309,95	14 998	7 495	33,0
NEUMÜNSTER	8 088	9 289	17 376	209,80	4 335	2 067	25,0
Dithmarschen	5 688	6 448	12 136	93,28	3 591	1 514	11,6
Hzgt. Lauenburg	7 167	14 063	21 229	139,17	5 210	2 213	14,5
Nordfriesland	7 589	10 643	18 232	113,46	5 228	2 265	14,1
Ostholstein	7 625	13 377	21 002	111,67	5 609	2 262	12,0
Pinneberg	11 451	22 596	34 047	133,15	8 591	3 399	13,3
Plön	4 921	8 138	13 059	113,64	3 742	1 446	12,6
Rendsburg-Eckernförde	11 094	18 083	29 177	121,53	7 091	2 852	11,9
Schleswig-Flensburg	8 011	12 509	20 520	115,01	6 315	2 346	13,1
Segeberg	8 318	13 476	21 794	108,61	5 904	2 567	12,8
Steinburg	8 688	12 977	21 665	107,29	5 796	2 670	20,6
Stormarn	6 778	15 440	22 218	123,51	5 235	2 022	11,2
Landesbehörden	63	109 304	109 367	42,27	367	-	-
Schleswig-Holstein	169 881	343 944	513 825	198,60	102 574	46 395	17,9

1) einschließlich Kombinationskraftwagen

2) zulassungspflichtige

3) ohne Nichtseßhafte und ohne solche, die nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen



# Noch: Erweiterte Kreiszahlen

\*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT  Kreis	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände									
	Baumaßnahmen 1977				Realsteueraufbringungskraft 1977 <sup>1)</sup>				Steuereinnahmekraft <sup>2)</sup> der Gemeinden 1977	
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Ämter		insgesamt		aus Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme			
	1 000 DM	DM je Einw. <sup>3)</sup>	1 000 DM	DM je Einw. <sup>3)</sup>	1 000 DM	DM je Einw. <sup>3)</sup>	1 000 DM	DM je Einw. <sup>3)</sup>	1 000 DM	DM je Einw. <sup>3)</sup>
FLENSBURG	13 544	149	13 544	149	46 460	511	39 586	435	59 647	656
KIEL	38 876	151	38 876	151	130 762	508	113 269	440	187 994	731
LÜBECK	43 408	190	43 408	190	128 076	560	111 156	486	163 969	717
NEUMÜNSTER	39 586	474	39 586	474	35 182	421	28 766	345	51 349	615
Dithmarschen	61 172	470	40 993	315	48 760	375	37 799	290	61 799	475
Hzgt. Lauenburg	50 564	333	42 776	281	37 901	249	27 024	178	66 216	436
Nordfriesland	50 016	309	39 368	243	47 393	293	32 400	200	67 116	415
Ostholstein	59 734	317	48 470	257	48 860	260	32 898	175	78 734	418
Pinneberg	70 766	277	64 998	255	102 360	401	79 820	313	154 260	605
Plön	42 196	368	35 093	306	25 913	226	17 010	149	45 737	399
Rendsburg-Eckernförde	78 055	326	69 166	289	60 077	251	42 616	178	97 540	407
Schleswig-Flensburg	68 888	387	49 055	276	42 191	237	29 442	165	63 305	356
Segeberg	72 070	362	62 346	313	74 387	374	60 065	302	100 336	504
Steinburg	38 953	300	37 295	288	42 900	331	33 280	257	61 698	476
Stormarn	73 467	412	62 837	353	62 672	352	49 259	276	94 079	528
Schleswig-Holstein	801 291	310	687 800	266	933 896	361	734 390	284	1 353 778	523

KREISFREIE STADT  Kreis	Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände				Brutto- inlands- produkt 1974 insgesamt in Mill. DM	Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche 1974			
	Schulden <sup>4)</sup> am 31.12.1977 (ohne Kassenkredite)					Land- und Forstwirt- schaft	waren- produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Ämter						
	1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM	DM je Einw.					
FLENSBURG	82 270	905	82 270	905	1 861	0,3	35,0	21,5	43,2
KIEL	352 759	1 371	352 759	1 371	5 000	0,3	31,7	16,4	51,6
LÜBECK	398 373	1 741	398 373	1 741	3 864	0,7	45,9	17,7	35,7
NEUMÜNSTER	116 661	1 398	116 661	1 398	1 400	0,7	39,0	16,2	44,0
Dithmarschen	118 577	911	86 222	662	1 868	12,0	46,3	12,5	29,2
Hzgt. Lauenburg	102 584	675	89 535	589	1 392	10,6	36,6	11,2	41,5
Nordfriesland	166 321	1 028	105 979	655	1 869	15,0	23,0	13,7	48,3
Ostholstein	136 144	723	119 523	635	1 789	11,7	26,5	13,0	48,8
Pinneberg	169 491	664	151 655	594	3 145	5,8	47,0	15,0	32,3
Plön	145 242	1 268	124 350	1 086	966	16,7	28,7	8,6	46,0
Rendsburg-Eckernförde	159 550	666	135 767	567	2 684	11,9	42,0	10,7	35,4
Schleswig-Flensburg	141 365	795	104 578	588	1 969	17,7	27,7	10,6	43,9
Segeberg	121 189	609	108 427	545	2 045	9,5	47,2	13,3	30,0
Steinburg	118 767	916	104 141	803	1 729	10,1	31,6	12,1	46,2
Stormarn	161 609	907	126 025	707	2 592	4,3	58,7	9,5	27,6
Schleswig-Holstein	2 490 902	963	2 206 265	853	34 171 <sup>a)</sup>	7,1	38,9	14,0	40,0

1) Summe der Grundbeträge multipliziert mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz. Die Grundbeträge ergeben sich, indem man je Gemeinde die kassenmäßigen Einnahmen durch den jeweiligen Hebesatz dividiert und diesen Quotienten mit 100 multipliziert

2) Realsteueraufbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

3) Bevölkerungsstand 30.6.1977 4) ohne Schulden der Eigenbetriebe a) Differenz durch Rundung der Zahlen

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein





# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

---

## Inhaltsverzeichnis 1978

30. Jahrgang

A. Grafik des Monats

B. Titelverzeichnis

C. Schlagwortverzeichnis

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



## A. GRAFIK DES MONATS

	Heft
Studenten in Schleswig-Holstein im Wintersemester 1977/78	1
Abfallaufkommen in Schleswig-Holstein 1975 in bestimmten Erhebungsbereichen der Wirtschaft	2
Kreiswahl in Schleswig-Holstein am 5. März 1978 (Sitzverteilung)	4
<hr/>	
Landeshaushalt 1978	5
Die Lernenden in Schleswig-Holstein 1977	6
Personalkosten im Produzierenden Gewerbe 1975 im Bundesgebiet	7
Strukturdaten aus der Agrarberichterstattung	8
Die Entwicklung der Sterblichkeit	11/12

## B. TITELVERZEICHNIS

	Heft/Seite		Heft/Seite
Abfalldaten der Wirtschaft 1975	2/34	Betriebe; Landwirtschaftliche – und Arbeitskräfte 1970 bis 1977	4/102
Arbeitskräfte; Landwirtschaftliche Betriebe und – 1970 bis 1977	4/102	Binnenschifffahrt; Der Güterverkehr in der –	7/164
Arbeitsstättenzählung 1981; Das Konzept der Volks-, Berufs- und –	1/10		
Ausbaugewerbe; Zur Monatsstatistik im –	8/185		
		Finanzausgleich; Kommunalen – 1970 bis 1978 in Schleswig-Holstein	7/150
Baufertigstellungen 1977	9/208	Fremdenverkehr 1977 in Kürze	2/48



	Heft/Seite		Heft/Seite
Gemeindewahl; Die Kreis- und – am 5. März 1978		Markt und Miete	4/106
Teil 1: Kreisergebnisse	5/110		
Teil 2: Ergebnisse für Bundes- und Landtagswahlkreise	6/130		
Teil 3: Gemeindeergebnisse	6/134	Rinderrassen; Zur Verbreitung der – in Schleswig-Holstein 1956 bis 1976	5/120
Teil 4: Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden	7/158		
Teil 5: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	8/176		
Gestorbene; Die –n 1977	11/225		
Güterverkehr in der Binnenschifffahrt; Der –	7/164	Schleswig-Holsteiner; Wo studieren die –?	2/29
		Schleswig-Holstein im Jahre 1977	
		Teil 1	3/53
		Teil 2	4/82
Handwerk; Zur Entwicklung der Verdienste im –	6/140	Sozialprodukt; Methodische Änderungen in der Entstehungsrechnung des –s	1/2
Handwerk; Die wirtschaftliche Struktur des –s 1977	9/200	Straßenverkehrsunfälle mit Krafträdern	2/42
		Studenten; Die soziale Herkunft der –	11/218
		Studenten im Wintersemester 1977/78	5/123
Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 1975	4/99		
		Umweltschutz; Investitionen für – im Produzierenden Gewerbe 1975	4/99
Kommunaler Finanzausgleich 1970 bis 1978 in Schleswig-Holstein	7/150	Verbraucherpreise 1977	2/26
Krafträder; Straßenverkehrsunfälle mit –n	2/42	Verdienste im Handwerk; Zur Entwicklung der –	6/140
Krankenversicherte 1977	8/180	Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1981; Das Konzept der –	1/10
Kreis- und Gemeindewahl; Die – am 5. März 1978		Volkshochschulen; Die Arbeit der – in Schleswig-Holstein	9/194
Teil 1: Kreisergebnisse	5/110		
Teil 2: Ergebnisse für Bundes- und Landtagswahlkreise	6/130		
Teil 3: Gemeindeergebnisse	6/134		
Teil 4: Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden	7/158		
Teil 5: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	8/176	Wohnungsstichprobe 1978; Über die –	1/20
Landwirtschaftliche Betriebe und Arbeitskräfte 1970 bis 1977	4/102	Zwischenfruchtanbau; Zur Entwicklung und Verbreitung des –s	11/237



# C. SCHLAGWORTVERZEICHNIS

	Heft/Seite		Heft/Seite
Abfallbeseitigung	2/34	Mieten	4/106
Anbau (Zwischenfrüchte)	11/237		
Arbeitskräfte (Landwirtschaft)	4/102	Preisindex der Lebenshaltung	2/26
Ausbaugewerbe	8/185	Mieten	4/106
Baufertigstellungen	9/208	Rinderrassen	5/120
Baugewerbe (Ausbaugewerbe)	8/185		
Bautätigkeit	9/208	Schleswig-Holstein im Jahre 1977	3/53, 4/82
Betriebe (Landwirtschaft)	4/102	Schlüsselzuweisungen	7/150
Binnenschifffahrt (Güterverkehr)	7/164	Soziale Herkunft (Studenten)	11/218
Bruttoinlandsprodukt	1/2	Sozialprodukt	1/2
		Sterbefälle	11/225
Finanzausgleich, Kommunalen	7/150	Straßenverkehrsunfälle (Krafträder)	2/42
Fremdenverkehr	2/48	Studenten	2/29, 5/123
		Soziale Herkunft	11/218
Gastgewerbe	2/48		
Gestorbene	11/225	Todesursachen	11/225
Güterverkehr (Binnenschifffahrt)	7/164		
		Umweltschutz	2/34
Handwerk	9/200	Investitionen	4/99
Verdienste	6/140		
		Verbraucherpreise	2/26
Investitionen (Umweltschutz)	4/99	Verdienste (Handwerk)	6/140
		Verkehrsunfälle (Krafträder)	2/42
Jahresüberblick 1977 (Schleswig-Holstein)	3/53, 4/82	Viehbestände (Rinderrassen)	5/120
		Volkshochschulen	9/194
Kommunaler Finanzausgleich	7/150	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	1/2
Kraftradunfälle	2/42	Volkszählung 1981 (Konzept)	1/10
Krankenversicherte	8/180		
		Wahlen	5/110, 6/130, 6/134, 7/158, 8/176
Landwirtschaft (Betriebe und Arbeitskräfte)	4/102	Wohnungsbau	9/208
Lebenshaltung (Preisindex)	2/26	Wohnungsmieten	4/106
Löhne (Handwerk)	6/140	Wohnungsstichprobe 1978 (Konzept)	1/20
		Zwischenfruchtanbau	11/237





# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## SCHLESWIG - HOLSTEIN

---

### Verzeichnis der Beiträge

1976 - 1978

(28. - 30. Jahrgang)

Gebiet und Bevölkerung

Gesundheitswesen

Bildung und Kultur

Rechtspflege und öffentliche Sicherheit

Wahlen

Erwerbstätigkeit

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Unternehmen und Arbeitsstätten

Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Handel und Gastgewerbe

Verkehr

Geld und Kredit

Öffentliche Sozialleistungen

Öffentliche Finanzen

Preise

Löhne und Gehälter

Versorgung und Verbrauch

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Umweltschutz

Verschiedenes

---

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



## GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Ausländer	
Die – am 30. September 1975	76/4/72
– in Schleswig-Holstein	77/2/22
Bevölkerung in Schleswig-Holstein bis 1990; Voraussichtliche Entwicklung der deutschen –	76/9/142
Gestorbene; Die –n 1977	78/11/225
Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1981; Das Konzept der –	78/1/10

## GESUNDHEITSWESEN

Geschlechtskrankheiten 1971 bis 1975	76/11/177
--------------------------------------	-----------

## BILDUNG UND KULTUR

Abiturienten ohne Studienabsicht	76/10/157
Exmatrikulierte an der Universität Kiel	76/3/48
Hochschulwechsel	77/5/92
Lehrerausbildung an den Seminaren	77/11/228
Lehrernachwuchs	77/10/190
Schleswig-Holsteiner; Wo studieren die –?	78/2/29
Schüler; Ausländische –	76/4/79
Schülerprognose; Skizzen regionaler –n	77/2/18
Schulsport; Situation im –	76/4/83
Studenten	
Die Entwicklung der –zahl an den Hochschulen in Schleswig-Holstein	76/6/98
– im Wintersemester 1977/78	78/5/123
Die soziale Herkunft der –	78/11/218
Volkshochschulen; Die Arbeit der – in Schleswig-Holstein	78/9/194

## RECHTSPFLEGE UND ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

(kein Beitrag)

## WAHLEN

Bundestagswahl; Die – am 3. Oktober 1976	
Teil 1: Wahlkreiseinteilung	76/3/46
Teil 2: Wahlkreisergebnisse	76/11/170
Teil 3: Regionale Ergebnisse	77/1/3
Teil 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	77/1/7
Kreis- und Gemeindewahl; Die – am 5. März 1978	
Teil 1: Kreisergebnisse	78/5/110
Teil 2: Ergebnisse für Bundes- und Landtagswahlkreise	78/6/130
Teil 3: Gemeindeergebnisse	78/6/134
Teil 4: Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden	78/7/158
Teil 5: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	78/8/176

## ERWERBSTÄTIGKEIT

Beschäftigtenstatistik; Die neue –	
Teil 1: Konzept	77/5/86
Teil 2: Ergebnisse	77/8/150
Teilbeschäftigung und weitere Tätigkeit	76/2/40

## LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI

Ackerschlepper(n) und Maschinen; Die Verwendung von – für die Feldwirtschaft	76/1/18
Agrarbericht 1976	76/5/86
Agrarberichterstattung	76/6/107
Betriebe	
Strukturdaten milchviehhaltender – in Schleswig-Holstein	76/2/36
Anbauverhältnisse und Viehhaltung in den landwirtschaftlichen –n 1974	76/8/126
Zum Erwerbscharakter der landwirtschaftlichen –	77/10/198
Landwirtschaftliche – und Arbeitskräfte 1970 bis 1977	78/4/102
Geflügelwirtschaft; Die – in Schleswig-Holstein	76/1/10
Handelsdünger; Entwicklung des –aufwandes	77/7/136
Marktfreuchtbau(s) in den Naturräumen; Die Entwicklung des Anbaus und der Erträge des – Schleswig-Holsteins	77/11/214



	Jg./Heft/Seite
Rinderrassen; Zur Verbreitung der – in Schleswig-Holstein 1956 bis 1976	78/5/120
Viehhaltung; Strukturelle und regionale Veränderungen in der –	77/5/98
Zwischenfruchtanbau; Zur Entwicklung und Verbreitung des –s	78/11/237

## UNTERNEHMEN UND ARBEITSSTÄTTEN

(kein Beitrag)

## INDUSTRIE UND HANDWERK, ENERGIEWIRTSCHAFT

Handwerk; Die wirtschaftliche Struktur des –s 1977	78/9/200
Industrie Die verarbeitende – 1975 –beschäftigung und –produktion in Land und Bund	76/1/2 76/11/190
Produzierendes Gewerbe; Die Reform der Statistiken im –	77/9/170

## BAUWIRTSCHAFT, GEBÄUDE UND WOHNUNGEN

Ausbaugewerbe; Zur Monatsstatistik im –	78/8/185
Baufertigstellungen 1977	78/9/208
Bauhauptgewerbe Das – 1976 Auftragseingänge im – Methodische Aspekte der monatlichen Berichterstattung im –	76/11/191 76/11/191 77/7/141
Bautätigkeit; Nachhaltiger Wandel der –	77/10/203
Haushalte und ihre Wohnungen; Die – 1972	76/1/5
Investitionen; Die Unternehmen im Baugewerbe und ihre – 1975	77/2/28
Wohnbau; Wandel im –	76/3/52
Wohnungsstichprobe 1978; Über die –	78/1/20

## HANDEL UND GASTGEWERBE

Außenhandel; Der – Schleswig-Holsteins im Jahre 1975	76/11/183
Beherbergungskapazität; Die – für den Fremdenverkehr	77/8/157
Einzelhandel Umsatz und Beschäftigte im –	77/11/231 76/10/164
Fremdenverkehr 1977 in Kürze	78/2/48
Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR und Berlin (Ost); Der –	76/5/91

## VERKEHR

Güter- und Personenverkehr; Langfristige Prognosen für den – in der Bundesrepublik Deutschland	77/11/221
Güterverkehr auf den Eisenbahnen; Der –	76/2/28
Güterverkehr in der Binnenschifffahrt; Der –	78/7/164
Straßen in Schleswig-Holstein	77/7/130
Straßenverkehrsunfälle – mit Personenschaden – mit Kraftträdern	76/3/63 78/2/42

## GELD UND KREDIT

Insolvenzen in Schleswig-Holstein 1972 bis 1976	76/9/154
--	----------

## ÖFFENTLICHE SOZIALLEISTUNGEN

Jugendhilfe; In der – tätige Mitarbeiter	76/7/119
Krankenversicherte 1977	78/8/180
Sozialhilfeempfänger; 91 000 –	76/1/24
Sozialhilfekosten; Entwicklung der –	77/6/110



## ÖFFENTLICHE FINANZEN

Finanzausgleich; Kommunal – 1970 bis 1978 in Schleswig-Holstein	78/7/150
Lohnsteuerpflichtige; Die –n und ihre Bruttolöhne 1974	77/9/177
Millionenvermögen der natürlichen Personen; Die – in Schleswig-Holstein	76/3/59
Umsätze; Die steuerpflichtigen Unternehmen und ihre – im Jahre 1974	76/8/130

## PREISE

Erzeugerpreise für Agrarerzeugnisse 1976	77/5/102
Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz	76/7/114
Markt und Miete	78/4/106
Verbraucherpreise 1977	78/2/26

## LÖHNE UND GEHÄLTER

Handwerk; Zur Entwicklung der Verdienste im –	78/6/140
Industriearbeiter; Stundenverdienst und Geschlecht der –	76/4/69

## VERSORGUNG UND VERBRAUCH

(kein Beitrag)

## VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN

Bruttoinlandsprodukt 1975	76/4/66
Sozialprodukt; Methodische Änderungen in der Entstehungsrechnung des –s	78/1/2

## UMWELTSCHUTZ

Abfalldaten der Wirtschaft 1975	78/2/34
Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe	78/4/99
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	77/1/15

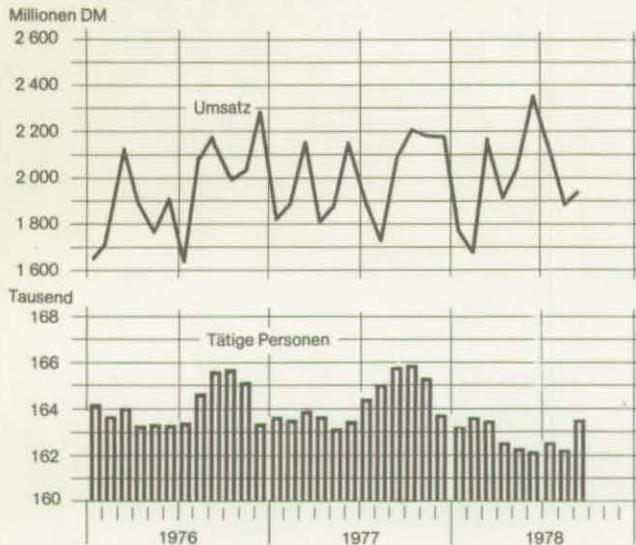
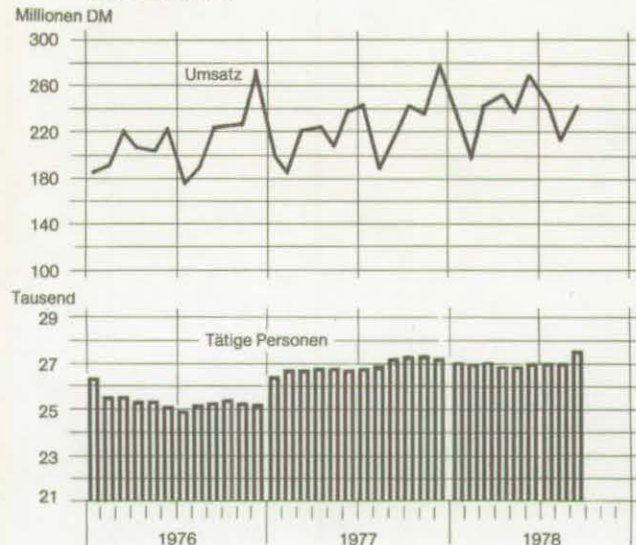
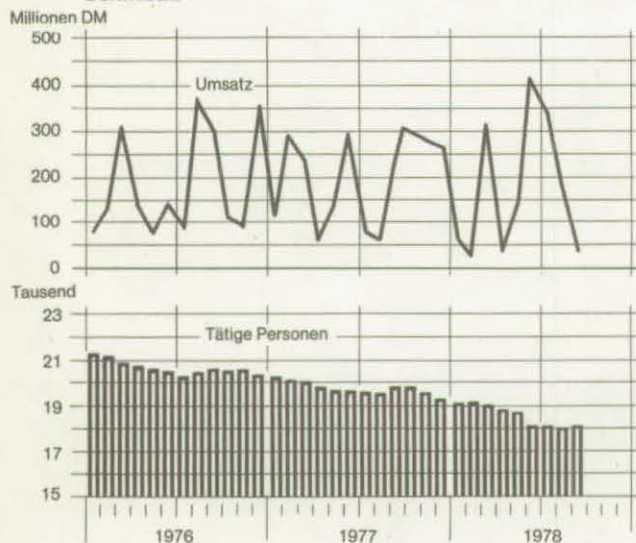
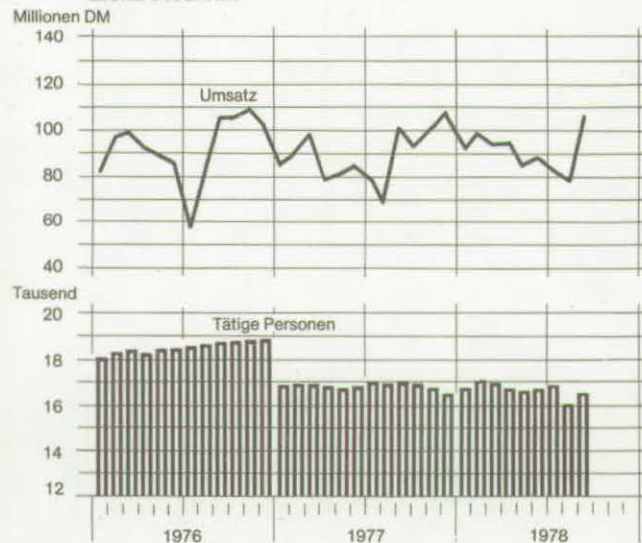
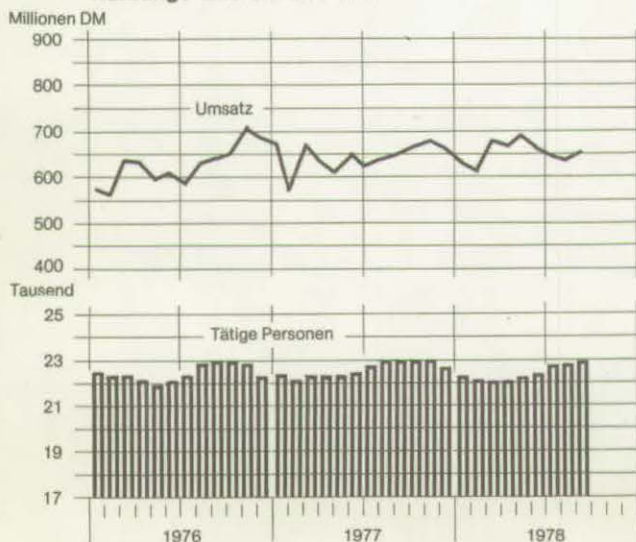
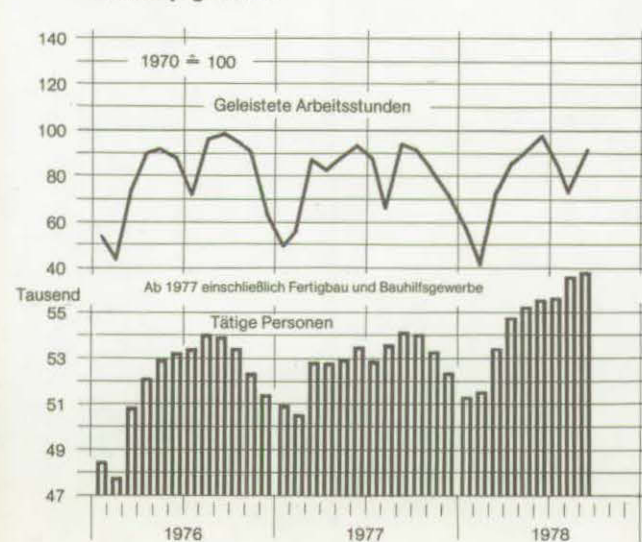
## VERSCHIEDENES

Schleswig-Holstein im Jahre 1976	
Teil 1	77/3/34
Teil 2	77/4/57
Schleswig-Holstein im Jahre 1977	
Teil 1	78/3/53
Teil 2	78/4/82



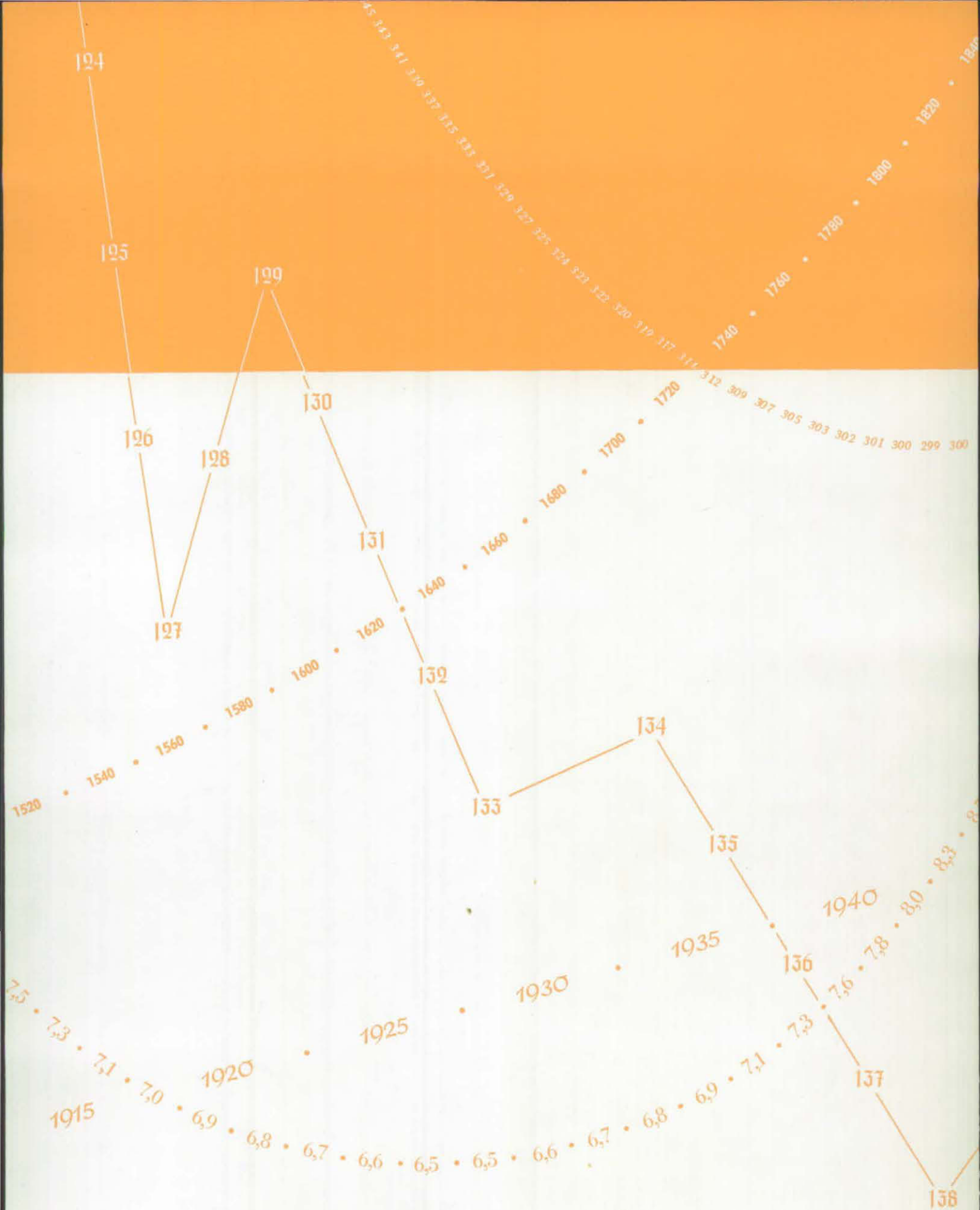
## SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn/-verlust); Zu-/Fortzüge, Geborene, Gestorbene; Arbeiterverdienste; Preisindex der Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kredite.

**Verarbeitende Industrie\*****Maschinenbau\*****Schiffbau\*****Elektrotechnik\*****Nahrungs- und Genußmittel\*****Bauhauptgewerbe**

\* Ergebnisse für Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41

Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 – Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

– Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen